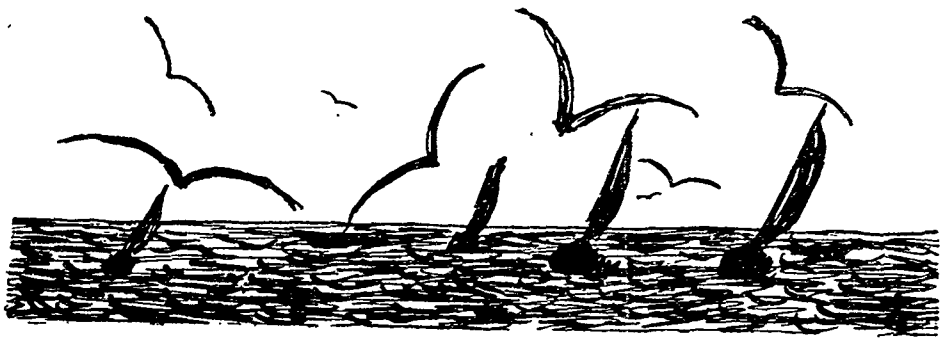

14. Heft / 14. Juli 1910

# LUDWIG QUESSEL · DIE MÖGLICHKEIT EINER ÄNDERUNG DER DEUTSCHEN POLITIK

IN den heftigen Auseinandersetzungen der liberalen und der klerikalen Presse über die Ursachen, die die großen Erfolge der Sozialdemokratie bei den letzten Reichstagsersatzwahlen in Usedom-Wollin und Friedberg-Büdingen herbeiführten, fällt dem sozialdemokratischen Beobachter zunächst auf beiden Seiten eine zunehmende Furcht vor dem Wachsen der *roten Flut* auf, die bei dem linken Flügel des Liberalismus nur dadurch gemildert wird, daß man sich dort sagt, ein vorübergehendes gewaltiges Anschwellen der sozialdemokratischen Fraktion sei eine bittere Notwendigkeit, um die parlamentarische Herrschaft der konservativ-klerikalen Minderheit über die demokratisch interessierte Mehrheit der Nation zu beseitigen. In der Tat sind die Erfolge, die die Sozialdemokratie bei den Wahlen seit dem Abschluß der Finanzreform in allen Teilen des Reichs erzielte, so bedeutungsvoll, daß sie nicht nur die Gegner sondern auch unsere Partei selbst in Verwunderung setzen können. Wer zum Beispiel die pessimistischen Betrachtungen, die die literarischen Wortführer der *sozialrevolutionären* Richtung in unserer Partei unmittelbar nach dem Verlust der Hälfte unserer Mandate im Jahre 1907 über die Unmöglichkeit künftiger großer Wahlerfolge angesichts der sich stets verschärfenden Klassengegensätze anstellten, noch in Erinnerung hat, wird in den Wahlsiegen eine Bestätigung der früher so sehr verhöhnten reformistischen Anschauung finden, daß nicht die wachsende Verschärfung der Klassengegensätze sondern die Taktik der Sozialdemokratie selber die Ursache war, daß unsere Partei die zu großen Wahlerfolgen unentbehrliche Anziehungskraft auf die außerhalb der Industriearbeiterschaft stehenden Wähler vorübergehend verlor. Unter dem Eindruck der sozialdemokratischen Niederlagen schrieb ich vor einigen Jahren: »Seit Dresden glaubte ein Teil der Genossen auf die Kulturideale geistiger Freiheit und Toleranz verzichten zu können; man vergaß, daß der Anstoß zu jedem moralischen und geistigen Fortschritt nicht von der Masse sondern von der einzelnen großen Persönlichkeit ausgeht, und daß auf geistigem Gebiete die Rechte der Minorität wie ein kostbares Kleinod gehütet werden müssen, wenn geistige Unfreiheit nicht von der Partei Besitz nehmen soll. Nicht die *Parteiseele* sondern Recht, Vernunft und Wissenschaft müssen fürder wieder entscheiden, wenn die Sozi-

aldemokratie neuen Siegen zuschreiten will.« Wer die innere Entwickelung der Sozialdemokratie seit 1907 miterlebt hat, der wird zugeben müssen, daß in den letzten Jahren vieles besser geworden ist. Die polemischen Ausschreitungen der *Sozialrevolutionäre,* die früher tosenden Beifall auslösten, finden heute nur noch vereinzelte Zustimmung. Wenn man von einigen Orten absieht, ist man allgemein bestrebt sich zu verständigen und zu verstehen. Langsam und allmählich hat sich die Neigung Bahn gebrochen die reformistischen Anschauungen nicht abzuweisen sondern zu prüfen. Nun wäre es gewiß verkehrt die letzten großen Erfolge n u r auf diese innere geräuschlose Wandlung, auf das Abflauen jener Stimmung, die man etwa als *Dresdener Geist* bezeichnen könnte, zurückzuführen. Gewiß ist nicht diese innere Wandlung sondern die Wirtschaft der Reaktionsparteien als die p r i m ä r e Ursache anzusehen, daß zurzeit das Heer der sozialdemokratischen Mitläufer so gewaltig anschwillt. Andrerseits muß mit allem Nachdruck ausgesprochen werden, daß ohne jene innere Wandlung die Sozialdemokratie unfähig gewesen wäre die außerordentliche Gunst der politischen Lage auszunutzen. Die Tatsache, daß die deutsche Sozialdemokratie beginnt sich vom *sozialrevolutionären* Dogmatismus freizumachen, ist ein psychologisches Moment von größter Tragweite, das bei Stichwahlen für die Haltung der Wähler, die nicht der Arbeiterschaft angehören, von ausschlaggebender Bedeutung wird.

Recht interessant ist es, daß man auf *radikaler* Seite gar keinen Versuch macht die letzten großen Wahlerfolge ähnlich wie die Niederlagen von 1907 ökonomisch-historisch zu erklären. Und doch wäre es von großer Bedeutung zu wissen, ob die Kraft, die jetzt das Schiff der Sozialdemokratie so hoch emporhebt und mächtig vorwärts treibt, der Sozialdemokratie dauernd erhalten werden kann, oder ob sie nur als vorübergehende Erscheinung betrachtet werden muß. Rührt diese Kraft daher, daß die ökonomische Entwickelung im Sturmschritt vorwärts gegangen ist, oder ist sie nur das Resultat politischer Stimmungen, die heute so und morgen anders sein können? Sich über diese Frage Klarheit zu verschaffen ist gerade jetzt von Wichtigkeit. Für eine Partei, die nach Einfluß im Staat strebt, ist im Grunde nichts verhängnisvoller als eine unrealistische Überschätzung der Zunahmemöglichkeit ihrer Kräfte. Dem schönen Rausch des Sieges folgt schnell die bittere Ernüchterung der Niederlage, sofern man seine Kräfte überschätzt. Die plötzliche Steigerung der sozialistischen Mandate von 56 auf 81 im Jahr 1903 bereitete psychologisch den Boden für die Dresdener Ereignisse vor, die dann zu dem tiefen Sturz der Mandatsziffern von 1907 führten. Ein überstiegenes Kraftgefühl, eine falsche Einschätzung des Tempos der sozialen Entwickelung zum Sozialismus hin war die Folge jenes großen Wahlsieges. Die Mehrheit der Parteigenossen sah die Tore zum sozialistischen Zukunftsstaat schon so weit geöffnet, daß ihr ein Zusammenwirken der Arbeiterschaft mit bürgerlichen Parteien als eine absurde, verräterische Zumutung erschien. Die Gefahr, daß ein kommender allgemeiner Wahlsieg zu einer Überschätzung unserer tatsächlichen Stärke führen kann, ist daher nicht von der Hand zu weisen, so daß gerade in diesen Tagen die kritische Selbstbesinnung zur unabweisbaren Notwendigkeit wird.

Ehe wir jedoch auf die Frage eingehen, inwieweit die gegenwärtigen Wahlerfolge eine dauerhafte ökonomische Grundlage haben, ist es gut sich darüber zu orientieren, wie die Gegner sich die sozialdemokratischen Wahlsiege zu er-

klären suchen. Nach der Meinung der liberalen Presse hätte es den liberalen Parteien an weiteren Siegen über die Sozialdemokratie nicht gefehlt, wenn die innere Politik weiter vom Fürsten Bülow geleitet worden wäre. Weil aber der konservativ-klerikale Block Bülow zum Rücktritt gezwungen und die Regierung unter Bethmann Hollweg einen entgegengesetzten oder den alten Zickzackkurs eingeschlagen habe, folge Niederlage auf Niederlage. Demgegenüber bezeichnet die klerikale Presse den Versuch den Fürsten Bülow als zielbewußten Sozialistenbändiger hinzustellen als kindische Geschichtsklitterei. Die eigentliche Ursache der sozialdemokratischen Wahlerfolge sei die Steuerscheu des Arbeiter- und Mittelstandes, die bei den Wahlen natürlich auch zum Ausdruck gekommen wäre, wenn Fürst Bülow die Erbschaftssteuer durchgedrückt hätte. Es soll hier nicht untersucht werden, welche von diesen Erklärungen den Tatsachen am meisten entspricht, da beide in der uns hier interessierenden Grundfrage, daß die sozialdemokratischen Wahlerfolge nur vorübergehender Natur sind und sein können, völlig übereinstimmen. Nach der liberalen Ansicht wird die sozialistische Flut wieder ihren normalen Stand erreichen, sobald der konservativ-klerikale Block gesprengt ist, während die klerikale Presse das Heil von der Gewöhnung an die neuen Steuern erwartet. So weit die bürgerlichen Parteien auch in der Auffassung über die Ursachen der sozialdemokratischen Wahlsiege auseinandergehen, darin sind sie doch einig, daß unsere Partei, wenn ihr bei den nächsten Wahlen 120 bis 150 Mandate zufallen sollten, diese unter keinen Umständen werde behaupten können. Wie stellen wir uns nun zu dieser Anschauung?

Für den sozialdemokratischen Politiker sind Parteigegensätze zumeist Klassengegensätze. Eine Partei kann unter normalen Umständen so lange wachsen, bis sie die letzten Angehörigen der Klassen, deren Interessen sie vertritt, um ihr Banner geschart hat. Die Sozialdemokratie bezeichnet sich nun offen als Partei des Proletariats, und in der Tat lehrt ein Blick in die Mitgliederliste eines beliebigen Wahlvereins, daß sich ihre Anhänger vornehmlich aus dem industriellen Proletariat rekrutieren. Die Größe des Proletariats scheint deshalb für die Siege, die die Sozialdemokratie aus eigener Kraft zu erringen vermag, ausschlaggebend zu sein. In der Tat wird bei dem Sozialdemokraten der alten Schule das Vertrauen darauf, daß die Sozialdemokratie in absehbarer Zeit die Mehrheit im Parlament erringen werde, durch die Anschauung hervorgerufen, daß die kapitalistische Entwickelung mit Siebenmeilenstiefeln voranschreite, und damit die Zahl der Proletarier rapid anwachsen müsse. In Deutschland, so meint man, sei die kapitalistische Produktionsweise bereits so weit vorgedrungen, daß die Proletarier die überwiegende Mehrheit der Nation bilden. Es komme daher nur darauf an die Köpfe der Arbeiter zu revolutionieren, um den Ausgebeuteten die Herrschaft in die Hand zu spielen. Daher müßten auch der Agitation alle anderen Zwecke untergeordnet werden. Ihre starken Wurzeln hat diese Anschauung in dem stellenweise in der Tat rapiden Wachstum der kapitalistischen Unternehmungen. Verschiedene Industriezweige weisen in Wirklichkeit eine gewaltige kapitalistische Konzentration auf. Der Bergbau mußte sich seit 1850 bis 1880 in immer größere Betriebe zusammenfassen, weil er, in die Tiefe von 400 bis 2000 Meter gehend, immer größere Schachtanlagen und Maschinen erforderte. Die Belegschaft einer Zeche betrug 1842 40, 1900 1224 Arbeiter. Die selbe Erscheinung bietet auch die Eisen- und Stahlindustrie.

Ein deutscher Hochofen hatte 1842 13, 1900 322 Arbeiter; Werke mit 10 und mehr Öfen sind jetzt nicht selten. Die sogenannten *gemischten Werke,* in denen vom Erz- und Kohlenlager bis zum fertigen Stahl- und Eisenprodukt, ja vereinzelt schon bis zur Maschine und Lokomotive die Vereinigung geht, weisen Arbeiterschaften von 3000 bis 15 000 Personen, Kapitalmassen von 10 bis 200 Millionen und mehr auf. Auch die Verkehrsunternehmungen sind immer größer geworden; die *Hamburg-Amerika-Linie* beschäftigte 1907 19 000 Personen. Nicht minder erheblich ist die Konzentration im Schiffsbau sowie im Bankgeschäft. Man wird sich nicht wundern dürfen, daß ein Arbeiter, dem diese Zahlen eindrucksvoll vorgetragen werden, zu übertriebenen Vorstellungen von der Schnelligkeit des kapitalistischen Konzentrationsprozesses gelangt. Denn nur von reformistischer Seite wird er erfahren, daß diese Erscheinungen durchaus nicht den Durchschnitt angeben, daß das Tempo der Konzentration, wenn man die ganze Industrie in Rechnung zieht, sogar angesichts der großen Fortschritte der technischen Wissenschaften als verhältnismäßig langsam bezeichnet werden muß. Unsere deutsche Statistik der gewerblichen Berufsgenossenschaften zählt in der Hauptsache die Betriebe, die nicht bloß Menschenkraft anwenden, und die mehr als 10 Arbeiter umfassen. Ihre Gesamtzahl war 1888 350 697 mit durchschnittlich je 12,3 Arbeitern, 17 Jahre später, im Jahr 1905, 637 611 mit durchschnittlich je 12,8 Arbeitern. Für den Politiker, den nicht die ferne Zukunft sondern die Gegenwart interessiert, ist dieses durchschnittliche Wachstum der Zahl der von jedem Betrieb beschäftigten Arbeiter um 0,5 im Zeitraum von 17 Jahren so gering, daß er fast berechtigt ist es bei seinen politischen Erwägungen unbeachtet zu lassen. Auch der sozialdemokratische Politiker wird sich daher mit der Tatsache abfinden müssen, daß neben dem Anwachsen einer mäßigen Zahl von Groß- und Riesenbetrieben die kleinkapitalistische Unternehmung im weiten Umfang existenzfähig bleiben wird. Damit soll natürlich nicht in Abrede gestellt werden, daß der Sieg der kleinkapitalistischen Unternehmung über den Handwerksbetrieb eine tiefgehende Umgestaltung der Klassenverhältnisse der städtisch-industriellen Bevölkerung herbeigeführt hat. In dem Maß wie die kleinkapitalistische Unternehmung vordrang ging das selbständige Handwerksmeistertum zurück. Freilich nicht in dem Sinn, daß die Zahl der Handwerksmeister im ganzen geringer wurde. Ganz im Gegenteil. Der Zahl nach wird die Klasse der Handwerksmeister sich in den letzten 100 Jahren wahrscheinlich v e r d o p p e l t haben. Schmoller glaubt ziemlich sicher schätzen zu können, daß im heutigen Deutschland 1816 etwa 0,5 Millionen, 1861 1 Million, 1895 1,3 Millionen Handwerksmeister vorhanden waren. Aber trotz dieser Verdoppelung ist die Bedeutung der Klasse der Handwerksmeister gegenüber den übrigen Klassen rapid zurückgegangen. Auch an dem Aufstieg der anderen Gesellschaftsklassen haben die Handwerksmeister alten Stils keinen Anteil. Eine große Anzahl von ihnen ist magazinhörig geworden, und der andere Teil fristet in den Kleinstädten zumeist eine kümmerliche Existenz.

Neben der a l t e n Klasse der Handwerksmeister sind aber n e u e Klassen entstanden: das industrielle Proletariat, das Privatbeamtentum und das klein- und großkapitalistische Unternehmertum. 1895 zählte man 1,3 Millionen Unternehmer, die Gehilfen beschäftigten. Von 1895 bis 1907 ist ihre Zahl bedeutend angewachsen; und zwar stieg die Zahl der Inhaber von Kleinbetrieben (1 bis

5 Personen) um 31,7 %, die der Inhaber von Mittel- und Großbetrieben um 42,4 %. Die Leitung der kapitalistischen Produktion liegt also nicht in den Händen einer kleinen Zahl von Kapitalmagnaten, sondern sie wird von einer starken, schnell anwachsenden Klasse besorgt, deren Votum auch in der vollendeten Demokratie bei allen politischen Entscheidungen schwer ins Gewicht fällt. Nahezu ebenso stark wie die kapitalistische Unternehmerklasse ist die Klasse des Privatbeamtentums, die 1907 schon 1,29 Millionen zählte. Das Wachstum dieser neuen Klasse ist enorm. Von 1882 bis 1895 haben die Arbeiter um 62,6 %, die Beamten um 118,9 % zugenommen. In noch forcierterm Tempo ist das Wachstum dieser Klasse von 1895 bis 1907 vorwärts gegangen. Wie verschiedene soziale Enqueten gezeigt haben, nimmt ihre Zahl um so mehr zu, je feiner und komplizierter der Produktionsprozeß einer Industrie wird. Kreller berechnet, daß 1895 nach der Gewerbezählung 1 Beamter auf 4 Arbeiter in der elektrischen, auf 24 in der Eisenindustrie, auf 34 in der Weberei kommt. Die Klasse der Privatbeamten bildet den Grundstock des neuen Mittelstands. An ihn schließen sich die Vertreter der freien Berufe, die Staats- und Gemeindebeamten an. Im Jahr 1907 zählte man in Staatsdienst und freien Berufen rund 1 Million männlicher Personen. In dem Maß wie Staaten und Gemeinden ihre Unternehmungen ausdehnen muß die Zahl der Angehörigen dieser Gruppe wachsen. Eisenbahnen, Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke, Schlachthöfe und andere gewerbliche Anlagen öffentlichrechtlicher Natur bedürfen einer großen Zahl technisch und administrativ-kommerziell geschulter Beamten.

Nach der Gewerbezählung des Jahrs 1907 kann man die Zahl der männlichen Unternehmer auf rund 1 300 000 veranschlagen. Rechnet man hierzu die 1,29 Millionen Privatbeamten und rund 1 Million Staats- und Gemeindebeamte und Vertreter der freien Berufe, so haben wir den neuen Mittelstand in einer Stärke von 3,59 Millionen vor uns, gewaltig an Zahl, groß an Ansehen, reich an Intelligenz, vielfach allerdings in beschränkten, in der Regel aber in überproletarischen Verhältnissen lebend und sorgsam darauf bedacht die höhere Lebenshaltung nicht durch eine zu große Kinderzahl zu gefährden. Unter dem neuen Mittelstand stehend finden wir die Klasse der Handwerksmeister alten Stils, die in den letzten Jahren an Zahl zurückgegangen ist, aber auch heute noch rund 1 Million Angehöriger zählen wird; neben und über dem Mittelstand stehend sehen wir die Klasse der untätigen Kapitalisten, Rentner und Pensionäre, die mit ihren männlichen Angehörigen sich im Jahr 1907 auf zirka 1,5 Millionen beliefen. Stellen wir nun die nicht proletarischen Klassen zusammen, so ergibt sich folgendes Bild:

| Nichtproletarische Klassen | Zahl |
|---|---|
| Unternehmer | 1 300 000 |
| Handwerksmeister | 1 000 000 |
| Staats- und Gemeindebeamte, freie Berufe | 1 000 000 |
| Gewerbliche Beamte | 1 290 000 |
| Kapitalisten, Rentner und Pensionäre | 1 500 000 |
| zusammen | 6 090 000 |

Diesen 6,09 Millionen stehen nun 8,3 Millionen in Handel und Industrie beschäftigte Arbeiter und Gehilfen gegenüber: das männliche Proletariat. 8,3

gegen 6,09 Millionen. Demnach könnte es scheinen, als ob die proletarischen Wähler eine erdrückende Mehrheit gegenüber den Wahlberechtigten der anderen Klassen bilden müßten. Aber dieser Schein trügt. Man darf nämlich nicht vergessen, daß im Proletariat die jugendlichen, nicht wahlberechtigten Altersstufen weit stärker vertreten sind als in den anderen Klassen. In welchem Umfang dies der Fall ist, läßt sich leicht erkennen, wenn man daran denkt, daß bei der vorletzten Berufs- und Gewerbezählung nicht weniger als 701 033 Lehrlinge ermittelt wurden; zählt man hierzu die jugendlichen Arbeiter und die Gesellen und Gehilfen unter 25 Jahren, so kommt man zu dem Schluß, daß die Zahl der Wahlberechtigten im Proletariat nicht viel größer sein kann als die Zahl der Reichstagswähler in den übrigen Klassen.

Nun darf man sich freilich dies Verhältnis nicht derart vorstellen, als ob in allen städtisch-industriellen Wahlkreisen die bürgerlichen Wähler den proletarischen die Wage hielten. Wie es zahlreiche Wahlkreise gibt, in denen die nichtproletarischen Elemente zweifellos die Mehrheit der Wähler stellen, so gibt es umgekehrt auch Wahlkreise, die einen ausgesprochenen proletarischen Charakter haben. Dies gilt insbesondere für einige Wahlkreise Groß Berlins und die Bezirke, wo das Auftreten von Kohle oder Eisen Verdichtungszentren proletarischer Bevölkerung geschaffen hat. Vor allem muß man sich von der *sozialrevolutionären* Illusion freimachen, als wäre lediglich der Unverstand der Massen daran schuld, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten in fast allen Wahlkreisen immer nur mit knapper Mehrheit der abgegebenen Stimmen gewählt werden. Im großen ganzen haben die proletarischen Massen in den städtisch-industriellen Wahlkreisen von ihrem Wahlrecht bisher einen weit verständigern Gebrauch gemacht als sich dies die *sozialrevolutionären* Doktrinäre träumen lassen. Wenn die sozialdemokratischen Abgeordneten in der Regel nur mit knapper Mehrheit gewählt werden, so liegt dies eben daran, daß die proletarischen Wähler allein für sich nur eine knappe Mehrheit stellen können. Das ist für uns gewiß eine unangenehme Erkenntnis, es wird aber auch den *sozialrevolutionären* Wortführern schließlich nichts anderes übrig bleiben als die historisch-ökonomische Methode auch für die Politik nutzbar zu machen und frei von revolutions-romantischen Illusionen die Dinge zu nehmen, wie sie wirklich sind.

Als weitere Erkenntnis ergibt sich für uns, daß das Proletariat allein für sich noch zu schwach ist die Reaktion in Deutschland niederzuwerfen. Gewiß würde eine gerechte Wahlkreiseinteilung eine fortschrittliche Mehrheit im Reichstag schaffen, auch wenn die Sozialdemokratie eine Blockpolitik nach badischem Muster von sich wiese. Es wäre jedoch die größte Torheit von der jetzigen Mehrheit zu erwarten, daß sie eine Neueinteilung der Wahlkreise beschließt. Auf Grund der gegenwärtigen Wahlkreiseinteilung kann eine Mehrheit der sozialdemokratischen und bürgerlichen Demokratie aber nur zustandekommen, wenn man das Stimmenzählen nicht als der politischen Weisheit letzten Schluß ansieht und schon für die Hauptwahl zu Vereinbarungen gelangt, die es unmöglich machen, daß Wahlkreise, die im ersten Wahlgang eine antireaktionäre Mehrheit haben, in der Stichwahl der Reaktion anheimfallen. Nur auf diesem Weg kann die Demokratisierung Deutschlands erreicht werden. Auf *radikaler* Seite wird man nun freilich sagen, daß die Sozialdemokratie im Vertrauen auf die kapitalistische Konzentration, auf das Wachstum des Prole-

tariats ruhig warten könne, bis sie stark genug ist die Reaktion ohne bürgerliche Hilfe zu Boden zu werfen. Wir haben aber gesehen, wie erstaunlich langsam die kapitalistische Konzentration trotz aller Fortschritte der technischen Wissenschaften vor sich geht. Bleibt es bei dem gegenwärtigen Tempo, so wird das Proletariat bei der jetzigen Wahlkreiseinteilung erst zu einer Zeit, wenn unsere Kindeskinder zur Wahlurne schreiten werden, stark genug sein eine Mehrheit im Reichstag zu bilden. An dieser Tatsache ändern auch die gegenwärtigen Wahlsiege nichts, die, zum Teil der ökonomischen Grundlage entbehrend, in der Tat nur vorübergehender Natur sein können. Nur auf dem Weg einer Blockpolitik kann die Herrschaft der Reaktion gebrochen werden; nur auf diesem Weg kann die Bahn für demokratische und soziale Reformen frei gelegt werden. Das bürgerliche Parteiwesen in Deutschland ist zurzeit von heftigen Gärungen durchschüttert. Der Liberalismus gelangt zu der Erkenntnis, daß in Preußen-Deutschland vor allem die reaktionären Mächte niedergerungen werden müssen. Aufgabe der Sozialdemokratie muß es in dieser Situation sein nichts zu unterlassen, was eine Gesundung der deutschen Politik herbeizuführen vermag.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

# MAX MAURENBRECHER · AUF DEM WEG ZUR MACHT

WILL man politische Situationen verstehen, so ist es gelegentlich gut sie auch einmal vom Standpunkt der Gegner aus durchzudenken. Man wird auf diese Weise vielleicht deutlicher sehen, was man selber n i c h t tun darf, um nicht unbewußt die Pläne des Gegners zu fördern. Man wird so die Scheuklappen etwas lüften, die man zu leicht sich vorbindet, wenn man nur immer aus dem eigenen Gesichtswinkel heraus die politischen Dinge betrachtet. Für die gegenwärtige politische Situation hilft uns ein Artikel des Professors Hans Delbrück in den *Preußischen Jahrbüchern* die politischen Absichten des Gegners kennen lernen. Delbrück ist kein Konservativer im Fraktionssinn. Im Gegenteil, seine Polemik geht in der Praxis öfter nach rechts als nach links. Aber er ist einer der wenigen geschichtlich und taktisch geschulten Politiker, die wir in Deutschland haben. Aus seinen Artikeln ist für die taktische Erfassung der Situation regelmäßig sehr viel zu lernen, mögen sie nun zufällig einmal inhaltlich mit unseren Gedanken übereinstimmen oder gegen uns gerichtet sein.

Professor Delbrück schreibt über das Scheitern der Wahlrechtsreform. Er behauptet zunächst fest und klar, daß die Konservativen an diesem Scheitern schuld seien. Er sagt, etwa 20 Nationalliberale seien noch einen Tag vor der entscheidenden Abstimmung im Abgeordnetenhaus bereit gewesen für die Herrenhausvorlage zu stimmen, wenn auch die Konservativen für sie einträten. Es sei aber damals auch bei den Konservativen die Stimmung im wesentlichen auf Annahme gerichtet gewesen. Wenn dann 24 Stunden später die Konservativen doch die Herrenhausvorlage glatt abgelehnt haben, so sind sie es gewesen, die damit die Pläne des Herrenhauses zu Fall brachten und die Regierung zur Zurücknahme ihrer Vorlage zwangen. Man muß schon diese Tatsache deutlich im Auge behalten, um sich das Bild der gegenwärtigen Situation nicht verzeichnen zu lassen. In einem Parteiblatt haben wir gelesen, daß Herr

von Schorlemer, der jetzige Landwirtschaftsminister, der eigentliche Urheber der Niederlage der Regierung gewesen sei, weil er im Herrenhaus Anträge durchgedrückt habe, die im Abgeordnetenhaus unannehmbar gewesen seien. In anderen Blättern, namentlich in nationalliberalen, wird es als ein Verdienst der Nationalliberalen gefeiert, daß sie sich trotz vorherigen Schwankens nach links konzentriert und damit die Ablehnung der Vorlage herbeigeführt hätten. In Wahrheit aber ist beides absolut unzutreffend. Der Antrag Schorlemer im Herrenhaus war von der Regierung souffliert und sollte eine Brücke sein, um auch den Nationalliberalen die Zustimmung zur Herrenhausvorlage möglich zu machen. Und die Nationalliberalen wären wenigstens zum Teil bereit gewesen auf diese Brücke zu treten, wenn die Konservativen ihnen vorangegangen wären. Die treibende Kraft der Ablehnung liegt allein bei den Konservativen und bei ihrem taktisch gewandten und rücksichtslos durchgreifenden Führer.

Nun hebt Delbrück mit Recht hervor, daß diese Haltung der Konservativen höchst auffällig ist. Man braucht sich weniger darüber zu wundern, daß sie eine Regierungsvorlage zu Fall bringen. Davor haben sie sich niemals gefürchtet, weil sie wissen, daß sie heute für die Regierung doch unentbehrlich sind. Delbrück hat vollständig recht, wenn er sagt: Eigentlich ist in dem Ringen zwischen Konservativen und Regierung die Regierung die stärkere; sie braucht nur einmal zu wollen und diesem ihrem Wollen bei Regierungspräsidenten und Landräten Nachachtung zu verschaffen, so sind die Konservativen in einem Wahlgang von der Bildfläche verschwunden. Aber die Regierung wird das nicht tun, weil sie keine andere Majorität kennt, mit der sie zu regieren vermöchte. Und die Regierungsmänner stammen regelmäßig aus konservativen Kreisen. So kommt es, daß die konservativen Parteiführer es nicht so besonders tragisch zu nehmen brauchen die Regierung zu übertrumpfen, durch deren entschiedenen Willen in Wahrheit ihre Existenz doch jeden Tag aufgehoben sein könnte. Schwieriger aber ist es zu nehmen, daß die Konservativen im Abgeordnetenhaus sich gegen die Konservativen im Herrenhaus wenden. Es ist doch ein Schauspiel gewesen, das die politische Welt noch nicht oft gehabt hat, daß das Herrenhaus eine Reform des preußischen Wahlrechts beschließt, die die Konservativen des Abgeordnetenhauses verwerfen. Mögen noch so viel heimliche Einverständnisse hinter den Kulissen bestanden haben, in der Öffentlichkeit ist der Konflikt zwischen Herrenhausmehrheit und konservativer Partei des Abgeordnetenhauses eine für die Konservativen nicht angenehme Situation. Und doch haben sie diese Situation bewußt herbeigeführt. Da lohnt es sich wohl nach den Gründen zu fragen, die sie dafür gehabt haben. Was Delbrück darüber ausführt, wird wohl auf guter Kenntnis der Gedanken der leitenden Personen beruhen. Mindestens ist es gut aus der Situation geschlossen. Es kommt nämlich auf den einen Gedanken hinaus, daß die Konservativen entschlossen waren auch über die nächsten Reichstagswahlen hinaus sich ihre Position zu sichern. Das ist es, was wir als Sozialdemokraten besonders beachten müssen. Wir sind sonst leicht gewöhnt nur bis zu den nächsten Reichstagswahlen zu denken. Wir freuen uns schon jetzt des ungeheuren Fortschritts, den die nächsten Wahlen uns bringen werden. Die Wahrscheinlichkeit dieses Fortschritts wird nach Delbrücks Meinung auch von den Konservativen nicht mehr geleugnet. In diesem Zusammenhang steht der

Satz, den schon unsere Tagespresse mitgeteilt hat, daß die Konservativen bei den nächsten Reichstagswahlen zu einer Fraktion zusammenschrumpfen werden etwa von der heutigen Stärke der Polen. Wir haben uns wohl oft gefragt, ob die Konservativen nicht geradezu mit Blindheit geschlagen seien, daß sie so ihrem eigenen Ruin entgegenstürzen, ob sie von jeder politischen Klarheit und altererbten Taktik so gänzlich verlassen seien, daß sie mit lachendem Auge ihr eigenes Grab sich graben. Es wird aber richtig sein, wenn Delbrück sie ernster nimmt und sagt: Sie denken eben nicht bloß bis zur nächsten Wahl sondern auch schon über die nächsten Wahlen hinaus. Sie erwarten einen Reichstag, der seine Majorität links vom Zentrum haben wird. Diese Majoritat wird im wesentlichen aus einer verdoppelten oder verdreifachten sozialdemokratischen Fraktion, aus einer stark gestiegenen Volkspartei und aus einer nationalliberalen Fraktion bestehen, die im Kampf gegen die Konservativen ihre Mandate erobert haben wird. Diese Mehrheit wird nach konservativer Meinung nicht ein Zeitalter der Reformen bedeuten sondern ein Zeitalter des Kampfs. Die Regierung kann mit ihr nicht regieren, weil — nach konservativer Anschauungsweise — die rein negativen Elemente in ihr zu sehr überwiegen. Die Regierung wird deshalb stärker als je auf den preußischen Landtag zurückgreifen, in dem die Stellung der Konservativen durch das Dreiklassenwahlrecht geschützt ist. Also wird die Regierung es vermeiden an der Grundlage dieser Macht der Konservativen noch fernerhin weiter zu rütteln. Darüber hinaus aber steht zu erwarten, daß eine sozialdemokratische Fraktion von 100 bis 120 Mann dem gesamten deutschen Bürgertum einschließlich des Kleinbürgertums und einschließlich der Intellektuellen einen so ungeheuren Schrecken einjagen wird, daß diese Elemente für lange Zeit von ihren gegenwärtigen Anwandlungen zum Radikalismus geheilt sein werden. Dem Reichstag mit der Majorität von Bebel bis Bassermann wird irgendwann bei einer Militärfrage die Auflösung folgen; und es wird dann zu Neuwahlen im Stil derer von 1907 kommen, nur noch in höherm Maßstab. Es muß aber nach konservativer Rechnung dafür gesorgt werden, daß bei dieser Gelegenheit das Zentrum nicht mit in der Opposition steht. Das Zentrum muß bei den Konservativen gehalten werden; die demokratischen Tendenzen in seinem eigenen Innern müssen gezügelt werden, damit es bei der Entscheidungsschlacht der übernächsten Wahl nicht in der Opposition sondern mit in der bürgerlichen Koalition gegen die Sozialdemokratie steht. Deshalb war es den Konservativen wertvoll im Augenblick die Freundschaft des Zentrums der Freundschaft mit den Nationalliberalen vorzuziehen. Die Nationalliberalen kommen, so rechnen sie wohl, später von selbst, sobald sie durch die *rote Flut* von ihrem gegenwärtigen Radikalismus gründlich geheilt sein werden. Vom Zentrum aber weiß man das nicht so unbedingt. Es hat auch seine radikalen Elemente und ist in der Periode Caprivi der eigentliche Träger der antikonservativen Politik dieses Reichskanzlers gewesen. Man wird die Konservativen nicht falsch verstehen, wenn man sagt: Sie wollen eine Wiederkehr Caprivischer Reformpolitik vermeiden. Auf den Block von Bebel bis Bassermann allein könnte die Regierung Reformen nicht stützen. Sie hat es auch zu Caprivis Zeiten nicht tun können sondern hat von vornherein das Zentrum zu sich herüberzuziehen versucht und ist an der Opposition des Zentrums im Jahr 1893 gescheitert. Folglich müssen die Konservativen das Zentrum fest bei sich halten, wenn sie verhüten wollen, daß die Flut der Wahlen von 1911 eine wirkliche Reformperiode herbeiführt. Das wird für sie

der entscheidende Gesichtspunkt gewesen sein, weshalb sie jetzt die Freundschaft mit dem Zentrum der mehr als 20jährigen Freundschaft mit den Nationalliberalen vorgezogen haben. Wenn aber die übernächste Reichstagswahl unter der Parole der Sammlung aller bürgerlichen Elemente gegen die Sozialdemokratie stattfindet, so mögen die Konservativen wohl rechnen, daß dann ähnlich wie 1907, wenn auch nicht in der Stimmenzahl, so doch in der Mandatsziffer ein erschütternder Rückgang der Sozialdemokratie eintreten wird. Sie werden wohl meinen, wenn das Zentrum mit auf der Seite der antisozialistischen Koalition gehalten wird, dann wird es möglich sein die Sozialdemokratie auf ungefähr 30 Mandate zurückzuwerfen, wie es schon 1907 der Fall gewesen wäre, wenn nicht das Zentrum in der Stichwahl in etwa 10 Wahlkreisen für den Sozialdemokraten den Ausschlag gegeben hätte. Und der Schlußstein dieser Rechnung mag dann wohl sein, daß der Rückfall von über 100 auf etwas über 30 Mandate den Nimbus der Sozialdemokratie so gründlich zerstört, daß sie sich davon nur schwer wieder würde erholen können.

Ich bin in der Ausmalung dieser Gedanken über das hinausgegangen, was Delbrück persönlich gesagt hat. Aber ich glaube, daß die Konsequenzen bis zu diesem Punkt richtig gezogen sind, und daß weiterblickende konservative Politiker sich die Sache etwa in diesen Formen vorstellen mögen. Wir hätten demnach die Erklärung für ihre sonst ungeheuerlich erscheinende Taktik in den letzten 3 Jahren eben darin zu suchen, daß sie nicht auf den nächsten, wohl aber dann auf den übernächsten Reichstag all ihre Hoffnung setzen. Man wird zugeben müssen, wenn eine solche Taktik wirklich den konservativen Gedanken entsprechen sollte, daß sie weiterblickend und großartiger ist als etwa die der Nationalliberalen, die um eines ganz gleichgültigen Fraktionsvorteils willen eine Drittelung in größeren Bezirken durchsetzen wollten und damit den Konservativen und dem Zentrum die Parole einer volkstümlichen Politik gegenüber dem Mammonismus gaben. Die konservative Partei für sich allein würde auch nach dieser Rechnung eine beherrschende Stellung im Parlament nicht gewinnen. Sie würde immer auf die Koalition entweder mit dem Zentrum oder gelegentlich auch mit den von ihrem Radikalismus geheilten Liberalen angewiesen sein. Aber ihre Stellung im Parlament würde etwa so werden, daß sie die Gruppe sind, die zwei Majoritäten zu bilden vermag. Und, was ihnen vielleicht noch wichtiger ist, es würde das, was sie sachlich vertreten, was sie die *konservative Staatsauffassung* nennen, es würde insonderheit der Kampf gegen die Sozialdemokratie zum Gemeingut aller bürgerlichen Parteien werden. Insofern kann man sagen, daß sie bei einer solchen Taktik das Staatsinteresse, wie sie es verstehen, über das Interesse der Fraktion gestellt haben.

Ich setze also voraus, daß dieses die wirkliche Hoffnung der Konservativen ist. Selbst wenn ich sie darin überschätze, selbst wenn in Wirklichkeit ihr Gedanke noch nicht so weit ginge, würde immer bestehen bleiben, daß es der unbewußte Grundgedanke ihrer Taktik wäre, die einzige Möglichkeit der Rettung, die für die konservative Politik sich aus ihrer jetzigen Haltung ergeben könnte. Es bliebe dann immer bestehen, daß auch die Arbeiterpartei alle Ursache hat mit diesem taktischen Gedankengang sich auseinanderzusetzen. Was ergibt sich für die Arbeiterpolitik als Grundlage ihrer taktischen Haltung, wenn sie diese Rechnung der Gegner durchkreuzen will?

Der erste Schritt ist klar; und an ihm arbeitet heute einheitlich die ganze Partei, mit wenigen Ausnahmen, und ihm wird jede andere Erwägung untergeordnet. Unsere erste Aufgabe ist den größtmöglichen Wahlerfolg wirklich zu erreichen, den Freunde und Gegner bei den kommenden Wahlen von uns erwarten. Wir wissen, daß das durchaus keine so leichte Aufgabe ist wie es dem Fernstehenden scheint. Es gehört eine ungeheure Arbeit der Organisation, der Aufklärung schlafender Massen und der Disziplinierung der eigenen Partei dazu einen solch gewaltigen Stimmenerfolg tatsächlich zu erreichen, wie er dazu gehört, um unsere Fraktion auf das Doppelte oder Dreifache ihres heutigen Standes zu steigern. Unsere Partei hat den Sieg noch durchaus nicht in der Tasche. Es sind noch immer Zwischenfälle genug möglich, die unsere Rechnung stören könnten, Zwischenfälle im sozialdemokratischen und Zwischenfälle im gegnerischen Lager. Die ersteren ist die ganze Partei zu vermeiden bemüht. Die große Zurückhaltung, die die gesamte Partei sich auf dem Leipziger Parteitag inneren Parteifragen gegenüber auferlegt hat, hat sich bis jetzt bei den Nachwahlen bewährt. Es steht kaum zu befürchten, daß der nächste Parteitag nicht taktisch geschickt genug sein sollte die gleiche Zurückhaltung auch ferner zu üben. Aber es ist immerhin wertvoll, daß man sich klar macht, wie ungemein anders unsere politische Situation durch die Zurückhaltung des Leipziger Parteitags bestimmt ist als es früher durch den *Radikalismus* des Dresdener Parteitags geschehen war.

Im ganzen darf man wohl sagen: Die Wahlarbeit zum Reichstag ist schwer und mühevoll für die Tausende, die in ihr die Kleinarbeit zu leisten haben. Aber es ist die Arbeit, die unsere Partei kennt, und in der sie geschult ist. Es ist nicht zu erwarten, daß hier entscheidende Fehler gemacht werden. Aber der konservative Gedankengang hat uns gezeigt, daß es nicht ausreicht bloß eine möglichst große Stimmenzahl aufzubringen. Wir müssen auch weiter über das nachdenken, was dann folgt. Da ist die zweite Aufgabe ebenfalls noch deutlich und klar: Die Sozialdemokratie muß ihre Macht dafür in die Wagschale werfen, daß die Zusammensetzung des Reichstags sich tatsächlich so gestaltet wie die konservative Rechnung es angenommen hat. Das heißt, sie muß einem Konservativen und einem Zentrumsmann gegenüber regelmäßig den Nationalliberalen oder den Volksparteiler unterstützen, gleichviel, ob dieser Liberale zur radikalen oder zur gemäßigten Spielart gehört, und ob er in seiner Sozialpolitik ihr sympathisch ist oder nicht. Hat sich das Zentrum einmal auf die reaktionäre Seite gestellt und will es dort bleiben, so gibt es für die Sozialdemokratie mit dem Zentrum nun keinen Kompromiß: Auch wer im Zentrum als Sozialpolitiker tüchtig ist, muß um der Gesamtpolitik seiner Fraktion willen unserer Partei ferner stehen als ein Liberaler, der zwar in der Sozialpolitik gegen sie steht, in der allgemeinen Staatspolitik aber wenigstens gewisse Ziele mit ihr gemeinsam hat. Wir müssen uns von vornherein dazu erziehen, daß bei den Stichwahlen lokale Verärgerungen nicht mehr den Ausschlag geben dürfen. Auch, wenn der Gegner den Kampf gegen unsere Partei in unanständiger und rüder Weise führt, müssen die Massen trotzdem zu dem Gedanken erzogen sein, daß die Politik keine Schulstube ist, in der die Kinder nach ihrer Bravheit gesetzt werden. Mag uns der Liberale noch so unsympathisch sein: jeder einzelne Nationalliberale oder Liberale im kommenden Reichstag hilft dazu die konservativ-klerikale Majorität in eine Minorität zu verwandeln. Wenn wir

den Liberalen jetzt immer wieder predigen, sie sollen sich zu dem Gedanken aufschwingen, daß der Feind rechts von ihnen steht und nicht links, so wollen auch wir die Energie gewinnen, um uns auf diese Sätze zu konzentrieren.

Diese Stichwahltaktik, die über die Zusammensetzung und die Majoritätsbildung im Reichstag erst wirklich entscheidet, muß schon jetzt klar diskutiert werden, damit nicht widersprechende Handlungen sich im entscheidenden Augenblick ergeben, und damit nicht die große Macht, die die Sozialdemokratie gerade bei den Stichwahlen in der Hand hat, von ihr selber zersplittert wird. Aber es wird dann weiter nötig sein, daß wir uns auch an den Gedanken gewöhnen müssen, daß der nächste Reichstag unsere Partei vor eine ganz andere Verantwortung stellen wird als alle Reichstage, die wir bisher gehabt haben. Wenn der Konservative darauf rechnet, daß die *rote Flut* bei den kommenden Wahlen das gesamte Bürgertum von uns zurückschrecken wird, so daß der Rückschlag nach diesem Sieg für uns geradezu tödlich wird, so muß es unsere taktische Aufgabe sein die gegenwärtig radikalisierten Liberalen und Nationalliberalen in ihrer antikonservativen Haltung festzuhalten und die Macht, die sie und wir im kommenden Reichstag haben, auch positiv auszunutzen. Wir müssen einen regierungsfähigen Block der Linken schaffen, der Zentrum und Konservative auf die Dauer in der Minderheit hält und durch seine positiv fruchtbare Politik vor allem Volk den Beweis zu liefern vermag, daß ihm die Zukunft des deutschen Volks auf die Dauer anvertraut werden darf. Nur, wenn diese antikonservative Majorität des nächsten Reichstags auch positive Ziele findet, in denen sie Fruchtbares und Durchgreifendes leisten kann, nur dann wird es ihr gelingen auch über die nächste Wahlperiode hinaus ihren Kredit in der Bevölkerung zu behaupten und eine fruchtbare Periode der Reformen im Deutschen Reich zu schaffen. Man soll nicht sagen, daß das nicht möglich sei, weil alle diese Parteien in sich zu verschieden gerichtet seien. Es gibt genug Dinge, über die wir auch mit den radikaler gewordenen Nationalliberalen uns verständigen können; die Überführung Deutschlands aus einem bureaukratischen Feudalstaat in einen verfassungsmäßigen, parlamentarisch geleiteten, liberal und industrialistisch regierten Staat birgt eine Fülle von Aufgaben in sich, über die man sich bei ernstem Wollen hinüber und herüber selbst mit den Nationalliberalen verständigen kann. Es wird nicht gut sein diese Verständigung schon jetzt in allen Einzelheiten auszumalen; denn die Situationen kommen immer etwas anders als wie man sie vorher denkt — was aber kein Grund sein darf, daß man nicht auch schon vorher sich bemüht zukünftige Situationen sich anschaulich klar zu machen —, und man soll sich nicht vor der Not auf taktische Konzessionen auch nur literarisch festlegen lassen. Aber es ist unbedingt nötig, daß wir die Aufmerksamkeit der Arbeitermassen und namentlich der Gewerkschaftsführer schon jetzt auf den Punkt richten, daß sie einsehen lernen: Unsere alte Taktik der parlamentarischen Isolierung und der reinen Opposition würde im kommenden Reichstag nur dazu führen den Konservativen die Majorität im übernächsten Reichstag von neuem in die Hände zu spielen. Die Gefahr, daß es so kommt, ist nicht zu unterschätzen. Die konservative Rechnung, der wir vorhin gefolgt sind, ist wahrhaftig nicht dumm; sie rechnet vielmehr damit, daß die parlamentarische Taktik der Sozialdemokratie so schwerfällig sein werde wie sie leider bisher es öfter gewesen ist. Sie rechnet damit, daß die Sozialdemokraten selbst schon dafür sorgen werden, daß dem radikalisierten

Bürgertum sein Radikalismus recht gründlich wieder ausgetrieben wird. Und wir müssen uns deshalb schon jetzt darüber klar werden: Der wichtigste Schritt auf dem Weg zur Macht ist, daß es uns gelingt im kommenden Reichstag die liberal-sozialdemokratische Abwehrmajorität gegen die Konservativen auch zu einer positiv-fruchtbaren Arbeitsmajorität auszugestalten.

Es ist der großen Mehrzahl unserer Parteigenossen sehr unbequem, wenn taktische Fragen mit Klarheit und Konsequenz diskutiert werden. Die meisten haben die Neigung einer scharfen Problemstellung auf diesem Gebiet aus dem Weg zu gehen und sich damit zu trösten, daß wir im entscheidenden Augenblick die richtigen Mittel schon finden würden, wie wir sie ja, der Parteilegende entsprechend, auch bisher schon immer gefunden haben. Aber dieser Standpunkt der Bequemlichkeit darf uns nicht hindern die Probleme so ernst und eindringlich zu stellen wie sie in Wirklichkeit sind. Es gibt auch Parteigenossen, die meinen, man solle solche Dinge nur im verschwiegenen Fraktionszimmer erörtern; in der Öffentlichkeit dürfte man über taktische Fragen der Zukunft nicht diskutieren. Aber auch das scheint mir nicht zutreffend zu sein. Die Sozialdemokratie ist eine Massenpartei · und jede Aktion, die sie macht, ist letzten Endes und auf die Dauer nur möglich, wenn auch der letzte Unteroffizier und Werkstättenvertrauensmann sie versteht und sie seinen Leuten zu erklären vermag. Darum hilft es nichts: Wir müssen uns daran gewöhnen, trotz allen Geschreis, das etwa einzelne Parteigenossen darüber erheben könnten, taktische Probleme ganz scharf und anschaulich zu erörtern.

Wir stehen vor einem *Entweder-oder,* über dessen Tragweite man sich nicht täuschen darf. Entweder unsere Zukunft liegt auf dem Weg der isolierten Erhebung der Arbeiterklasse, die dann notwendig eine außerparlamentarische Erhebung sein müßte; oder unsere Zukunft liegt in der Mehrheitsbildung des Parlaments. Dann aber ist der nächste Schritt noch nicht der, daß wir allein die ganze Mehrheit beherrschen, sondern der nächste Schritt ist der, daß ein Block von Parteien, die links vom Zentrum sitzen, die Mehrheit bildet. Diese Möglichkeit, die bisher nur erst in nebelhafter Ferne vor uns lag, ist durch die Ereignisse der letzten Jahre handgreiflich nahe gerückt. Wir werden, wenn nicht unvorhergesehene Zwischenfälle kommen, die Majorität von Bassermann bis Bebel im nächsten Reichstag haben. Wir sind damit plötzlich vor die Aufgabe gestellt über den *Weg zur Macht* nicht mehr zu philosophieren als über etwas, das irgendwann in nebelhafter Zukunft unsere Kinder oder Enkel einmal beschäftigen wird, sondern als etwas, das in den nächsten Jahren schon angebahnt werden kann. Unsere Partei kann die politischen Verhältnisse in Deutschland in wenigen Jahren schon gründlich ändern, wenn sie ernstlich entschlossen ist den antikonservativen Abwehrblock, der bei den nächsten Reichstagswahlen sich fast von selber bilden wird, auch zu einem positiven Arbeitsblock zu formen. Eine dritte Möglichkeit gibt es nicht. Entweder wir rechnen auf Massenstreik, Zerrüttung des Militärs und schließlich Revolution: So rechnet heute Rosa Luxemburg, und damit kokettiert auch immer noch K. Kautsky, wenn er auch vorsichtig genug ist die Parole zum wirklichen Betreten dieses Wegs noch wieder auf 2 oder 3 Jahre hinauszuschieben. So rechnet aber unter den aufgeklärten Gewerkschaftsführern kein einziger; denn sie alle wissen, daß dieser Weg im heutigen Deutschland unmöglich zum Ziel führt. Dann aber müssen gerade diese Kreise auch Ernst und Entschlossenheit zeigen über die

parlamentarische Lage rücksichtslos nachzudenken und zu überlegen, welche parlamentarische Taktik man einschlagen muß, um zu einer positiven Mehrheitsbildung im Parlament zu gelangen. Entweder die Revolution oder die friedliche parlamentarische Mehrheit. Diese wäre aber zunächst der Block der Linken. Wer die Revolution nicht will, weil er meint, daß wir sie nicht machen können, der muß die Situation der nächsten Jahre dazu benutzen den Block der Linken zu einem Instrument positiver schöpferischer Staatspolitik zu machen.

Es ist deshalb nötig, daß die Sozialdemokratie auch in der Agitation jetzt falsche Parolen vermeidet, die diesen Block gefährden können. Eine solche falsche Parole wäre das Kokettieren mit dem Massenstreik. Denn der Massenstreik, das hat sich immer wieder gezeigt, ist nichts, was den Block der Linken eint, sondern im Gegenteil etwas, was Arbeiter und liberale Bürger auseinandersprengt. Es ist aber meines Erachtens auch nicht richtig in dieser Situation davon zu sprechen, daß wir darauf ausgehen müssen die alte Abwehrmehrheit zwischen Zentrum, Linksliberalen und Sozialdemokraten von neuem zu schaffen. Diese Mehrheit ist positiv unfruchtbar und unmöglich, weil es den Konservativen gelungen ist das Zentrum ganz für sich einzufangen. Wir dürfen jetzt nicht mehr mit dem Gedanken spielen, daß das Zentrum wieder ein Bestandteil einer demokratischen Mehrheit zu werden vermöchte. Ganz falsch aber wäre es, wollten wir den Gegensatz der zukünftigen Kämpfe mit den Worten *Stadt gegen Land* bezeichnen. Das wäre eine Parole, die schlechtweg geeignet wäre die ganze Koalition, die in den letzten Jahren sich angebahnt hat, von vornherein unmöglich zu machen. Es ist nicht die Stadt, die sich gegen das Land erhebt, wenn man die Konservativen und den *Bund der Landwirte* bekämpft. Im Gegenteil, die Nationalliberalen haben vollständig richtig erfaßt, daß sie den *Bund der Landwirte* nur dann niederzuzwingen vermögen, wenn sie ihm eine eigene bäuerliche Organisation entgegenstellen. Wir werden damit rechnen müssen, daß der Block der Linken, wenn er verwirklicht werden soll, in starkem Maß gerade auf kleinbäuerliche und mittelbäuerliche Existenzen sich stützt. Wir werden uns daran gewöhnen müssen, daß im heutigen Deutschland die Arbeiterklasse allein die Macht noch nicht erringen kann. Sie muß Kompromisse mit anderen Klassen schließen. Sie muß im Augenblick versuchen den mittlern und kleinern Bauern von der Führung des Großgrundbesitzers loszureißen und ihn einer liberalen industrialistischen Reformpolitik zugänglich zu machen. Die Sozialdemokratie als solche wird immer die Partei des städtischen, industriellen Arbeiters bleiben. Sie ist ja nun einmal aus der allgemeinen Volkspartei zur Partei derer geworden, die gewerkschaftlich organisierbar sind. Aber sie darf deshalb nicht vergessen, daß diese gewerblichen Arbeiter im heutigen Deutschland allein die Macht noch nicht erobern können. Darum darf der große Entscheidungskampf der nächsten Jahre nicht in die Formel *Stadt gegen Land* eingeschnürt werden. Es muß vielmehr *Moderner verfassungsmäßiger Kulturstaat gegen klerikal-konservativen Bureaukratismus* heißen. In dieser Formulierung liegen die positiven Aufgaben, die den Block der Linken heute gemeinsam beschäftigen könnten. Wenn diese Aufgaben erfüllt sind, dann ist es immer noch Zeit, daß die einzelnen Klassen, die zu diesem Block sich zusammenzufinden vermögen, auch unter einander sich in die Haare geraten.

Die Forderung des Tages für die sozialdemokratische Taktik bleibt die, daß die Partei die Rechnung der Konservativen zerstört. Die Rechnung der Konservativen läuft darauf hinaus, daß die antikonservative Majorität des kommenden Reichstags sich als politisch unfruchtbar und darum als rein negativ erweisen wird. Die Aufgabe der sozialdemokratischen Partei — sie wird ja wahrscheinlich die stärkste Gruppe im antikonservativen Abwehrblock werden — muß deshalb sein diesen von selbst entstandenen Abwehrblock mit einem positiven Inhalt auszufüllen.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

# EDUARD BERNSTEIN · EIN BEDEUTUNGSVOLLER GEWERKSCHAFTSSIEG

FORMELL hat der große Kampf im deutschen Baugewerbe, von dem in der gewerkschaftlichen Rundschau dieser Zeitschrift Bericht gegeben wurde[1]), mit einem Vergleich geendet. Aber das hindert nicht, daß der Sache nach sein Ausgang ein neuer bedeutungsvoller Gewerkschaftssieg ist.

Wiederholt haben die großen Verbände der Unternehmer des Baugewerbes zu Schlägen ausgeholt, um die Organisationen der Arbeiter auf eine Position zurückzudrängen, die sich nur mit der Lage von Kämpfern vergleichen läßt, die auf den Gebrauch des einen ihrer Arme Verzicht geleistet haben. Der letzte dieser Versuche spielte im Jahr 1908. Die organisierten Unternehmer kündigten alle am 31. März 1908 zu Ende gehenden Verträge und erklärten neue Verträge nur auf Grund eines von ihnen einseitig ausgearbeiteten Vertragsmusters und unter der Bedingung abzuschließen, daß 1. keine Verkürzung der Arbeitszeit unter 10 Stunden, 2. keine Lohnerhöhung stattfinde, und daß 3. über alle noch schwebenden Tarife eine Verständigung erzielt werde. Man war mitten in einer Periode starken, durch Aufschnellen der Zinssätze herbeigeführten Geschäftsdrucks und damit verbundener großer Arbeitslosigkeit; die günstigste Konjunktur für einen Sieg des Unternehmertums. Trotzdem blieb dieser aus. Es kam vielmehr dank dem geschickten Auftreten der Gewerkschaften ein Vergleich zustande, der einen großen Erfolg dieser bedeutete, indem er unter anderm bestimmte, daß nirgends im Bereich der von ihm berührten Distrikte Lohnverschlechterungen stattfinden, alle schon zugesagten Lohnverbesserungen aber durchgeführt werden sollten. Zustande gebracht hatte diesen Vergleich ein unparteiisches, aus den bekannten Verwaltungsleuten Dr. Prenner, Dr. von Schulz und Dr. Wiedfeldt zusammengesetztes Schlichtungskollegium, dessen Bildung und Anerkennung in hohem Grad den Bemühungen des Herausgebers der *Sozialen Praxis*, Professor E. Francke, geschuldet war. Aber den Kampfhähnen des Unternehmertums war dieser Vertrag durchaus nicht schmackhaft. Sie ließen sich auf ihn ein, weil sie zuletzt inne geworden waren, daß sie für den gegebenenfalls zu führenden Krieg immer noch nicht genügend ausgerüstet waren. Aber sie gaben den Gedanken nicht auf die Organisationen der Arbeiter doch noch zu Boden zu werfen. Sie hatten es erreicht, daß von den örtlichen Verbänden der Unternehmer kein Vertrag mit den Arbeitern auf länger als den 31. März 1910 abgeschlossen wurde, wie

[1]) Siehe die Rubrik *Gewerkschaftsbewegung* in diesem Band der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 846 ff.

denn auch der obenerwähnte Vertrag nur bis zu diesem Datum lief. Nun rüsteten sie weiter, und im Herbst 1909 hielten sie sich für stark genug von neuem und mit noch ganz anderer Wucht als 1908 zum Schlag auszuholen. Wieder sollte den Arbeitern ein Vertrag, durch den diese sich dem Unternehmerverband mit gebundenen Händen ausgeliefert hätten, zur Anerkennung vorgelegt, die Weigerung ihn zu unterzeichnen aber mit allgemeiner Aussperrung beantwortet werden. Man ging mit der Idee um zirka 3- bis 400 000 Arbeiter aufs Pflaster zu setzen und dadurch einen Druck auf die Organisationen auszuüben, dem diese nicht Widerstand würden leisten können. Hier und dort sprach man sogar von einer Million Arbeiter, die außer Brot kommen würden. Charakteristisch ist es, daß diese Riesenaussperrung von den politisch konservativsten Elementen der Unternehmerklasse Deutschlands zu einer Zeit betrieben und dann auch nach ihrem Können ins Werk gesetzt wurde, wo in Preußen die Idee propagiert wurde und in Arbeiterkreisen vielfach Anklang fand das schmähliche Verhalten des Landtags in der Wahlrechtsfrage mit einem politischen Massenstreik zu beantworten. Es läßt erkennen, daß gerade die Klassenkämpfer des Bürgertums den Ausstand als um so ungefährlicher für ihre Klasse erachten, je größere Massen er erfaßt: selbstverständlich, solange sie hoffen dürfen, daß es beim Messen der wirtschaftlichen Kräfte verbleibt.

Allerdings drangen die Scharfmacher selbst bei den eigenen Kollegen nicht vollständig durch. Man ist im deutschen Baugewerbe immerhin so weit, daß selbst die extremsten Verteidiger der Herrenrechte des Unternehmertums nicht an jenes hochmütige Ignorieren der Arbeiterorganisationen denken durften, wie es noch von manchen Anwälten des Herrentums in der Großindustrie der Metalle propagiert wird. Schon die Vorgänge vor Ausbruch des Kampfes liefern interessante Beispiele zu den Ausführungen Georg Schmidts über die zunehmende Anerkennung der Gewerkschaften[2]). Über Lohntarife sollte auch nach dem Vorschlag der Unternehmer fernerhin von Organisation mit Organisation verhandelt werden. Ja, gerade die Zentralleitungen der Arbeiterorganisationen sollten für diese alle Verträge abschließen. Aber das für die Verträge aufgesetzte Muster war so formuliert, daß es Preisgabe der meisten Errungenschaften und aller noch erstrebten Forderungen der organisierten Arbeiter bedeutet hätte. Auf mindestens 5 Jahre hinaus sollten diese

1. jede Agitation gegen die Einführung der Akkordarbeit abschwören und darin willigen, daß die Festsetzung der Akkordpreise ausschließlich der berühmten *freien Vereinbarung* überlassen bleibe, sich jeder Einwirkung auf die Akkordpreise streng enthalten;
2. die von den Unternehmern eingerichteten und einzurichtenden Arbeitsnachweise, deren Geschäftsordnung die Unternehmerverbände allein festzusetzen hätten, anerkennen und ausschließlich benutzen;
3. auf jede Herabsetzung der Arbeitszeit auf weniger als 10 Stunden im Tag verzichten, dagegen zulassen, daß »bei ausreichenden Lichtverhältnissen« die kürzere Arbeitszeit (im Herbst und Vorfrühling) auf die normale Arbeitszeit, und zwar ohne Lohnzuschlag, verlängert werde, wenn der Unternehmer oder sein Stellvertreter es für erforderlich halten würden;

[2]) Siehe Schmidt *Die Anerkennung der Gewerkschaften einst und jetzt* in diesem Band der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 814 ff.

4. sich damit einverstanden erklären, daß, wo für Tiefbauten höhere Lohnsätze als für Hochbauten bestehen, sie auf das Maß dieser herabgesetzt, und daß fortan grundsätzlich keine höheren Löhne beim Tiefbau bezahlt würden als beim Hochbau;

5. zugeben, daß die vereinbarten Stundenlöhne nur für »tüchtige« Gesellen gelten sollen, so daß faktisch an die Stelle des Mindestlohns eine Staffellöhnung getreten wäre;

6. sich jeder Agitation auf den Baustellen enthalten und Kollegen, die es sich verbäten, daß man ihnen vom Beitritt zur Organisation spreche, durch kein weiteres Wort darüber »belästigen«; dagegen

7. sich verpflichten bei nichtorganisierten Unternehmern nur zu den tariflich festgesetzten Löhnen etc. zu arbeiten.

Dies die Hauptbedingungen des zu Anfang November 1909 von den Vertretern des Unternehmerbunds den Vertretern der Arbeiter vorgelegten *Vertragsmusters*. Daß diese es für unannehmbar erklären würden, wußten die führenden Geister im Lager der Unternehmer natürlich im voraus. Indes ist jenes Muster nicht als eine Zusammenstellung von Forderungen zu beurteilen, die im Hinblick auf vorauszusehendes Abhandeln höher geschraubt sind, als sie im Ernst für erreichbar gehalten werden. Hier lag kein bloßes *Vorschlagen* in einem Handelsgeschäft vor, es war eine absichtliche Herausforderung der Arbeiter. Die elementarsten Grundsätze eines ehrlichen und ehrenhaften kollektiven Arbeitsvertrags, die elementarsten gewerblichen Rechtsforderungen der Arbeiter waren mit Füßen getreten. In der großen Politik würde eine ähnliche Zumutung einer Macht an eine andere ohne weiteres schon als Kriegserklärung betrachtet und mit Abbruch aller diplomatischen Beziehungen beantwortet werden, und kein Dritter hätte den Vertrauensmännern der Arbeiter einen Vorwurf daraus machen können, wenn sie diesem Schriftstück gegenüber erklärt hätten: Das ist Krieg; ihr wollt ihn haben, und ihr sollt ihn haben.

Im Bewußtsein der großen Tragweite eines solchen Schritts haben die Gewerkschaftsvertreter es jedoch nicht getan. Statt Gefühlsregungen nachzugeben, die dergleichen wohl jedem zunächst nahelegten, haben sie der Einsicht in die tatsächlichen Machtverhältnisse das entscheidende Wort gelassen. Kein verständiger Politiker, kein umsichtiger Feldherr läßt sich vom Gegner zum Angriff provozieren. Er führt den Angriff, wann er es für gut, und in der Form, die er für die geeignetste hält. Die Gewerkschaftsvorstände begnügten sich zunächst damit dem Vorschlag der im *Arbeitgeberbund für das deutsche Baugewerbe* verbündeten Unternehmer ihre Vorschläge und Abänderungsanträge entgegenzustellen und trafen im übrigen alle Maßregeln, die im Hinblick auf den in Aussicht stehenden Kampf angezeigt waren. Daß diese Taktik die richtige war, hat der weitere Verlauf der Sache bewiesen. Wohl setzten die von den Scharfmachern der Unternehmerklasse unterstützten Scharfmacher des Baugewerbes es durch, daß eine am 24. Januar 1910 in Berlin abgehaltene Vorstandssitzung des Arbeitgeberbunds das *Vertragsmuster* mit den Worten für eine Art Ultimatum erklärten, daß »die Arbeitgeber nicht in der Lage sind und anderen Bedingungen weiterzuarbeiten sondern gezwungen sein würden im Fall des Nichtzustandekommens des Vertrags ihre Geschäfte zu schließen«.

Aber schon eine am 24. und 25. Februar in Straßburg hinter verschlossenen

Türen abgehaltene Hauptversammlung des Bunds schlug in ihrer, der Öffentlichkeit bekannt gegebenen Resolution einen etwas weniger bestimmten Ton an, indem sie zwar der Kommission, die das *Vertragsmuster* ausgearbeitet hatte, Dank und Vertrauen aussprach und sie aufforderte »die Zentralverhandlungen mit den Arbeitnehmervertretern demnächst wieder aufzunehmen und zum Abschluß zu bringen«, aber eben nur das Wort *Verhandlungen* brauchte, jede Proklamierung eines Ultimatums dagegen unterließ. Bei den besagten Verhandlungen, die am 9. und 10. März in Berlin stattfanden, verlegten sich denn in der Tat die Vertreter der Unternehmer aufs Handeln. Sie wollten in einigen Bestimmungen über die Lohnbemessung Zugeständnisse machen und das Verbot der Agitation auf den Baustellen etwas mildern, wenn dafür die Arbeiter in den anderen Punkten, das heißt den eigentlichen Rechtsfragen, nachgäben.

Ob irgend einer von ihnen geglaubt hat, daß eine solche Rechtspreisgabe auch nur einen Augenblick von Vertrauensmännern der Arbeiter in Betracht gezogen werden würde, soll nicht weiter untersucht werden, jedenfalls ward ihnen auf das deutlichste kundgetan, daß die kleinen Nachlässe den Arbeitern das *Vertragsmuster* um kein Haar weniger unannehmbar machten. Diese Antwort bekräftigten dann Verbandstage der betreffenden Arbeiterorganisationen (Maurer und Bauhilfsarbeiter, Zimmerer), die am 4. April in Berlin zusammentraten, während inzwischen, am 22. März, eine außerordentliche Hauptversammlung des Arbeitgeberbunds sich auf eine Resolution geeinigt hatte, die wieder von der absolutistischen Form etwas nachließ, in der Sache aber die wesentlichen Forderungen des *Vertragsmusters* aufrecht erhielt und im Hinblick auf die ausstehenden Verbandstage der Arbeiter die Dauer der laufenden Verträge auf den 15. April ausdehnte. Die Frist, die so entstand, wurde von der Reichsregierung benutzt einen Schlichtungsversuch zu machen, indem sie die streitenden Parteien zu einer Konferenz ins Reichstagsgebäude auf den 8. April lud. Der Versuch scheiterte, da im Komitee der Unternehmer noch immer die Kampfpartei die Oberhand hatte, und es kam am 15. April zu der angekündigten Aussperrung, die 2 Monate andauerte. Aber mit ganz anderm Resultat als die Antreiber der Unternehmer erhofft hatten.

Was war die Absicht jener Treiber? Dem Ausstand einen so großen Umfang zu geben, daß die Hilfsquellen der Arbeiterschaft in kürzester Zeit aufgesaugt, die Organisationen weißgeblutet sein würden. Zu d i e s e m Zweck enthielt das *Vertragsmuster* die Klausel, daß fortan auch die Verträge über örtliche Bestimmungen von den Zentralleitungen der Verbände abgeschlossen werden müßten. Die Zentralverbände sollten je als Einheit für jeden örtlichen Konflikt haftbar gemacht, und dadurch die Aktionskraft der organisierten Arbeiter lahmgelegt werden. Die Unternehmer sollten alle Vorteile, die Arbeiter alle Nachteile der gegenseitigen Haftung haben. »Werden wir das durchführen«, hatte ein Redner auf der Generalversammlung des Arbeitgeberbunds am 22. März mit Bezug auf die Forderung ausgeführt, daß der Zentraltarif an e i n e m Tag auf Jahre hinaus für ganz Deutschland abgeschlossen werde, »werden wir das durchführen, dann bin ich überzeugt, dann haben wir d i e M a c h t. Die Macht wird mit diesem Punkt stehen und fallen. Wenn heute ein Tarif in ganz Deutschland abläuft, so kommen, wie ich glaube — es sind vielleicht Herren hier, die besser unterrichtet sind als ich — eine Million im Baugewerbe beschäf-

tigter Leute für die Streikkassen der Arbeiter in Betracht. Das würde derartig ungeheure Summen verlangen, die Arbeiter müßten derartig ungeheure Gelder haben, daß wir wohl sagen können: in höchstens 10 Wochen, könnten sie die Gelder hernehmen, wo sie wollten, da müssen sie alle sein. Tatsache ist, daß der zentrale Abschluß der Kardinalpunkt ist, über den sich keine Einigung erzielen läßt. Er wird nicht angenommen von den Arbeitern. Wenn ich heute Arbeitervertreter wäre, würde ich auch bis zum letzten dafür kämpfen, daß das nicht angenommen wird, denn damit bricht die Macht der Arbeiter.« Diese Auffassung war durchgedrungen, und wenn die Aussperrung auch nur alle die Arbeiter umfaßt hätte, die bei den Mitgliedern des Arbeitgeberbunds zu arbeiten pflegten, nämlich rund 350 000, hätte sie die Organisationen der Bauarbeiter in der Tat vor eine recht harte Aufgabe gestellt.

Indes, es kam anders, hauptsächlich dank dem klugen Vorgehen der Arbeiter. Diese ließen sich ebensowenig provozieren wie sie sich einschüchtern ließen. Es hätte sich ja für den Sensationseffekt vielleicht recht hübsch gemacht, wenn die Arbeiter den provokatorisch hochgeschraubten Forderungen der Unternehmer ein ebenso hochgespanntes Programm entgegengesetzt hätten. Aber was hätten sie damit erzielt? Sie hätten lediglich diejenigen Unternehmer, die gegen die Politik der Scharfmacher sich auflehnten, diesen in die Arme getrieben und so der letztern Geschäft besorgt. Sie hätten ein *Va banque*-Spiel sich aufdrängen lassen. Dafür waren sie jedoch nicht zu haben. Sie hielten vielmehr ihre Gegenforderungen so, daß einsichtige Unternehmer sie ruhig akzeptieren konnten, sie gingen in keinem Punkt über das nach Lage der Dinge im Baugewerbe allgemein und unmittelbar Durchführbare hinaus. Sie ließen keinen Zweifel daran, daß sie gegen das Verlangen des Arbeitgeberbunds den Widerstand bis zum äußersten fortsetzen würden, erklärten sich aber zugleich zu einem Friedensschluß auf der Basis eines ehrenhaften und anständigen, seinen Namen wirklich verdienenden Vertrags bereit. Sie enthielten sich jeder Renommisterei, obwohl es nicht an Tatsachen fehlte, die schon dazu hätten verleiten können. Die Gewerkschaften hatten in Voraussicht des bevorstehenden Kampfs dafür gesorgt, daß er ihre Kassen gut gefüllt vorfinden würde. Auf außerordentlichen Verbandstagen hatten sich die Mitglieder der beteiligten Organisationen verpflichtet in den ersten Wochen der Aussperrung keine Unterstützungen zu beanspruchen. Die Sondergewerkschaften, die christlichen und die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine, erklärten in diesem Kampf mit den Zentralverbänden gemeinsame Sache zu machen, und die Sprache der Gewerkschaftsblätter der anderen Industrieen sowie der politischen Arbeiterpresse ließ keinen Zweifel daran, daß die Bauarbeiter auf die tatkräftige Unterstützung der gesamten organisierten Arbeiterschaft Deutschlands rechnen durften; und was das bedeutete, hatten soeben erst die Vorgänge beim schwedischen Generalstreik gezeigt. Kurz, die Vertreter der Arbeiter durften sich sagen, daß sie sehr ins Gewicht fallende Aktiva hinter sich hatten. Sie zogen aus diesem Bewußtsein die Kraft fest aufzutreten, aber sie ließen es sich nicht zu Kopf steigen und ihr Urteil über die Grundbedingungen eines möglichen Siegs trüben. Sie traten mannhaft entschieden, aber ohne Überhebung auf.

Auf diese Weise haben sie den Sieg erzielt. Die Aussperrung blieb erheblich hinter dem Umfangsgrad zurück, auf den die Scharfmacher gerechnet hatten. Statt 300- bis 350 000 traf sie keine 200 000 Arbeiter. Die Höchstzahl der je-

weilig Ausgesperrten wird etwa auf 180 000 anzusetzen sein. Das ist freilich eine Riesenzahl, wie sie noch keine frühere Aussperrung in Deutschland auch nur annähernd zu verzeichnen hatte. Aber alles in der Welt ist relativ, und wenn es nur 55 % Ausgesperrte gibt, so bleiben 45 % Nichtausgesperrte zurück, ob die Grundzahl hoch oder niedrig ist. Das hieß aber im Angesicht der den Arbeitern zu Gebot stehenden Machtmittel bei der Konkurrenz, die Unternehmer dem Unternehmer macht, schon halber Fehlschlag, zumal noch nicht zwei Drittel der Ausgesperrten unterstützungsberechtigte Verbandsmitglieder waren. Große örtliche Unternehmerverbände (Hamburg, Berlin etc.) machten die Aussperrung nicht mit, und ihre Arbeiter kamen in die Lage für die Ausgesperrten regelmäßige Unterstüzungsbeiträge zu leisten. Ihre Absage blieb aber auch nicht ohne Eindruck auf diejenigen Unternehmer, die die Aussperrung nur halben Herzens und unter Pression mitgemacht hatten. Sie konnte nicht umhin bei diesen Elementen die Neigung zum Abbröckeln oder zum Drängen auf Friedensschluß sehr zu stärken. Bald änderte sich denn auch die Sprache der Organe des Arbeitgeberbunds. Die Siegesfanfaren verstummten und machten dringenden Appellen an die Solidarität Platz, die aber keineswegs den gewünschten Erfolg hatten. Selbst die Materialsperre, auf die der Bund die größten Hoffnungen gesetzt hatte, ließ sich nicht durchführen, und mit jeder neuen Woche mehrten sich Stimmen in den Kreisen der Handwerksmeister des Baugewerbes, die es rundweg aussprachen, daß man sich eigentlich recht ohne zwingenden Grund in den kostspieligen Kampf habe hineintreiben lassen. Dazwischen liefen die Vermittlungsbemühungen von kommunalen, staatlichen und schließlich auch wieder Reichsbeamten. Und gegen Ende Mai war der Stolz der Bundesleiter gebrochen. Am 27. Mai kam es zu einer vorbereitenden Besprechung im Reichsamt des Innern unter dem Vorsitz des Geheimrats Dr. Wiedfeldt, am 31. Mai zum Schiedsspruch der Unparteiischen, auf die man sich geeinigt hatte, und am 6. Juni zur fast einstimmigen Annahme des grundlegenden Schiedsspruchs durch die außerordentlichen Verbandstage der beteiligten Arbeiterorganisationen.

Die Arbeiter durften mit gutem Fug den Schiedsspruch annehmen, obwohl er, wie das in der Natur solcher Schiedssprüche liegt, ihnen nicht alles gab, worauf sie Anspruch zu haben glaubten und sicherlich auch hatten. Er gibt ihnen in den Punkten recht, auf die es für sie hauptsächlich ankam und ankommt. Keine der von ihnen und ihren Vertretern für unannehmbar erklärten Bestimmungen des Mustervertrags der Unternehmer findet sich in deren Sinn im Hauptvertrag wieder, wie ihn die Unparteiischen ausgearbeitet und beide Parteien nun unterzeichnet haben. Es kann das kaum besser illustriert werden, als wenn man gleich den ersten Paragraphen des vereinbarten Vertrags mit dem betreffenden Paragraphen des Mustervertrags der Unternehmer vergleicht. Man urteile:

Mustervertrag

»Die Unterverbände des Arbeitgeberbunds sind unter anderm hinsichtlich der Arbeitszeit daran gebunden, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit unter 10 Stunden nicht gestattet ist. Wo die Arbeitszeit bereits kürzer ist, darf sie nicht weiter gekürzt werden.«

Vereinbarter Vertrag

»Die Arbeitszeit bleibt im allgemeinen die selbe wie in der letzten Vertragszeit. Wo die Arbeitszeit noch länger als 10 Stunden dauert, wird sie auf 10 Stunden herabgesetzt.«

Der grundsätzliche Unterschied springt in die Augen. Noch stärker ist er bei der Bestimmung über die Akkordarbeit, und andere anstößige Bestimmungen des Mustervertrags sind völlig unter den Tisch gefallen. Gefallen ist namentlich auch die geforderte Art der Haftung der Zentralverbände für die örtlichen Abschlüsse. Und aus den Bestimmungen über die schiedsrichterliche Schlichtung von Streitigkeiten bei der Ausführung der Verträge ist selbstverständlich der beleidigende Satz gefallen, daß der Vorsitzende der Schlichtungskommission jedesmal ein Arbeitgeber sein muß. Überall ist vielmehr die Gleichberechtigung der Vertragschließenden zum Ausdruck gebracht.

Das ist das Bedeutungsvolle an diesem Ausgang des Kampfs. Selbst wenn die auf Grund des Hauptvertrags abgeschlossenen Verträge über die örtlichen Lohn- usw. -bedingungen den Arbeitern für jetzt nicht den geringsten materiellen Vorteil gebracht hätten — was sie indes doch tun — würden die Bauarbeiter noch allen Grund haben sich eines großen Siegs zu freuen; sie und mit ihnen die gesamte kämpfende Arbeiterschaft. Ein Angriff auf die Demokratie im Gewerbe, geführt von einer nicht zu verachtenden Verbindung der Unternehmer, ist mit glänzendem Erfolg zurückgeschlagen worden. Statt einer Schwächung hat die gewerbliche Position der Arbeiter eine wesentliche Festigung erfahren. Die Bauarbeiter dürfen ein Siegesfest feiern. Sie werden sich aber durch dieses Bewußtsein nicht in einen Siegesrausch hineinverleiten lassen, wie das jetzt von einer Seite versucht zu werden scheint. Wie ihre Führer und Vertrauensleute vor dem Kampf und im Kampf sich jeder provozierenden Sprache und aller übertriebenen Ausmalungen enthielten, so werden sie es auch nach erlangtem Sieg tun. Große Ziele hat die Arbeiterbewegung noch vor sich, große Aufgaben haben die Gewerkschaften noch zu lösen. Aber sie haben dabei mit Gegenkräften zu rechnen, die keine Träumerei von sprungweise zu erreichenden Erfolgen erlauben. Die Arbeiter haben in ihrem Befreiungskampf einen oft wertvollen Verbündeten an den Interessengegensätzen in den Reihen ihrer Gegner. Eine einfache Überlegung sagt jedoch, daß jede Überspannung ihrer Forderungen in entsprechendem Grad die Wirkungskraft dieses Verbündeten schwächen muß. Der mit so schönem Erfolg geführte jetzige Kampf hat dagegen gezeigt, welchen Wert eine Politik hat, die diesen Verbündeten mit ganzer Kraft auf ihre Seite zu bringen versteht.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

# MAXIM ANIN · DAS NATIONALITÄTSPRINZIP IN DER SOZIALISTISCHEN INTERNATIONALE

SEIT mehreren Jahren hat das internationale sozialistische Bureau fast auf jeder seiner Sitzungen sich mit Anschlußanträgen verschiedener sozialistischer Parteien zu befassen, die, obwohl innerhalb staatloser Nationen tätig, doch ihre Anerkennung als selbständige nationale Sektionen in der Internationalen verlangen. Die Forderungen einiger Nationalitäten, die der Polen, Tschechen, Finnländer, Armenier etc., sind bereits erfüllt worden; andere aber, die der Ukrainer, Kroaten, Juden, Litauer etc. harren noch einer Entscheidung. Bei dieser Lage der Dinge dürfte es nicht uninteressant sein die Frage, auf welch einem Prinzip die internationale Organisation des Proletariats beruht, und wie die sozialistischen

Parteien der verschiedenen Länder, Staaten und Nationen in der Internationalen vertreten sind, einer kritischen Betrachtung zu unterziehen.

Um ein besseres Verständnis für den gegenwärtigen Status gewinnen zu können, sei zunächst auf die alte Internationale, die *Internationale Arbeiterassoziation* /1864 bis 1873/ zurückgegriffen. Diese ist bekanntlich von der Auffassung ausgegangen, daß die sozialistische Bewegung in den verschiedenen Staaten und bei den verschiedenen Völkern auf völlig einheitlicher und gleichförmiger Basis beruhte. Daher sollte nur e i n e Partei existieren, die internationale, deren Mitglieder die einzelnen Arbeiterorganisationen, ja sogar einzelne Arbeiter der verschiedenen Länder waren. Das war ein Internationalismus, der von oben herab dekretiert wurde. Die Leitung war demgemäß eine einheitliche internationale und in den Händen des Generalrats zentralisiert. Da jedoch die Arbeiter der verschiedenen Nationen sich verschiedener Sprachen bedienen, so sah man sich schon aus rein technischen Gründen der Propaganda genötigt das nationale Prinzip in der internationalen Organisation anzuerkennen. So heißt es denn im *Memorandum*, das von dem deutschen Zentralkomitee im Jahr 1869 dem Eisenacher Kongreß vorgelegt wurde:

»Der Wirkungskreis einer nationalen Zentralbehörde wird nicht durch Staatsgrenzen beschränkt sondern dehnt sich nach dem Gebrauch der respektiven Sprache aus.«

Also die vollste Anerkennung des Nationalitätenprinzips im Gegensatz zum Staatsprinzip.

In dem Maß wie der Sozialismus von den Höhen theoretischer Abstraktion in die Tiefe des realen Arbeiterlebens und -kampfs herabstieg und aus einer vorwiegend intellektuellen Bewegung zur großen sozialen Massenbewegung wurde, mußte der Sozialismus sich immer mehr organisch den konkreten Bedingungen der verschiedenen nationalen und politischen Milieus anpassen. Der früher einheitlich kosmopolitisch gefärbte Strom mußte sich in eine Reihe vielfarbiger nationaler Einzelströme verzweigen. Die Kraft dieser nationalen Differenzierung war anfangs so stark, daß die einzelnen Teile sich gänzlich von einander lostrennten: Die *Internationale* löste sich auf. »Sie ist aber«, wie Liebknecht in Paris /1889/ bemerkte »nicht gestorben; sie ging in die mächtigen Arbeiterbewegungen der einzelnen Länder über und lebte in ihnen fort.« An Stelle des alten Internationalismus von oben herab mußte sich allmählich und organisch der Internationalismus von unten herauf entwickeln. Als erster hat Bebel diese Notwendigkeit eingesehen, als er in Eisenach erklärte: »Neben der internationalen ist eine nationale Organisation notwendig, denn ohne die letztere wird auch die erstere keine Bedeutung haben.« Und in der Tat war die Arbeiterbewegung in wenigen Jahren bei den verschiedenen Nationen so mächtig gewachsen, und der Samen, den die alte Internationale ausgestreut hatte, hatte eine so reiche Ernte gebracht, daß schon im Jahr 1889 die Internationale von neuem entstand, diesmal aber auf ganz anderer Grundlage.

Die Delegierten des internationalen Sozialistenkongresses zu Paris im Jahr 1889 waren nicht wie früher direkte Vertreter der Mitglieder der *Internationalen* sondern die verschiedener sozialistischer Parteien, die auf dem Kongreß erschienen, um dem tiefwurzelnden Bedürfnis nach internationalem Zusammenschluß und Einheitlichkeit der proletarischen Aktion Ausdruck zu geben. Während die Kongresse der *Internationalen Arbeiterassoziation* sich hauptsächlich

mit theoretischen Diskussionen befaßten, stehen auf der Tagesordnung der heutigen internationalen Kongresse die praktischen Fragen der internationalen proletarischen Taktik. Man sucht nach gemeinsamen Wegen und Mitteln, wie die allgemeinen Forderungen der gesamten Arbeiterklasse am zweckmäßigsten zu erreichen seien. Und der Charakter der Arbeiten auf den internationalen Kongressen muß immer mehr in der Richtung der nationalen Differenzierung wirken. Immer mehr, besonders seit dem Kongreß in Stuttgart /1907/, nehmen die Kommissionssitzungen den ersten Platz ein, ferner auch die Sitzungen der nationalen Sektionen, in denen fast alle Kongreßbeschlüsse vorbereitet werden, so daß den Plenarsitzungen jetzt nur noch übrig bleibt den letzten Strich unter die einzelnen Abstimmungen zu ziehen. Das Material der Publikationen des internationalen sozialistischen Bureaus wird ebenfalls von den einzelnen sozialistischen Parteien geliefert. Selbstverständlich verstärken alle diese Faktoren die Bedeutung der nationalen Sektionen in der Internationale.

Welche Organisationen werden nun zum Anschluß an die Internationale zugelassen? Nach den Bestimmungen des Pariser /1889/, des Brüsseler /1891/ und des Züricher /1893/ Kongresses werden in die Internationale »alle Gewerkschaften und sozialistischen Parteien aufgenommen, die die Notwendigkeit der Arbeiterorganisation und der politischen Aktion anerkennen«. Da außer den Kongressen damals noch keine ständigen internationalen sozialistischen Institute bestanden, so beschränkte sich die Vertretungsfrage fast ausschließlich auf den Abstimmungsmodus in den Plenar- und Kommissionssitzungen. Auf dem Züricher Kongreß wurde beschlossen, daß im allgemeinen nach Köpfen abgestimmt werden sollte, nur bei wichtigen Grundfragen solle jeder Nationalität das Recht zustehen eine Abstimmung nach Nationen zu verlangen. In den Kommissionen hat jede Nation 1 Stimme. Um Skandalszenen, wie sie sich in Zürich dank der Teilnahme der Anarchisten abspielten, für die Zukunft unmöglich zu machen, stellten die Kongresse zu London /1896/ und Paris /1900/ genau die Zulassungsbestimmungen zum Kongreß fest. Es werden nunmehr zugelassen:

1. alle Organisationen, die die Hauptprinzipien des Sozialismus anerkennen: die Sozialisierung der Produktions- und Tauschmittel; die internationale Einigkeit und Aktion des Proletariats und die Erkämpfung der politischen Macht durch das Proletariat,
2. alle Gewerkschaften, die auf dem Boden des Klassenkampfs stehen und die Notwendigkeit der politischen Aktion anerkennen.

Diese formellen Bestimmungen gelten noch heute, und jede Organisation, die den aufgezählten Forderungen entspricht, muß zum Kongreß zugelassen werden Alle Organisationen einer Nation bilden eine nationale Sektion, an die sich zunächst alle neuen Organisationen dieser Nation wenden müssen, um in die Internationale aufgenommen zu werden. Nur wenn die Sektion ihren Antrag verwirft, können sie an das internationale sozialistische Bureau appellieren, das in letzter Instanz entscheidet. Die nationalen Sektionen sind im allgemeinen einheitlich organisiert und haben ihre nationalen Komitees; nur in denjenigen Ländern, wo der Sozialismus durch mehrere verschiedene Hauptrichtungen vertreten wird, wie beispielsweise in Rußland, zerfällt die Sektion in Untersektionen. Jede Sektion hat auf dem Kongreß eine bestimmte Anzahl von Stimmen, die, je nach der Bedeutung der betreffenden Nationen, nach der Stärke ihrer politischen und gewerkschaftlichen Organisationen etc., zwischen 2 und 20 schwankt. Jede Sektion verteilt ihre Stimmen selbst unter

ihre Organisationen, in zweifelhaften Fällen entscheidet das internationale sozialistische Bureau. Die Abstimmung geschieht wie bisher nach der Kopfzahl, nur muß die Abstimmung nach Nationen jetzt nicht von 1 sondern von 3 Nationen verlangt werden. In den Kommissionen hat jede Nation zurzeit 2 Stimmen. Seit dem Pariser Kongreß ist die Vertretungsfrage indes erheblich komplizierter geworden, nämlich durch die Einrichtung des ständigen internationalen Sekretariats und insbesondere durch die des internationalen sozialistischen Bureaus.[1]) Dieses hat die Aufgabe die Arbeit des Kongresses fortzusetzen und wird nach den selben Prinzipien wie der Kongreß gebildet. Jede Sektion entsendet 2 Delegierte mit beschließender Stimme in das Bureau. Demgemäß wird jede Organisation, die zum Kongreß zugelassen ist, *eo ipso* auch als Bestandteil der Internationale und des internationalen sozialistischen Bureaus anerkannt.

Wenn man nun einmal näher betrachtet, welche verschiedenartigen politischen, ethnischen und oftmals sogar rein geographischen Einheiten die offizielle Sprache der Internationale unter dem Wort *Nation* vereinigt, so kommen wir bald zu der Erkenntnis, daß der Begriff *Nation* hier in einem viel weitern und unbestimmtern Sinn gebraucht wird als es in der modernen politischen und soziologischen Literatur üblich ist. Neben Nationalstaaten wie Deutschland, Frankreich, Italien und Nationalitätenstaaten wie Österreich, Rußland etc. treten in der Sprache der Internationale als *Nationen* Polen, Australien, Böhmen, Finnland, Südafrika usw. auf. Man kann daher unmöglich von einem einheitlichen Prinzip sprechen, auf dem die Internationale aufgebaut wäre. Denn wollen wir, wie das häufig geschieht, als ein solches Prinzip den Staat bezeichnen, so würde die große Anzahl und Verschiedenartigkeit der Ausnahmen sofort das Prinzip umstoßen. Höchstens ließe sich behaupten, daß die Internationale von der grundsätzlichen Anerkennung des Staatsprinzips ausgegangen ist. In der weitern Entwickelung aber, die sie in dieser Beziehung durchgemacht hat, verläßt sie jenen Standpunkt und geht immer mehr zur Anerkennung des Nationsbegriffs in seiner modernen Bedeutung über, die vom Staatsbegriff grundsätzlich verschieden ist. In der Sitzung des internationalen sozialistischen Bureaus vom 10. November 1906 stellte Singer den Antrag, man solle die Sektionen nicht nach Nationen sondern nach Staaten organisieren. Dieser Antrag stieß auf heftigen Widerstand, besonders bei den Tschechen und Polen. Die ersteren argumentierten folgendermaßen: Wenn auch im Lauf der Geschichte Böhmen die politische Unabhängigkeit geraubt sei, so habe doch niemand das Recht Böhmen auch seine nationale Selbständigkeit zu rauben. In ähnlicher Weise argumentierten auch die Polen. Schließlich einigte man sich auf die allesumfassende Formel *Länder und Nationen.* Durch diese Formulierung hat sich das internationale sozialistische Bureau prinzipiell von dem Staatsprinzip losgesagt und den Begriff *Nation* dermaßen erweitert, daß recht wenig von jenem alten Prinzip übrig geblieben ist. Auf seiner Märzsitzung des selben Jahres 1906 erklärte das internationale sozialistische Bureau:

»Als Nation wird jede Gruppe von Individuen anerkannt, die einer Regierung unterworfen sind. Doch kann das Bureau in Ausnahmefällen auch solche Gruppen von Individuen als Nationen anerkennen, bei denen das Streben nach Autonomie und nach moralischer Einheit als Resultat einer langen historischen Tradition noch fortlebt, ungeachtet ihrer Abhängigkeit von einer oder mehreren Regierungen.«

[1]) Siehe Huysmans *Die sozialistische Internationale* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1910, 1. Band, pag. 535 ff.

Wenn wir diese Erklärung einer nähern Prüfung unterwerfen und die logischen Konsequenzen daraus ziehen, so wird uns ohne weiteres klar, daß sie die Negierung des Staatsprinzips und die Anerkennung des Nationalitätsprinzips enthält. Denn tatsächlich bildet nicht der Staat als solcher die Grundlage, auf der sich die einzelnen nationalen Sektionen aufbauen, sondern der einheitliche Nationalstaat. Sobald aber Staat und Nation sich nicht decken, sobald im Staat sich eine Gruppe von Individuen befindet, die nach Autonomie strebt oder sich als moralische Einheit fühlt, hat das internationale sozialistische Bureau das Recht, aber auch die Pflicht dieser Gruppe eine selbständige nationale Sektion zu gewähren. Auch die Pflicht. Denn es läßt sich nicht annehmen, daß das internationale sozialistische Bureau einer solchen Gruppe die Antwort geben könnte: Wir glauben nicht an euer Streben nach Autonomie und erkennen euer Bewußtsein einer moralischen Einheit nicht an. Sagte doch Ledebour auf dem Stuttgarter Kongreß: »Wir verwerfen absolut das Bevormundungsrecht eines Volkes über das andere und halten es für unmöglich, daß der Kongreß einer derartigen Bevormundung zustimmen sollte.« Die nationale Gleichberechtigung und das Recht einer jeden Nation — auch der kleinsten — auf Selbstbestimmung werden faktisch immer mehr die Grundprinzipien, auf denen die internationale Organisation der Arbeiterklasse sich aufbaut. Dieser Prozeß, der zur Anerkennung der Gleichberechtigung aller Nationen in der Internationale führt, steht aber erst am Anfang seiner Entfaltung. Denn nur langsam erwachen die geschichtlichen Nationen aus ihrem Schlaf zum Kampf für ihre nationale Selbständigkeit.

Wie hat sich nun dieser Prozeß der Verdrängung des Staatsprinzips durch das Nationalitätsprinzip gestaltet, und wie wird er in Zukunft vor sich gehen? Den Anfang machten bekanntlich die Polen, als die Nation, deren mächtiges, unausrottbares Streben nach nationaler Selbständigkeit von jeher das Mitgefühl und die Anerkennung des internationalen Proletariats gefunden hat. Bereits auf dem internationalen Sozialistenkongreß in Brüssel /1891/ erschien eine allgemeine Delegation aus allen 3 Teilen Polens, die sich darauf stützte, daß sie, unbeschadet ihrer Zugehörigkeit zu 3 verschiedenen Staaten, doch gewisse gemeinsame Interessen haben, die sie natürlich wiederum auch nicht hindern in den einzelnen Staatsfragen Hand in Hand mit dem Proletariat des betreffenden Staats zu gehen. Die zweite Nation, der es gelang das Staatsprinzip in der Internationale zu durchbrechen, war die der Tschechen, die als *altes historisches Kronland Böhmen* eine autonome Vertretung in der Internationale erlangten. Ihnen folgten dann Finnland, Australien und Südafrika, deren politischer Charakter einem Staat *nahe kommt*. Wer aber hinter der Formel den wahren Inhalt erblickt, dem wird es ohne weiteres klar, daß unter allen diesen verschiedenen Benennungen, wie *früherer Staat, historische Provinz, Kronland* usw. ein und das selbe Nationalitätsprinzip steckt, das auf den verschiedensten Umwegen das Staatsprinzip bekämpft. Besonders charakteristisch für die Entwickelung der Internationale auf diesem Gebiet ist die Geschichte der armenischen Sektion. Auf der Sitzung des internationalen sozialistischen Bureaus vom 6. Februar 1904 wurde die Forderung der Armenier ihnen eine nationale Sektion zu gewähren abgewiesen. Als dann im Jahr 1907 die Armenier wiederum mit dem Antrag auf Errichtung einer nationalen Sektion, die nun auch die türkischen Armenier mit umfassen sollte, vor das internationale sozialistische Bureau traten, erklärte dieses, daß es prinzipiell nichts dagegen einzu-

wenden habe; man müsse nur die Frage ein wenig aufschieben, bis Aufklärung darüber erlangt sei, ob auch die Tätigkeit der türkischen Armenier sozialistischen Charakter trüge. Als der Beweis hierüber erbracht war, wurde in der Sitzung vom 11. Oktober 1908 dem Wunsch der Armenier stattgegeben. Andrerseits hat aber das internationale sozialistische Bureau die Anträge mancher anderen nationalen sozialistischen Parteien auf Zulassung zu selbständiger Sektionsbildung abgelehnt, besonders die slawischer Zunge wie Litauer, Ukrainer, Kroaten etc. Einer prinzipiellen Behandlung der Nationalitätenfrage ist aber das internationale sozialistische Bureau bis jetzt noch stets ausgewichen. So stellten die Tschechen im Jahr 1903 den Antrag auf die Tagesordnung des Amsterdamer Kongresses *Die nationale Frage und die Sozialdemokratie* zu setzen. Das Bureau lehnte diesen Antrag aber ab, weil es, wie der Genosse Adler erklärte, nicht den Mut hatte diese »etwas heikle Frage« zur Verhandlung zu stellen. Daß die heikle Frage aber nicht zu umgehen ist, hat am deutlichsten der Stuttgarter Kongreß bewiesen, der von Anfang bis zu Ende unter dem Zeichen des modernen Nationalitätsprinzips stand. Erkennt man aber dieses Prinzip tatsächlich an, so muß man dies schließlich auch offiziell aussprechen. Jede Nation hat ihre sozialen und politischen Besonderheiten, daher auch ihre eigenartige Klassenstruktur und ihre besonderen Parteiverhältnisse und naturgemäß ihren eigenen kulturell-psychologischen Habitus. Daraus erwachsen dem Proletariat der verschiedenen Nationen auch verschiedene Aufgaben, die ebenfalls verschiedene Kampfmittel und -methoden erfordern können. Deshalb reagieren die Sozialisten verschiedener Nationen sogar auf analoge Begebenheiten in ganz verschiedener Weise. Der Sozialismus soll eben in eine enge, organische Verbindung mit der gesamten Ideologie der Nation treten, einer Ideologie, die allen Äußerungen des proletarischen Emanzipationskampfs ihren Stempel aufdrückt.

Die Frage der Anerkennung des Nationalitätsprinzips in der internationalen Organisation der Arbeiterklasse wird in ihrer rein prinzipiellen Gestalt vor den internationalen Sozialismus treten, wenn er in seinem Rahmen die Judenfrage zu lösen haben wird, diese Frage einer exterritorialen und staatlosen Nation *par excellence*. Die *Zionistisch-sozialistische Arbeiterpartei* faßte auf ihrer letzten Konferenz den Beschluß gemeinsam mit den anderen jüdischen sozialistischen Parteien mit der Forderung einer selbständigen jüdischen Sektion vor die Internationale zu treten. Man wird der faktischen Geltung des Prinzips seine theoretische Bestätigung nicht mehr lange versagen können.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

# WOLFGANG HEINE · WOZU DER SCHÖNEBECK-PROZESS?

ZU Ende ist die 4 wöchige Tortur des Prozesses gegen Frau Weber, verwitwete von Schönebeck. Man atmet ordentlich auf. Auch für den Leser war es eine Pein; denn so abgeneigt man der Lektüre sensationeller Gerichtsberichte sein mag, dieser Fall war zu wichtig, um ihn nicht zu verfolgen. Für große Teile des Publikums mag die geschlechtliche Pikanterie am anziehendsten gewesen sein, die um so stärker wurde als die diskrete Berichterstattung das abstoßend Widerliche unterdrückte und reichliche Gelegenheit zu interessanten und aufregenden Vermutungen ge-

währte. Eine so beschränkte Berichterstattung ist ein Unrecht. Die Öffentlichkeit des Gerichtsverfahrens ist eingeführt, um die Rechtsprechung unter die Kontrolle des öffentlichen Gewissens zu stellen, was der einzige Weg ist ihr das öffentliche Vertrauen zu verschaffen. Dazu gehört dann aber auch, daß das Publikum die ganze Wahrheit erfährt. Fürchtete man, daß die unvermeidlichen sexuellen Erörterungen die Sittlichkeit gefährdeten, so hätte man den Mut haben sollen von dem Recht des § 173 des Gerichtsverfassungsgesetzes Gebrauch zu machen und die Öffentlichkeit völlig auszuschließen. Lagen überwiegende Interessen vor die Sache trotz aller moralischen Bedenken der Öffentlichkeit nicht vorzuenthalten, so mußte man sie im ganzen Umfang zulassen und nicht der Presse eine Art Schweigepflicht auferlegen. Der Mittelweg war dagegen schwächlich, und er war nur geeignet die öffentliche Meinung irrezuführen.

Was der Prozeß *enthüllt* hat, ist für einen, der die gesellschaftlichen Verhältnisse kennt und ohne Sentimentalitäten betrachtet, nicht allzu neu. In jedem Stand, in jeder Gesellschaftsschicht gibt es Frauen mit unbezähmbaren Geschlechtstrieben und schwachem, unerzogenem oder unerziehbarem Willen, deren Energie und Verstand sich darin erschöpfen bald diesen bald jenen Mann an sich zu fesseln und eine Weile festzuhalten, ohne daß tiefere Empfindungen dabei im Spiel sind. Nirgends fehlen die Männer, deren perverse schwächliche Instinkte sich an solche Frauen klammern, die ihnen willenlos folgen, alles Übrige darüber vergessen, selbst vor dem Verbrechen nicht zurückschrecken und schließlich, getreu dem Vorbild des Stammvaters Adam, ihre eigene Schuld auf das Weib abzuladen suchen. Allen Ständen gemein ist auch der bequeme Ehemann, dessen Passion Geweihe zu erjagen ihn nichts sehen läßt, oder der nichts sehen will, um nicht in seinem ruhigen Leben gestört zu werden. Auch das Scheinleben, das Frau von Schönebeck und Herr von Goeben geführt haben, und das sogar nächste Bekannte über ihren Charakter täuschte, findet man in allen Gesellschaftskreisen, wenn es auch in den höheren Schichten leichter durchführbar ist und durch die Prüderie in der Besprechung geschlechtlicher Dinge erleichtert wird.

Wird man nun auch nicht sagen dürfen, daß der Prozeß Erscheinungen aus dem Geschlechtsleben der Offizierskreise enthüllt hätte, die schlimmer wären als sie auch anderwärts vorkommen, so ist doch gezeigt, daß es in der Armee auch nicht besser ist. Die potenzierte Standesehre, der strenge Ehrenkodex, der Kameradschaftsgeist, die Berufspflicht, die Sitte ritterlicher Frauenverehrung: alle diese Dinge, deren sich der Offiziersstand rühmt, und die tatsächlich nicht bloße Phrase sind, haben das nicht verhindern können, was sich zwischen Frau von Schönebeck, ihrem Mann und ihren Liebhabern abgespielt hat. Sind auch Frau von Schönebeck und von Goeben unzweifelhaft anormale Naturen, so kann man dies schwerlich von dem Ehemann und den übrigen Geliebten behaupten und ebensowenig von dem ganzen gesellschaftlichen Kreis der durchaus normalen mittlern Garnison, in dem die Sache mehr oder weniger bekannt und geduldet war. Die bis zum Überdruß als Palladium der Standesehre gepriesene Pistole hat im Allensteiner Fall nichts gegen wiederholte stadtbekannte Einbrüche in die Ehe eines Kameraden geholfen. Und ganz das selbe gilt auch von der rigorosen militärischen Gepflogenheit die Vorgesetzten zur Ver-

antwortung zu ziehen, wenn in ihrer Truppe etwas Peinliches vorkommt, sobald es an die Öffentlichkeit gelangt.

Alles dies wird niemand überraschen, der weiß, wie wenig die Institutionen imstande sind die Leidenschaften im Zaum zu halten, und wie viel Selbsttäuschung sich in die Standesempfindungen auf allen Stufen einmischt. Wer freilich den Glauben gehabt hat, daß der bunte Rock seine Träger zu einer Art höherer Wesen macht, wer auf die fleckenlose Ehre jedes Offiziers und jeder Offiziersdame geschworen hat, wird einigermaßen enttäuscht sein. Dieser Nimbus ist allerdings jetzt weg. Namentlich erscheint auch die Kameradschaftlichkeit in merkwürdigem Licht, wenn sie dazu führt den toten Goeben als einen Musteroffizier hinzustellen und alle Schuld auf die Frau zu schieben. Es wirkte ordentlich befreiend, daß wenigstens ein Offizier im Namen mehrerer Kameraden gegen die Unritterlichkeit dieser von Goeben unternommenen Verteidigung Verwahrung einlegte. Die Auffassung, als wäre der schlichte Soldat von Goeben das unschuldige Opfer der aus bürgerlichen Kreisen stammenden Verführerin, ist gänzlich zusammengefallen; Goeben ist als ebenso degeneriert, ebenso neuropathisch, ebenso wenig glaubwürdig wie seine Geliebte nachgewiesen. Beide waren zur kritischen Zeit offenbar geisteskrank. Frau Weber wäre jetzt sicherlich freigesprochen, wenn nicht der akute Anfall den Prozeß jäh abgerissen hätte. Man wird ihn schwerlich wieder aufnehmen.

Weshalb aber hat man ihn überhaupt angefangen?

Der Kriminalkommissar Wannowski hat aus der Schule geplaudert. Er hat von vornherein keinen Zweifel gehabt, daß die Angeklagte auf Grund der Goebenschen Aussage nicht der Anstiftung zum Mord überführt werden könnte, er hat Goeben nahegelegt »Schluß zu machen«, was dieser freilich erst einige Zeit später getan hat, und hat den ganzen Prozeß vermeiden wollen. Die Ungeschicklichkeit der Staatsanwaltschaft, anscheinend auch Wünsche aus Offizierskreisen haben dies durchkreuzt. Ich glaube: Trotz der Abrüffelung Wannowskis durch den Vorsitzenden mag jetzt mancher bedauern, daß man dem Rat des Kriminalkommissars nicht gefolgt ist. Trägt er auch als Motiv ganz offen seine Absicht zur Schau die Armee vor der Sozialdemokratie zu schützen, so ändert das nichts daran, daß seine Beurteilung des Falles sachlich richtig war.

Schon die Eröffnung der Voruntersuchung gegen die Frau war ein Fehler. Es ist ja schwer sich in die inneren Zustände der dabei Beteiligten zu versetzen. Man muß also seine Urteile darüber mit einem gewissen Vorbehalt fällen. Immerhin habe ich den Eindruck, als ob, nachdem Goeben sich als Verführten hingestellt und die Frau der Anstiftung bezichtigt hatte, das militärische Vorurteil blindlings für Goeben Partei genommen und ohne gehörige Rücksicht auf die Wertlosigkeit einer unter solchen Umständen getanen Aussage sich gegen die Frau gewendet hätte. Dieser Gedanke scheint auch auf die Justiz gewirkt zu haben, die ja von Bewunderung für alles Militärische durchdrungen zu sein pflegt; ja er beherrschte offenbar noch den größten Teil der Hauptverhandlung. Die Verteidigung hat mit Geschick und Erfolg dagegen angekämpft. Man fragt aber, weshalb die Feststellungen, die der Verteidigung unter den erschwerendsten Umständen gelungen sind, nicht auch in der lang ausgedehnten Voruntersuchung gemacht werden konnten. Die geheime schriftliche Voruntersuchung, dies *Rühr mich nicht an* der juristischen Bureaukratie, ist wieder einmal ihrer Unzulänglichkeit überführt.

Nachdem nun Goeben aus dem Leben geschieden war, und seine Aussage als unmittelbares Beweismittel gegen Frau von Schönebeck nicht mehr in Betracht kam, nachdem feststand, daß die Frau mindestens vorübergehend geisteskrank war, und deshalb das Verfahren vorläufig eingestellt worden war, beging man den weitern Fehler sie doch noch vor die Geschworenen zu stellen. Der Grund ist ja allgemein bekannt. Als Frau von Schönebeck in Herrn Weber einen Mann gefunden hatte, der sie trotz allem heiratete, wunderte man sich in der Öffentlichkeit darüber, daß eine Frau nicht verhandlungsfähig sein sollte, die fähig wäre zum Standesamt zu gehen. Als ob nicht viele, die diesen Schritt tun, geistig mehr als defekt wären! Und obgleich Kenner des Gesundheitszustands der Frau den Ausgang voraussagten, wurde die Verhandlung bis zum völligen Zusammenbruch der Angeklagten durchgeführt. Das brauchte nicht zu geschehen und hätte nicht geschehen dürfen. Mit gutem Gewissen konnte die Anklagebehörde der Öffentlichkeit erklären, daß Frau Weber trotz ihrer Heirat nicht verhandlungsfähig wäre, und konnte sie die Verantwortung dafür tragen, daß der Prozeß nicht fortgesetzt wurde. Die Wiederaufnahme der Anklage erscheint mir als eine durchaus falsche Konzession an eine in diesem Fall nicht ausreichend informierte öffentliche Meinung. Auch in der Verhandlung, in den förmlichen Bitten um Entschuldigung, daß die schwerkranke Frau rücksichtsvoll behandelt würde, trat diese Schwäche hervor.

Möchte man doch lieber der öffentlichen Meinung folgen, um gegen Beamte, die ihre Amtsgewalt zu Mißhandlungen und zur Unterdrückung politischer Rechte mißbrauchen, mit aller Strenge des Gesetzes vorzugehen! Möchte man der Kritik von Justiz, Beamtenschaft und Armee freies Wort gestatten, möchte man die Äußerungen einseitiger parteipolitischer Befangenheit vermeiden, die allen Protesten zum Trotz immer wieder in Gerichtssälen vorkommen! Möchte man auf körperlich leidende Angeklagte, auf Personen mit zerrüttetem Nervensystem, auch wenn sie den armen Volksklassen angehören, immer so viel Rücksicht nehmen als irgend möglich ist! Es frage sich jeder, ob das wohl genügend geschieht. In allen diesen Beziehungen fehlt es eben. Die Nervosität und der Mangel an Selbstvertrauen, die jedes scharfe Wort der öffentlichen Kritik mit kleinlichen Anklagen und drakonischen Verurteilungen wegen Richterbeleidigung verfolgt, äußert sich auf der andern Seite in der Ängstlichkeit vor dem Vorwurf der Begünstigung Wohlhabender und Vornehmer, vor dem Wort *Klassenjustiz*. Eine Justiz, die sich des öffentlichen Vertrauens sicher wüßte, hätte sich auch zugetraut diese aussichtslose und für alle Beteiligten, nicht zuletzt auch für den ernsten Teil des Publikums, qualvolle Verhandlung zu unterlassen und etwaigen deshalb erhobenen Vorwürfen mit der Ruhe des guten Gewissens entgegenzutreten.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

# ALWIN SAENGER · BILDUNGSPROBLEME

IM sozialdemokratischen Münchener Arbeiterbildungsverein wurden von dem Verfasser in diesem Frühjahr 12 Diskussions- und Redelehrabende abgehalten. Der Besuch war namentlich deshalb gut zu nennen, weil die Zahl der Teilnehmer an den 12 Abenden fast stets die gleiche war, nur wenig fluktuierte; sie sank niemals unter 50. Zweck der Übungsabende war außer Vertiefung von Bildung und Wissen die

formelle Fähigkeit zu mündlichem Vortrag und Äußerung zu fördern. Diesem Ziel entsprechend verwandten wir die erste Viertelstunde unserer Übungsabende auf die Besprechung theoretischer Fragen: Aussprache, Satzbau, die einfachsten Mittel der Rethorik, wie Angriff und Verteidigung am erfolgreichsten vorzunehmen seien, usw. Wie ein Vortrag zu disponieren sei, wurde mit besonderer Sorgfalt besprochen, in der Erkenntnis, daß der Hauptmangel rednerischer Leistungsfähigkeit — von einer wirklichen Rednerkunst im höhern Sinn kann man heute nur in den wenigsten Fällen sprechen — in fehlender Wortdisziplin zu suchen ist. Die Hauptuntugenden, denen man bis zur Unerträglichkeit immer wieder, namentlich in politischen Versammlungen, begegnet, wie 10maliges *Um zum Schluß zu kommen,* fortgesetzte Wiederholungen, Abkommen vom Thema, sind darin begründet, daß viel zu wenig auf klare Übersicht und Überlegung über das Vorzubringende v o r dem Reden geachtet wird. Manches Beherzigenswerte eines *einfachen* Redners ist dadurch unter den Tisch gefallen.

Wir entwarfen für die einzelnen Vorträge verschiedene Dispositionen, gelegentlich wurden gedruckte Musterdispositionen verteilt. In jeder Stunde kamen 2 Kursteilnehmer mit einem Vortrag von höchstens 20 Minuten zu Wort. An diesem wurde Kritik geübt; durch Vorbringen gegnerischer Einwände, namentlich unter Benutzung des *Reichsverbands*handbuchs sowie Cathreins katholischer Schrift *Der Sozialismus* wurden instruktive Debatten hervorgerufen. Durch den beständigen Hinweis auf gründliches Durcharbeiten des Redethemas mittels der schriftlichen Disposition des Vortrags wurden in formeller und inhaltlicher Beziehung erfreuliche Fortschritte erzielt. Im Lauf der Abende wurden 3 Vorträge durchgenommen: *Die Verkürzung der Arbeitszeit, Der Klassenkampf, Der Patriotismus.* Alle Schüler waren gewerkschaftlich und politisch organisiert. Dem Alter nach standen zwei Drittel zwischen 20 bis 30 Jahren, fast ein Drittel zwischen 30 bis 40, über 40 Jahre waren nur 5. 2 Frauen nahmen teil. 60 % waren Süddeutsche, 40 % Norddeutsche. So viel zur allgemeinen Orientierung.

Was durch langjährige Lehrtätigkeit für mich zu einer Erfahrungstatsache wurde, hat sich auch in diesem Kurs, wo ein sehr naher Kontakt zwischen Vortragendem und Zuhörern bestand, aufs neue bewiesen: Einerseits ein teilweise erstaunlicher Mangel an Wissen positiver Tatsachen, auf der andern Seite ein oft bedeutendes Wissen an *Lehrsätzen,* ohne daß aber immer deren tieferer Inhalt verstanden worden wäre. Mir scheint einstweilen die in letzter Zeit aufgestellte neue Prädestinationslehre von der selbstverständlichen, natürlichen Fähigkeit des klassenbewußten Arbeiters den *dialektischen Materialismus* zu verstehen sehr problematisch. Gewiß, es ist klar, daß der moderne Arbeiter den Widersinn des kapitalistischen Staats von selbst, ohne Belehrung, fühlt und in der Öffentlichkeit als Bekämpfer dieses Systems und darum als Träger einer neuen Zukunft auftritt. Allein von dieser ethisch-politischen Naturnotwendigkeit, die unser sozialistischer Stolz und unsere Siegeszuversicht ist, muß die Frage wohl unterschieden werden, inwieweit bei den großen Massen, ja nur bei der Elite der Arbeiterklasse, eine wissenschaftliche Beherrschung der reinen Erfahrungstatsachen des kapitalistischen Lebens vorhanden ist, eine Beherrschung, die vielleicht zunächst auch gar nicht nötig ist, da es vorerst auf das spontane Klassengefühl, nicht auf die wissenschaftliche Detaillie-

rung ankommt. Wir sollten uns aber im Interesse der Wahrheit vor jeder Hyperbel über das *natürliche Verständnis* hüten. Ich bin zu der Überzeugung berechtigt, daß die überwiegende Mehrzahl der klassenbewußten Arbeiter nicht in der Lage ist auch nur eine Worterklärung der *Dialektik* und des *Materialismus* abzugeben; und ich fürchte, daß selbst von der auserlesenen Schar, die schon einmal einen Vortragszyklus hierüber gehört hat, nur ein verschwindender Bruchteil nach dem Kursus eine wirkliche Antwort geben könnte. Indes, von diesen theoretischen Allgemeinheiten mag man ruhig absehen. Bedenklicher ist schon, daß die Teilnehmer auch von den praktisch-politischen Tatsachen nur eine geringe Ahnung hatten. Worin die Branntweinliebesgabe, von der sie doch so oft hören und sprechen, bestehe, wußte in meinem Kursus niemand. Ich wurde ausdrücklich um Aufklärung gebeten, was das »eigentlich sei«. Über das Pluralwahlrecht, sein eigentliches Wesen, konnten nur wenige eine zutreffende Antwort geben. Sehr mangelhaft waren die Kenntnisse über Verfassungsfragen; wer im Deutschen Reich den Krieg erklärt, wußte niemand — die Mehrzahl meinte: der Reichstag —, ebensowenig, was das Deutsche Reich für ein staatsrechtliches Gebilde ist. Auffallend gering war ferner das Wissen über die Entstehung der Arbeiterbewegung; über Gründung und Entwickelung des *Allgemeinen deutschen Arbeitervereins* und die Geschichte der *Internationalen* waren die Haupttatsachen allen Kursteilnehmern unbekannt. Ein bedeutenderes und tiefergehendes Wissen wurde von einzelnen hingegen in naturwissenschaftlichen sowie wirtschaftsgeschichtlichen Fragen (Entstehung der Erde, Darwins Theorie, soziale Kämpfe des Altertums) bekundet.

Um eine grundlegende Besserung der Bildungsverhältnisse zu erzielen, werden wir, meines Erachtens, in Zukunft der einfachen, belehrenden Wiedergabe von Tatsachen mehr Aufmerksamkeit zuzuwenden haben, ohne eine weitere Tendenz zunächst als das positive Wissen zu vermehren. Ich halte eine einfache Mitteilung der Grundtatsachen unseres Rechts- und Verfassungslebens, ohne das regelmäßig eifrig damit verbundene Streben irgendeine parteioffizielle Meinung gleichzeitig beweisen zu wollen, für mindestens so wichtig wie einen dogmatischen Vortrag mit einer ununterbrochenen Kette bekannter Schlagworte. Ich halte es für wichtiger und vom Standpunkt der Bildungspädagogik aus für richtiger, daß ich zunächst erfahre, was der Reichstag eigentlich für Rechte hat, bevor ich von der Klassengesetzgebung dieses Parlaments spreche, um dadurch irgendeinen Lehrsatz zu beweisen. Wir sollten tendenzloser dozieren, mag die Tendenz noch so wahr und berechtigt sein; wir laufen sonst Gefahr eine Halbbildung großzuziehen, die einzelne hochklingende Worte des Redners behält, zu einem sichern Fundament einer stufenweise steigenden Bildung aber nicht gelangt. Es fehlen einfach die Voraussetzungen heute noch durch Predigen von Theorieen die Massenbildung wirklich zu fördern. Denn unter den heutigen, kapitalistischen Zuständen fehlt für den einzelnen die Zeit zum Denken und das Geld für Bücheranschaffungen. Ich glaube auch, wenn wir bei unseren Bildungsbestrebungen eine elementarere Methode einschlagen, daß wir den Arbeitern selbst damit sehr entgegenkommen. Wird doch sogar von den Schülern der Parteischule, in der es sich um eine monatelange, ausschließlich dem Lernen gewidmete Zeit des Studiums handelt, bedauert, daß sie zu kurz sei und man, in den Beruf zurückgekehrt, nicht mehr die Muße zum *Verdauen* und Weiterlernen habe. Wie mag es nun erst bei

der großen Masse stehen, die für die Bildungskurse sich von der Arbeitszeit eine Stunde wegstiehlt und körperlich und geistig erschöpft am Abend in 8 Stunden die schwierigsten volkswirtschaftlichen Grundbegriffe wie *Wert, Geld, Profit, Preis* usw. erlernen soll. Ich fürchte, die Prädestinationslehre läßt uns im Stich, und ich glaube, ohne eine bedeutende Änderung unseres Wirtschaftssystems wird auf diese Weise für die Masse das Bildungsproblem nicht gelöst werden.

Wenn ich oben von einer elementareren Art des Dozierens sprach, so möchte ich vor allem auf eines hinweisen. Es wird in steigendem Maß vom Bürgertum ein staatsbürgerlicher Unterricht für das Volk verlangt. Wir sollten dringend darauf achten, daß von unserer Seite in den nächsten Jahren an möglichst zahlreichen Orten durch unsere Bildungsorganisationen ein staatsbürgerlicher Unterricht abgehalten wird. Hierin erblicke ich die erste Voraussetzung für die Möglichkeit einer systematischen allmählichen Volksbildung für uns. Es wird kaum bestritten werden, daß die Kenntnisse des staatsbürgerlichen Lebens im weitesten Umfang die wichtigste Frage für die Massenbildung ist — steht sie doch im engsten Zusammenhang mit der politischen Betätigung der Arbeiterklasse —, und daß dank der heutigen Volksschule diese Kenntnisse bei der Mehrzahl ganz geringe sind. Andrerseits erwarte ich mir aber von diesem Unterricht, da es sich um greifbare Tatsachen des täglichen Lebens — man denke nur an Verfassungs- und Steuerfragen — und nicht um bestrittene abstrakte Begriffe handelt, für eine systematische Erziehung zur Bildung am meisten. Daneben müßte in erhöhtem Maß Erziehung durch die Kunst gehen. Daß noch andere Bildungsvorträge aus verschiedenen Gebieten in Betracht kommen, ist so selbstverständlich, daß es weiterer Worte nicht bedarf. Aber als Fundament der Volksbildung sollte nach meiner Auffassung in den nächsten Zeiten dieser regelmäßige staatsbürgerliche Unterricht ins Auge gefaßt werden.

Um einen tiefern Einblick in die Persönlichkeiten der Schüler und den allgemeinen Bildungsstand zu gewinnen, verteilte ich einen Fragebogen mit 11 Fragen. 47 ausgefüllte Bogen erhielt ich zurück.

Zunächst wurden die Fragen nach den persönlichen Verhältnissen beantwortet. In der Regel hatte ein 7- bis 8jähriger Besuch der Volksschule und bei dem größern Teil noch ein 1- bis 3jähriger Besuch der Sonntags-, Fortbildungs- oder Gewerbeschule stattgefunden; es wurden Klagen laut, daß die Schule auf Verlangen der Dienstherren nicht besucht werden durfte. Die meisten waren sehr weit in der Welt herumgekommen; Belgien, Frankreich, Schweiz, Österreich und Italien sind die auf der Wanderschaft am häufigsten besuchten Länder; vereinzelt wurden Holland, Spanien, Norwegen und Amerika genannt. Nur ein geringer Bruchteil ist nicht über Deutschland hinausgekommen. War auch in vielen Fällen die wirtschaftliche Lage für die Reisen bestimmend, so ist doch eine große Anzahl von Fällen zu verzeichnen, in denen man ausgesprochenermaßen aus Bildungsdrang auf die Wanderschaft ging, ja in den schwersten Arbeitszeiten dafür sparte, um in den Naturschönheiten ferner Länder die negativen Tage der kapitalistischen Arbeit zu vergessen. Denn die meisten Arbeiter mußten das Geständnis ablegen ohne ihr Wollen und ihre Selbstbestimmung, lediglich der Not oder irgendeinem autoritären Willen gehorchend, zu ihrem Beruf gekommen zu sein, und, an und für sich zwar arbeitsfreudig,

diese Arbeitsfreude, infolge der stets drohenden Arbeitslosigkeit und der Tretmühlenarbeit, vollständig verloren zu haben. Wie oben schon erwähnt, zeigten sich bei einzelnen bedeutende naturwissenschaftliche Kenntnisse. Dem entspricht es, daß die Mehrzahl, im Fall eines Studiums, Naturwissenschaften oder Technik gewählt hätten; nur einer wäre Geistlicher geworden, wegen der Möglichkeit zu predigen; es war ein Maurer.

Die Frage nach dem bedeutendsten Abschnitt der Geschichte fand, wie zu erwarten war, fast ausschließlich ihre Beantwortung mit dem Hinweis auf die französische Revolution und das 19. Jahrhundert als das Jahrhundert der Technik, der Revolutionen und der Entstehung der Arbeiterbewegung; nur 2mal wurde die Entstehung des Christentums erwähnt; vereinzelt wurden auch das Altertum, die Völkerwanderung, die Entdeckung Amerikas und die Reformation genannt. Für die bedeutendsten Männer und Frauen wurden erklärt: Marx (25 mal), Lassalle (24), Bebel (19), Goethe (19), Napoléon (17), Engels (16), Schiller (14), Bismarck (12), Darwin (11), Heine (8), Tolstoj (6), Kant (6), Liebknecht (5), Vollmar (5), Shakespeare (5), Wagner (5), Zola (4), Gorkij (4); 1- bis 3mal wurde eine Anzahl Naturforscher, Erfinder und Künstler angeführt, Jesus Christus nur ein einziges Mal. Das Vorhandensein bedeutender Frauen wurde allgemein verneint; nur einigemale wurden sozialistische Frauen der Gegenwart sowie Maria Theresia, Katharina von Rußland, Königin Victoria von England und die verstorbene Kaiserin-Witwe von China, letztere wegen ihres »eisernen Willens«, genannt.

Es würde über den Rahmen dieser Darlegungen hinausgehen, wenn ich die Beantwortung zweier Fragen (1. Warum sind Sie Sozialdemokrat? 2. Wann kommt der Zukunftsstaat?) hier mitteilen wollte. Ein kurzer Überblick würde nicht genügen, es müßten die einzelnen selbst zu Worte kommen; vielleicht ist es möglich später darauf zurückzukommen; die einzelnen Antworten sind vielfach belehrend. Die herrschende Ansicht ist die eines sehr langsamen Hineinwachsens in den Zukunftsstaat.

Zum Schluß möchte ich noch auf einen andern Gegenstand die Aufmerksamkeit lenken: das Bibliotheks- und Bücherwesen. Ich hatte hierzu 2 Fragen gestellt: 1. Was lesen Sie am liebsten? 2. Wie steht es mit Ihrer Bibliothek? (Angabe der Namen der größeren und bekannteren Werke, Anzahl der Bücher und Broschüren). Die Antworten lauteten sehr wenig befriedigend. Die meisten bedauerten sehr, daß sie zum Lesen nur ganz selten kämen; dann zögen sie naturwissenschaftliche, politische, geschichtliche Werke und Unterhaltungsliteratur vor. Das Lesen von Broschüren sei ihnen eher möglich als das größerer Bücher. Im allgemeinen aber sei man bei den heute noch bestehenden Arbeitszeiten froh auch nur zum Lesen seiner Parteizeitung und seines Gewerkschaftsblatts zu kommen; diese vollständig durchzulesen sei auch nicht immer möglich. Dementsprechend lauteten die Antworten über eine Hausbibliothek: »Nichts Wesentliches«, »Schlecht bestellt«, »Nur Fachbibliothek«, »So gut wie keine«, »Ziemlich klein«, »Sehr traurig«, »Sehr schwach«, »Meine Bibliothek ist ein Spiegelbild meiner Verhältnisse; es bleibt bei unerfüllten Wünschen«, »Sehr bescheiden«, »Nicht im Besitz einer Bibliothek« und so ohne Ausnahme weiter. Ich fand nur 4mal einen Bestand von 40 bis 50 Büchern; allein auch bei diesen herrschte ein derartig systemloses Durcheinander, daß von einem selbständigen,

geistigen Fortarbeiten zu Haus nicht die Rede sein kann. So verzeichnete ein Kursteilnehmer unter seinem Bücherbestand Marx, *Theorieen über den Mehrwert*; das Buch ist natürlich, nach den sonstigen Kenntnissen des Schülers zu urteilen, überhaupt nicht gelesen und aufs Geratewohl gekauft. Das *Kapital* besaß niemand; Bebel *Die Frau* ganze 3, Kautsky *Das Erfurter Programm* 1, David *Referentenführer* und Bebel *Aus meinem Leben* je 4, Bebel *Unsere Ziele* 1, Liebknecht *Was die Sozialdemokraten sind, und was sie wollen* keiner, obwohl gerade diese Broschüre in dem Münchener Parteiorgan ununterbrochen als empfehlenswert angeführt worden war. Diese Zahlen beweisen, daß wir erst am Anfang der Volksbildung stehen. Die Hausbibliothek ist mit die erste Grundlage für eine sichere Bildung, sie kann durch keine Bücherausleihe ersetzt werden. Wenn wir berücksichtigen, daß wir einige Hunderttausend politisch- und fast 2 Millionen gewerkschaftlich organisierter Männer und Frauen haben, so sind die Auflagen der Bücher und Broschüren unserer Parteiverlage als lächerlich gering zu bezeichnen. Es wird in Zukunft nicht zu umgehen sein in den Bildungsetat der einzelnen Organisationen einen besondern Posten für Bücheranschaffungen für die Schüler mit anfänglich 2 bis 3 Mark pro Kopf und Jahr anzusetzen. Was wir für Vertiefung der Bewegung ausgeben, verzinst sich vielfach. Ferner müßten wir öfter auf eine planmäßige Bibliotheksgründung hinweisen und zu diesem Zweck bei jeder passenden Gelegenheit, in allen Veranstaltungen der Bildungsorganisationen, Partei- und Gewerkschaftsversammlungen, gedruckte Anweisungen für Bibliotheksgründungen verteilen. Die Parteibuchhandlungen müßten gegen monatliche Ratenzahlungen die Bücher abgeben, und an jedem größern Ort sollte ein fachkundiger Bibliothekar zur Auskunfterteilung und Bücherpropaganda angestellt werden.

Das einheitliche Programm für die Massenbildung sollte zunächst lauten: fortgesetzter systematischer staatsbürgerlicher Unterricht in weitestem Umfang als Grundlage, belehrende Einzelvorträge über die elementaren Tatsachen aus allen Gebieten; zur ästhetischen und ethischen Massenerziehung häufige künstlerische Darbietungen (Theater, alkoholfreie Konzerte, Lichtbilder, Kunstführungen) und endlich eine mit allem Nachdruck betriebene Bücherpropaganda.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

# GUSTAV KRÜGER · DER ARBEITERINNENSCHUTZ IN DER GESETZGEBUNG DER KULTURSTAATEN

GANZ allmählich ist es in das Bewußtsein der Regierungen und Gesetzgebungen fast aller Kulturländer gedrungen, daß der Frau wegen der wichtigen Aufgaben, die ihr als Gebärerin, Ernährerin und Erzieherin künftiger Generationen zustehen, ein besonderer Schutz gewährt werden müsse. Bis jetzt erstreckt sich dieser Schutz im allgemeinen nur auf die gewerbliche Arbeiterin. Ihn auch auf die in noch viel größerer Zahl beschäftigten Dienstboten, landwirtschaftlichen und häuslichen Arbeiterinnen, Heimarbeiterinnen usw. auszudehnen ist vorläufig noch keiner Regierung eingefallen. Freilich ist das auch nicht so einfach. Denn ein ordentlicher, durchgreifender Arbeiterinnenschutz wird nur dann zu verwirklichen sein, wenn die Arbeiterin auch vor der materiellen Not bewahrt wird, die ein solcher Schutz fast immer im Gefolge hat. Wovon soll die Arbeiterin leben, wenn sie 4 Wochen vor und 2 Wochen nach der Entbindung ihrer Arbeit nicht

nachgehen soll? In Deutschland hat man in der Krankenversicherung wenigstens den Anfang eines Wöchnerinnenschutzes. In den meisten anderen Ländern aber, zum Teil sogar in industriell entwickelten, kennt man dergleichen noch gar nicht. Und wo es sich um die Aufbringung der Mittel zum Schutz vor materieller Not handelt, da gerät gewöhnlich alle Philanthropie und leider auch die soziale Gesetzgebung ins Stocken.

In Deutschland erstreckte sich der Arbeiterinnenschutz bis zum Jahr 1891 nur auf die Vorschrift, daß Arbeiterinnen 3 Wochen nach ihrer Niederkunft nicht beschäftigt werden sollten. Der Bundesrat war außerdem ermächtigt für solche Fabrikationszweige die Beschäftigung von Arbeiterinnen zu untersagen, in denen sie besonderer Gefahr für Sittlichkeit und Gesundheit ausgesetzt waren. Er konnte die Verwendung weiblicher Arbeitskraft in solchen Betrieben gänzlich verbieten oder sie nur auf die Tageszeit beschränken oder sie auch von besonderen Bedingungen abhängig machen. Des weitern sollten Arbeiterinnen in Bergwerken, Salinen und Gruben nicht unter Tag beschäftigt werden dürfen. Die Novelle von 1891 brachte dann erhebliche Verbesserungen des Arbeiterinnenschutzes und dehnte diesen auf fast alle gewerblichen und Fabrikbetriebe sowie, mit Zustimmung des Bundesrats, auch auf Bauten aus. Allerdings wurden diese Bestimmungen gleich wieder durch kaiserliche Verordnungen verwässert, von denen die eine festsetzte, daß in der Kleider- und Wäschefabrikation beschäftigte Familienangehörige des Arbeitgebers unter diese Bestimmungen nicht fallen sollten. Mit dem 1. Januar 1910 sind weitere Verbesserungen in Kraft getreten. Danach dürfen während der Nachtzeit von 8 Uhr abends bis 6 Uhr morgens Arbeiterinnen nicht beschäftigt werden. Sie müssen eine ununterbrochene Ruhezeit von mindestens 11 Stunden haben. Sind Arbeiterinnen die gesetzlich zulässige Zeit hindurch in der Fabrik beschäftigt worden, so darf ihnen Arbeit nicht mit nach Haus gegeben werden. In Fabriken dürfen Arbeiterinnen höchstens 10 Stunden, an Tagen vor Sonn- und Festtagen nur 8 Stunden beschäftigt werden; an diesen Tagen darf die Arbeitszeit nicht über 5 Uhr abends ausgedehnt werden. Für Wöchnerinnen ist eine Schonzeit von 8 Wochen festgesetzt. Von diesen müssen mindestens 6 Wochen nach der Entbindung liegen. Vom 1. April 1912 ab sollen Arbeiterinnen in Kokereien, zum Transport von Materialien bei Bauten, beim Bergbau über Tag bei der Förderung, beim Transport und beim Verladen überhaupt nicht mehr beschäftigt werden. Auch hier wieder eine Einschränkung: Arbeiterinnen, die mit diesen Arbeiten am 1. April 1912 noch beschäftigt sind, dürfen sie bis zum 1. April 1915 noch fortsetzen. Eine weitere Vorschrift besagt, daß Arbeiterinnen mindestens eine 1stündige Mittagspause haben müssen. Verheirateten und solchen Arbeiterinnen, die einen eigenen Haushalt zu führen haben, muß auf ihren Antrag gestattet werden die Arbeit ½ Stunde vor der Mittagspause zu verlassen, wenn diese nicht mindestens 1½ Stunden beträgt. Da diese Bestimmung den Unternehmern nicht angenehm ist, und Arbeiterinnen, die hiervon Gebrauch machen, von dem Unternehmer durch ledige Arbeiterinnen oder solche ersetzt werden, die sie nicht in Anspruch nehmen, so wird sie in der Praxis nicht sehr häufig angewandt. Nach § 139a der Gewerbeordnung steht dem Bundesrat die Befugnis zu die Beschäftigung von jugendlichen Personen und Arbeiterinnen von besonderen Bedingungen abhängig zu machen oder auch gänzlich zu verbieten. Hiervon ist in einer Reihe von Fällen Gebrauch ge-

macht worden. In Anlagen zur Herstellung elektrischer Akkumulatoren aus Blei oder Bleiverbindungen ist die Beschäftigung von Arbeiterinnen verboten, wenn sie mit Blei oder Bleiverbindungen in Berührung gebracht werden. Für Ziegeleibetriebe ist die Verwendung weiblicher Arbeitskräfte für gewisse Beschäftigungsarten eingeschränkt. In Räumen, in denen Thomasschlacken gemahlen oder Thomasschlackenmehl eingebracht und gelagert wird, dürfen Arbeiterinnen nicht beschäftigt werden, auch dürfen sie sich dort nicht aufhalten. In Zinkhütten dürfen Arbeiterinnen bei der Bedienung von Destillationsöfen nicht verwandt werden, auch nicht beim Abfahren von Räumasche und beim Verpacken von bei der Zinkdestillation gewonnenen Nebenprodukten. In Zichorienfabriken dürfen Arbeiterinnen in Darrräumen nicht beschäftigt werden. Für Glasfabriken und Sandbläsereien sind Beschränkungen in der Einstellung weiblicher Arbeitskräfte vorgesehen, ebenso für Zuckerfabriken. In Metall-, Hammer- und Walzwerken, die mit ununterbrochenem Feuer betrieben werden, dürfen Arbeiterinnen beim unmittelbaren Betrieb nicht beschäftigt werden; in Anlagen zur Herstellung von Bleifarben nur insoweit als sie der Einwirkung von Bleistaub nicht ausgesetzt sind. Die Übertretung dieser Verbote kann mit einer Geldstrafe bis zu 2000 Mark geahndet werden; im Unvermögensfall mit 6 Monaten Gefängnis. Leider wird von diesen Strafbestimmungen nur zu wenig Gebrauch gemacht. Bei dem Abhängigkeitsverhältnis der Arbeiterinnen vom Unternehmer, ihrer geringen Zugehörigkeit zur gewerkschaftlichen Organisation und der ungenügenden Gewerbeinspektion gehen Tausende von Gesetzesübertretern straflos aus.

In Österreich ist der Arbeiterinnenschutz noch weit mangelhafter als in Deutschland. Arbeiterinnen dürfen 4 Wochen nach ihrer Niederkunft in gewerblichen Betrieben nicht beschäftigt werden. Nachtarbeit ist für Frauen verboten; im Verordnungsweg kann jedoch dieses Verbot aufgehoben, und das schichtweise Arbeiten von Frauen auch während der Nachtzeit in bestimmten Betrieben gestattet werden. Im Bergbau dürfen Frauen nur über Tag beschäftigt werden, Wöchnerinnen erst 6 Wochen nach der Niederkunft, doch mit besonderer ärztlicher Attestierung schon nach 4 Wochen. Ferner legt die Gewerbeordnung vom 8. März 1885 den Unternehmern mehr die Mahnung als die ausdrückliche Bestimmung nahe bei gemeinsamer Beschäftigung von männlichen und weiblichen Arbeitern Rücksicht auf die Sittlichkeit zu nehmen. Bis zum Jahr 1883 stand auch dieser winzige Arbeiterinnenschutz fast nur auf dem Papier, da die Gewerbeordnung vom Jahr 1859 fast gar keine Kontrolle über Einhaltung der Bestimmungen vorsah. Erst die durch das Gesetz von 1883 geschaffene Gewerbeinspektion brachte hierin eine Besserung. Die Strafbestimmungen sind in Österreich mannigfaltiger als in Deutschland. Sie sehen Geldstrafen bis zu 1000 Kronen, Verweis, Arrest bis zu 3 Monaten, Entziehung des Rechts jugendliche Hilfsarbeiter zu beschäftigen und Entziehung der Gewerbeberechtigung für bestimmte Zeit oder auch auf die Dauer vor.

In Ungarn ist der Arbeiterschutz und mit ihm natürlich auch der Schutz der weiblichen Arbeitskraft erst im Entstehen begriffen. Hier besteht für die Arbeiterinnen lediglich die Bestimmung, daß sie 4 Wochen nach der Entbindung von der vertragsmäßigen Arbeit befreit sein sollen, ohne daß dem Unternehmer die Lösung des Vertrags dadurch erlaubt ist. Es liegt also ganz im Belieben

der Arbeiterin, ob sie von dieser Bestimmung Gebrauch machen will, vorausgesetzt, daß sie es aus wirtschaftlichen Gründen überhaupt kann. Denn zur Lohnzahlung ist der Unternehmer während dieser Zeit nicht verpflichtet.

In England dürfen Arbeiterinnen 4 Wochen nach der Niederkunft nicht beschäftigt werden. Die Arbeitszeit soll 10 Stunden nicht überschreiten, sie muß zwischen 6 Uhr früh und 6 Uhr abends liegen. An Sonnabenden muß die Arbeit mindestens um 1 Uhr mittags beendet und eine ½stündige Pause darin enthalten sein. Die letzte halbe Stunde der Arbeitszeit an Sonnabenden darf nicht den eigentlichen Fabrikationsarbeiten gewidmet werden. Nach 4½stündiger Arbeitszeit muß eine Pause eintreten. Die Arbeitszeit darf in der Textilindustrie höchstens 56 Stunden pro Woche betragen, während in Zeugdruckereien Färbereien und Bleichereien nicht mehr als 60 Stunden gearbeitet werden darf. In Werkstätten, in denen Jugendliche und Kinder ausgeschlossen sind, dürfen Arbeiterinnen zwischen 6 Uhr morgens und 10 Uhr abends 12 Stunden pro Tag beschäftigt werden; es muß aber eine 1½stündige Pause gewährt werden. An Sonnabenden darf die Arbeitszeit nur 8 Stunden betragen, und sie muß mindestens um 4 Uhr nachmittags beendet sein, mit ½stündiger Pause in der Zwischenzeit. In anderen Fabriken, die 8stündige Arbeitszeit haben, dürfen Arbeiterinnen von 6 bis 4 Uhr mit 2stündiger Pause auch an Sonnabenden beschäftigt werden. Das Mitgeben von Arbeit nach Hause ist untersagt. Die Bestimmungen müssen in den Betrieben ausgehängt werden. An Sonnabenden dürfen Arbeiterinnen nur in den Fällen beschäftigt werden, wo es gesetzlich erlaubt ist. Überstundenarbeit ist Beschränkungen unterstellt. Sie darf nur in dringenden Fällen und nur bei solchen Waren stattfinden, die dem Verderben ausgesetzt sind; jedoch auch dann nur an 3 Tagen in der Woche und nicht an den Sonnabenden. Die Überstunden müssen in der Zeit zwischen 6 Uhr früh und 10 Uhr abends liegen. Bei dringender Arbeit darf in 12 Monaten nur an 30 Tagen übergearbeitet werden; bei Waren, die dem Verderben ausgesetzt sind, an 50 Tagen. Die Nachtarbeit ist für Arbeiterinnen in England vollständig beseitigt. Für die in Ladengeschäften tätigen Verkäuferinnen gilt noch die Bestimmung, daß für mindestens 3 Personen eine Sitzgelegenheit anzubringen ist.

Die wichtigsten Bestimmungen des Arbeiterinnenschutzes in Frankreich sind in dem Gesetz vom 2. November 1892 niedergelegt, das durch eine Novelle vom 30. März 1900 abgeändert ist. Die Maximalarbeitszeit für Frauen jeglichen Alters beträgt 10 Stunden am Tag. Diese Arbeitszeit muß von mindestens 1stündiger Pause unterbrochen sein. Die Beschäftigung von Frauen während der Zeit von 9 Uhr abends bis 5 Uhr morgens ist untersagt. An Sonn- und gesetzlichen Feiertagen sollen Frauen nicht beschäftigt werden. Jedoch besteht eine Anzahl von Ausnahmebestimmungen für verschiedene Industriezweige. Nach diesen dürfen Frauen über 18 Jahre auch nach 9 Uhr abends, jedoch nicht über 11 Uhr hinaus tätig sein, wenn die Arbeitszeit 12 Stunden nicht überschreitet. In Bergwerken dürfen Arbeiterinnen unter Tag gar nicht beschäftigt werden. Im Verordnungsweg können Vorschriften über die Verwendung weiblicher Arbeitskräfte für solche Betriebe erlassen werden, in denen besondere Gefahr besteht oder zu hohe Anforderungen an die physischen Kräfte gestellt werden; des weitern können auf diesem

Weg Bestimmungen für solche Betriebe erlassen werden, die gesundheitsschädigend auf die darin Beschäftigten wirken. Frauen dürfen auch nicht zum Reinigen und Schmieren der im Gang befindlichen Maschinen verwandt werden. In Verkaufsläden muß für jede dort beschäftigte Frau eine Sitzgelegenheit vorhanden sein. Im Jahr 1905 wurden 3303 Bestrafungen wegen Übertretung der Sicherheitsvorschriften vorgenommen. Das läßt darauf schließen, daß die Handhabung der Strafvorschriften nur sehr lau geschieht. In der Hauptsache traf die Bestrafung solche Betriebe, in denen vorwiegend Arbeiterinnen tätig sind, wie Wäschereien, Putz- und Kleiderwarenfabriken. Im Bergbau erfolgten sogar nur 15 Bestrafungen.

In Belgien dürfen Arbeiterinnen innerhalb 4 Wochen nach der Niederkunft nicht beschäftigt werden. Das Verbot bezieht sich aber nur auf solche Betriebe, die durch das Gesetz vom 13. Dezember 1889 berührt werden. Das sind insbesondere Bergwerke, Werften, Fabriken, Betriebe, in denen mechanische Kraft oder Dampfkessel verwandt werden, aber auch gewerbsmäßige Wäschereien, Theater und Fleischverkaufsstellen. Die Beschäftigung von Arbeiterinnen in Bergwerken unter Tag ist verboten, wenn sie nicht schon vor 1892 unter Tag gearbeitet haben. Durch königliche Verordnung vom 19. Februar 1895 kann die Beschäftigung von Arbeiterinnen unter 21 Jahren in gesundheitsschädlichen und gefahrvollen Betrieben untersagt oder eingeschränkt werden. Die Beschäftigung darf nur an 6 Tagen der Woche stattfinden. In einer Reihe von Gewerbszweigen wie Beleuchtungsanlagen, Wasserwerke usw., die keine Arbeitsunterbrechung erlauben, darf an 13 von 14, oder an 6½ von 7 aufeinanderfolgenden Tagen gearbeitet werden. In diesen Fällen braucht dann der Ruhetag nicht auf den Sonntag zu fallen. Für Arbeiterinnen über 21 Jahre ist ein Maximalarbeitstag nicht vorgesehen. Dagegen dürfen Arbeiterinnen unter 21 Jahren nicht länger als 12 Stunden pro Tag beschäftigt werden. Für Verkäuferinnen muß je eine Sitzgelegenheit vorhanden sein, die von ihnen immer benutzt werden kann, wenn es die Arbeit gestattet.

Der niederländische Arbeiterinnenschutz erstreckt sich auf alle Arbeiterinnen, die nicht in der Land- und Gartenwirtschaft, im Forstbetrieb, bei der Viehzucht und in Torfgräbereien beschäftigt sind. Er erstreckt sich also auch auf die Hausindustrie. Wöchnerinnen dürfen innerhalb 4 Wochen nach der Niederkunft in Fabriken und Werkstätten nicht beschäftigt werden. Anstalten, in denen Waren für den sofortigen Konsum hergestellt werden, zum Beispiel Speisen und Getränke in Restaurants, Arzneien in Apotheken, fallen nicht unter diese Bestimmung. Durch königliche Verordnung kann die Beschäftigung von Arbeiterinnen in solchen Betrieben eingeschränkt oder verboten werden, die mit besonderen Gefahren für Leben und Gesundheit verbunden sind. Vielfach ist hiervon Gebrauch gemacht. So ist die Beschäftigung von Arbeiterinnen als Maschinisten und Heizer verboten, ferner das Arbeiten in großer Hitze, das Tragen schwerer Lasten, das Arbeiten mit giftigen Substanzen wie Blei, Bleiweiß, Quecksilber usw. Für andere Betriebe ist die Verwendung weiblicher Arbeitskräfte nur beschränkt und von gewissen Bedingungen abhängig gemacht. Es besteht noch eine Anzahl von Vorschriften sanitärer Art, die den Luftraum, Luftwechsel, die Beschaffenheit der Ankleide- und Aborträume usw. betreffen. Die tägliche Arbeitszeit soll 11 Stunden nicht über-

schreiten. Jedoch kann bei Naturereignissen und dringenden Betriebsbedürfnissen vom Provinzialgouverneur für 6 Tage und von den Bürgermeistern für 2 Tage ein 13stündiger Arbeitstag erlaubt werden. Dem Minister steht frei nach Ablauf dieser Zeit die Erlaubnis noch zu verlängern. Nachtarbeit zwischen 7 Uhr abends und 5 Uhr morgens ist verboten. Jedoch ist für einige Gemeinden am Zuidersee hiervon eine Ausnahme für das Spießen von Heringen gemacht. Des weitern ist es in bestimmten Industriezweigen gestattet Arbeiterinnen auch in der Zeit von 7 bis 10 Uhr abends zu beschäftigen, wenn nur die Arbeitszeit 11 Stunden nicht überschreitet. An Pausen muß in der Zeit von 11 bis 3 Uhr mindestens 1 Stunde gewährt werden. Wo Nachtarbeit erlaubt ist, kann eine Änderung Platz greifen. Das geschieht meistens in der Weise, daß nach 5 Stunden eine Pause von ½ Stunde vorgeschrieben ist. Der Aufenthalt in den Arbeitsräumen ist während der Pausen untersagt. Für Bergwerksbetriebe ist die Beschäftigung von Frauen vollständig verboten.

In Luxemburg ist die Arbeitszeit der Frauen nicht besonders geregelt. Nur im Bergbau dürfen Arbeiterinnen nicht beschäftigt werden.

In Italien ist neben dem Arbeitsbuch für minderjährige Arbeiterinnen noch ein ärztliches Tauglichkeitszeugnis vorgeschrieben. Für anstrengende, gefährliche oder gesundheitsschädliche Arbeit in Werkstätten, Bauten, Bergwerksbetrieben usw. dürfen Arbeiterinnen unter 21 Jahren nicht beschäftigt werden. Zur Nachtarbeit dürfen Frauen im Winter von 8 Uhr abends bis 6 Uhr früh und im Sommer von 9 Uhr abends bis 5 Uhr früh nicht herangezogen werden. Die tägliche Arbeitszeit darf nicht länger als 10 Stunden sein; in dieser Zeit müssen bestimmte Pausen eingehalten werden. In jeder Woche muß mindestens 1 Ruhetag gewährt werden. Daneben bestehen noch Vorschriften über Hygiene, Sittlichkeit und Sicherheit für Arbeits-, Schlaf- und Speiseräume der Frauen. Für die Frauenarbeit auf Reisfeldern bestehen besondere Vorschriften. Schwangere Arbeiterinnen dürfen im letzten Monat der Schwangerschaft bis zum Ablauf des ersten Monats nach der Niederkunft nicht mehr beschäftigt werden. Der Unternehmer ist verpflichtet von solchen Frauen ein ärztliches Zeugnis über die Dauer der Schwangerschaft zu fordern.

Weibliche Jugendliche im Alter von 14 bis 18 Jahren dürfen in Dänemark nicht mehr als 11 Stunden am Tag beschäftigt werden, und zwar nur in der Zeit von 5 Uhr morgens bis 9 Uhr abends. Soweit die Arbeits- und Raumbeschaffenheit es gestattet, sollen in den Pausen die Geschlechter getrennt werden. Jugendliche Arbeiterinnen dürfen nicht zur Reinigung von Maschinen verwandt werden, wenn diese sich im Gang befinden.

In Schweden dürfen Jugendliche beiderlei Geschlechts von 12 bis 14 Jahren nur während 6 Stunden inklusive einer ½stündigen Pause beschäftigt werden. Personen von 14 bis 16 Jahren dürfen höchstens 10 Stunden am Tag inklusive 2 Stunden Pause arbeiten. Während der Pausen sollen sie sich in den Arbeitsräumen nicht aufhalten und auch nicht das Reinigen von im Gang befindlichen Maschinen vornehmen. Zwischen 8 Uhr abends und 6 Uhr morgens dürfen jugendliche Personen nicht beschäftigt werden. Frauen ist die Arbeit unter Tag verboten; Wöchnerinnen dürfen erst 4 Wochen nach der Entbindung wieder arbeiten.

In Norwegen dürfen jugendliche, auch weibliche, Personen im Alter von 12 bis 14 Jahren 6 Stunden am Tag bei leichterer Arbeit beschäftigt werden; es muß aber nach 4½ Stunden eine ½stündige Pause gemacht werden. Nachtarbeit von 8 Uhr abends bis 6 Uhr morgens und Arbeit unter Tag in Bergwerken ist verboten. Im Gang befindliche Maschinen dürfen von solchen Personen weder geölt noch gereinigt werden. Unter Tag dürfen auch erwachsene, volljährige Arbeiterinnen nicht beschäftigt werden. Im allgemeinen erfreut sich die Frau in Norwegen keines besondern Schutzes. Nur Wöchnerinnen dürfen 6 Wochen nach der Niederkunft nicht beschäftigt werden; wenn ärztliches Zeugnis vorliegt, kann diese Zeit auf 4 Wochen herabgesetzt werden.

Arbeiterinnen dürfen in Rußland nicht während der Nachtzeit und in Bergwerken nicht unter Tag beschäftigt werden. Diese Bestimmung findet auch auf alle Minderjährigen unter 15 Jahren Anwendung. Es ist aber in das Ermessen der Verwaltungsbehörden gestellt, die Zulassung der Frauenarbeit während der Nachtzeit zu gestatten. Übertretungen der Bestimmungen können mit Geldstrafen bis zu 100 Rubel oder mit Arrest bis zu 1 Monat bestraft werden.

Obgleich Rumänien ein zum allergrößten Teil Ackerbau treibendes Land, und die Industrie erst im Entstehen begriffen ist, so hat es doch schon Anfänge von Arbeiterschutzgesetzen aufzuweisen. Der Arbeiterschutz ist für landwirtschaftliche und industrielle Betriebe getrennt geregelt. In der Industrie dürfen Arbeiterinnen vor Ablauf eines Monats nach der Niederkunft nicht beschäftigt werden; diese Zeit kann durch ärztliches Attest auf 3 Wochen gekürzt werden. Die Unternehmer müssen Verzeichnisse über die bei ihnen beschäftigten Arbeiterinnen jährlich den Behörden einreichen. Nachtarbeit ist für Arbeiterinnen verboten. Die Arbeitszeit soll nicht mehr als 10 Stunden am Tag betragen, sie kann jedoch ausnahmsweise auf 11 Stunden verlängert werden. Die Arbeitszeit muß von mindestens 1stündiger Pause unterbrochen sein, die auch geteilt gewährt werden kann. Beginn der Arbeitszeit und Ruhepausen müssen durch Anschlag in den Arbeitsräumen bekannt gemacht werden. Wöchentlich ist ein vollständiger Ruhetag vorgeschrieben. Für stillende Arbeiterinnen müssen separate Räume bereitgehalten werden. Für die landwirtschaftlichen Arbeiterinnen ist ein besonderer Schutz nicht vorgesehen. Nur über das Höchstmaß der verschiedenen landwirtschaftlichen Arbeiten bestehen besondere Vorschriften.

In der Schweiz dürfen Frauen nicht bei Sonntags- und Nachtarbeit verwendet werden. In Fabriken dürfen Wöchnerinnen im ganzen 8 Wochen vor und nach der Niederkunft nicht arbeiten. Von dieser Zeit müssen mindestens 6 Wochen nach der Entbindung liegen. Der Begriff *Fabrik* ist streng geregelt. Als Fabriken gelten alle Betriebe mit mehr als 10 Arbeitern oder solche mit mehr als 5 Arbeiter bei Verwendung mechanischer Kraft. Auch Betriebe, in denen Arbeiter unter 18 Jahren beschäftigt werden, oder die Gefahren für Gesundheit und Leben der Arbeiter bieten, sind als Fabriken deklariert, und schließlich solche, die den unverkennbaren Charakter eines Fabrikbetriebs aufweisen. Durch bundesrätliche Vorschriften können schwangere Frauen von gewissen Fabrikationszweigen ausgeschlossen werden. Frauen dürfen auch nicht bei der Reinigung von im Gang befindlichen Maschinen, Transmissionen

usw. verwendet werden. Frauen, die ein Hauswesen zu besorgen haben, muß eine Mittagspause von mindestens 1½ Stunden gewährt werden, während diese sonst nur 1 Stunde zu betragen braucht. Für das Transportgewerbe besteht noch die Vorschrift, daß Frauen nach 11 Uhr abends bis 4 Uhr morgens nur als Telegraphistinnen, Wartefrauen usw. beschäftigt werden dürfen. Für Verkäuferinnen gilt im Kanton Bern die 11stündige Höchstarbeitszeit, wenn sie älter als 17 Jahre sind; für jüngere gilt die 10stündige Arbeitszeit.

In den Vereinigten Staaten von Amerika ist der Arbeiterschutz von den einzelnen Staaten selbständig geregelt. Frauen und Minderjährige dürfen bei gewerblichen Verrichtungen in der Zeit von 10 Uhr abends bis 6 Uhr morgens in Massachusetts nicht beschäftigt werden. Im Handelsgewerbe ist Sitzgelegenheit für Verkäuferinnen vorgeschrieben. Im Staat New York ist die Verwendung von Frauen zur Reinigung von im Gang befindlichen Maschinen verboten. Für Frauen müssen besondere Abortanlagen und Waschräume vorhanden sein. Im Handelsbetrieb ist Sitzgelegenheit für Frauen vorgeschrieben, doch ist diese Vorschrift fast gar nicht beachtet worden. Durch Gesetz von 1896 wurde der Zehnstundentag in Städten von mehr als 3000 Einwohnern festgesetzt. Kapitalistischen Einflüssen gelang es aber seine Einführung unmöglich zu machen. 1899 wurde die Beschränkung der Arbeitszeit für erwachsene Frauen wieder eingeführt und die Verwendung von Frauen in Edelsteinschleifereien verboten. Frauen und Jugendliche dürfen nicht in der Zeit von 9 Uhr abends bis 6 Uhr früh beschäftigt werden. Die Arbeitszeit darf wohl 10 Stunden überschreiten, aber wöchentlich nicht mehr als 60 Stunden betragen. Es müssen Pausen von mindestens 1 Stunde am Tag gewährt werden und bei Überarbeit noch weitere 20 Minuten. In Bergwerken und Steinbrüchen ist die Frauenarbeit untersagt. Weibliche Jugendliche im Alter von 16 bis 21 Jahren haben ebenfalls täglich eine 10stündige respektive wöchentlich eine 60stündige Arbeitszeit. Die Mittagspause soll 45 Minuten betragen. Nachtarbeit von 10 Uhr abends bis 6 Uhr morgens ist verboten. In Fabriken und kaufmännischen Gewerben muß Frauen Sitzgelegenheit gewährt werden. Die Schutzgesetze Pennsylvaniens erfuhren von kapitalistischer Seite starke und erfolgreiche Anfeindungen. Sie wurden verzögert und zuungunsten der zu schützenden Personen verändert. Erst 1897 setzte das Fabrikgesetz, das 1901 noch ergänzt wurde, die Maximalarbeitszeit der Frauen auf 60 Stunden in der Woche fest. Für minderjährige Arbeiter beiderlei Geschlechts bis zu 16 Jahren war die Nachtarbeit von 9 Uhr abends bis 6 Uhr morgens verboten; dieses Verbot wurde aber durch Zulassung der Neunstundennachtschicht wieder aufgehoben. An Aufzügen und beim Reinigen von im Gang befindlichen Maschinen dürfen Minderjährige unter 16 Jahren nicht beschäftigt werden. Die Frauenarbeit während der Nachtzeit ist in 5 Staaten gänzlich verboten. Im Bergbau dürfen in 12 Staaten Frauen nicht unter Tag beschäftigt werden. New Jersey schreibt für Frauen eine Nachtruhe von 13 Stunden vor, Massachusetts gewährt den Arbeiterinnen in Textilfabriken 12 Stunden, Pennsylvanien 9, Indiana und Nebraska gar nur 8 Stunden. Die Maximalarbeitszeit ist in 14 Staaten geregelt: sie beträgt in 9 Staaten 10 Stunden pro Tag. In Wisconsin sollen Frauen in Fabriken nur 8 Stunden arbeiten, in Kalifornien 9 Stunden, in New Hampshire 9 Stunden und 40 Minuten. Diese Vorschriften werden aber sehr schlecht oder

überhaupt nicht durchgeführt. In fast sämtlichen Staaten bestehen Vorschriften über die den Frauen zu gewährende Sitzgelegenheit. Eine kleine Zahl von Staaten beschränkt diese Vorschrift auf Frauen, die im Handelsgewerbe tätig sind. Einige größere Staaten schreiben noch getrennte Ankleide- und Aborträume für Arbeiter und Arbeiterinnen vor.

In Australien ist die Regelung des Arbeiterschutzes ebenfalls den Bundesstaaten überlassen. Neusüdwales bemißt die tägliche Arbeitszeit der Frauen auf 5 Stunden am Tag. Überstunden sind an 3 Tagen in der Woche, aber höchstens bis zu 3 Stunden an diesen Tagen zulässig. Für Überstunden muß der 1½fache Betrag des Lohns gezahlt werden.[1]) Zwischen 7 Uhr abends und 6 Uhr morgens dürfen Arbeiterinnen außer bei erlaubten Überstunden nicht beschäftigt werden. In Läden und Verkaufsstellen dürfen weibliche Angestellte unter 18 Jahren nicht über 52 Stunden in der Woche arbeiten; die tägliche Arbeitszeit darf 9½ Stunden nicht überschreiten und nur einmal in der Woche 11½ Stunden betragen. Unter Tag dürfen Frauen in Bergwerken nicht beschäftigt werden. In Viktoria dürfen Arbeiterinnen unter 16 Jahren in der Zeit von 6 Uhr abends bis 6 Uhr morgens nicht beschäftigt werden. Frauen sollen nicht länger als 48 Stunden in der Woche arbeiten. Überstunden können bis zur Gesamtarbeitszeit von 51 Stunden in der Woche bewilligt werden. Jedoch soll die tägliche Arbeitszeit 10 Stunden nicht überschreiten und sich nicht über 9 Uhr abends ausdehnen. Für einige gefährliche Industriezweige bestehen noch gänzliches Verbot oder Einschränkungen der Frauenarbeit, so beim Bedienen von Maschinen, bei Verarbeitung und Verwendung von Quecksilber, bei Glasschmelzereien, Ziegeleien, bei der Zündholzfabrikation usw. In Queensland, West- und Südaustralien gelten ungefähr die gleichen Bestimmungen mit nur geringen Abänderungen.

Von den australischen Kolonieen hat Neuseeland die ausgebildetste Arbeiterschutzgesetzgebung. In nicht weniger als 40 Gesetzen sind die Vorschriften über den Arbeiterschutz niedergelegt. Von 6 Uhr abends bis 8 Uhr morgens dürfen Arbeiterinnen nicht beschäftigt werden. Die Arbeitszeit ist für Fabriken auf 45 Stunden in der Woche festgesetzt.[2]) Sie soll täglich höchstens 8¼ Stunden betragen, und nach 4¼stündiger ununterbrochener Arbeit muß eine Pause eintreten. In Wollfabriken gilt für Frauen die 48stündige wöchentliche Arbeitszeit. Die tägliche Maximalarbeitszeit beträgt 8¾ Stunden, die nach 4½ Stunden von einer Pause unterbrochen sein muß. Die Arbeitszeit außerhalb der Fabrik muß angerechnet werden, damit die Vorschriften nicht umgangen werden. Jugendliche beiderlei Geschlechts unter 14 Jahren dürfen in Fabriken nur mit Erlaubnis des Fabrikinspektors beschäftigt werden. Wo mehr als 3 Personen arbeiten, darf diese Erlaubnis nicht erteilt werden. Jugendliche unter 16 Jahren dürfen nur mit einem Tauglichkeitszeugnis des Fabrikinspektors eingestellt werden, außerdem ist ein gewisser Grad von Schulkenntnissen erforderlich. Mädchen unter 15 Jahren dürfen nicht in Setzereien, Metallschleifereien und in Zündholzfabriken beim Eintauchen von Zündhölzern beschäftigt werden. Jugendliche unter 16 Jahren sollen nicht bei der Her-

[1]) Neusüdwales ist der einzige Staat, der gesetzlich eine höhere Entlohnung der Überstunden vorschreibt.

[2]) In Neuseeland gelten schon solche Betriebe als Fabriken, die 2 oder mehr Personen mit der Herstellung von Verkaufsgegenständen beschäftigen, oder in denen mechanische Kraft verwandt wird.

stellung von Preßkohlen, Salz und Ziegelsteinen beschäftigt werden, Mädchen unter 16 Jahren nicht in Glasschmelzereien und Glasbrennereien. Mädchen unter 18 Jahren ist die Arbeit beim Spiegelbelegen und bei der Herstellung von Bleiweiß verboten. 4 Wochen nach der Entbindung dürfen Arbeiterinnen nicht beschäftigt werden. Weiter sind für Arbeiterinnen besondere gesetzliche Feiertage eingeschoben, für die auch der Lohn gewährt werden muß. Die Vorschriften über Gesundheitspflege sind allgemeiner Natur und gestatten den Aufsichtsbehörden viel Spielraum. In Verkaufsstellen darf nicht länger als 52 Stunden in der Woche und 9 Stunden am Tag gearbeitet werden. Nach 5 Stunden muß eine Pause von 1 Stunde eintreten. An den halbfreien Wochentagen darf nach 1 Uhr nicht mehr gearbeitet werden. Gehilfinnen dürfen nach 9 Uhr abends nicht mehr beschäftigt werden, eine Ausnahme macht nur der heilige Abend und Silvester, wo bis 11 Uhr gearbeitet werden darf. Für das weibliche Personal muß in Läden für Sitzgelegenheit gesorgt werden. In Bergwerken dürfen Arbeiterinnen überhaupt nicht beschäftigt werden.

Diese Zusammen- und Gegenüberstellung zeigt, wie viel noch international auf dem Gebiet des Arbeiterinnenschutzes zu schaffen und zu verbessern ist. Die Gewerkschaftsorganisationen aller Länder haben noch viel zu tun, um die Gesetzgeber auf dem bereits beschrittenen Weg vorwärts zu drängen.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

# RUNDSCHAU

## ÖFFENTLICHES LEBEN

**Politik / Max Schippel**

**Preußen: Ministerwechsel**

In parlamentarisch regierten Ländern ist ein Ministerwechsel jederzeit ein sehr eindeutiges Ereignis. Meist ist er ganz unmittelbar die Folge einer offenen maßgebenden Willensbekundung der jeweiligen Volksvertretungsmehrheit; jeder Zweifel an der beabsichtigten Richtung des neuen Kurses ist schon dadurch von vornherein ausgeschlossen. Aber auch sonst sind es langjährige Parteiführer mit bekannter politischer Vergangenheit und mit bestimmt ausgesprochener Tendenz, die die weitere Führung der Regierungsgeschäfte übernehmen.

Von alledem ist im heutigen Preußen-Deutschland nicht entfernt die Rede. Zunächst hat, bei der Vielheit und dem losen Gefüge unserer Parteien, die Regierung fast immer die Wahl, mit welchem parlamentarischen Konglomerat sie vorwiegend zu arbeiten gedenkt; sie kann sich sogar auf regelmäßig wechselnde Gruppierungen stützen: auf klerikal-konservative für gewerberechtliche, agrar- und handelspolitische Fragen, auf mehr konservativ-mittelparteiliche Verbindungen für nationale Macht-, Wahlrechts- und Schulfragen, auf noch andere seltsame Schlafgenossenschaften in sonstigen Nöten. Das alles ist uns seit der Bismarckschen Zeit vertraut geblieben, und so ist es wahrlich kein Wunder, daß auch angesichts des letzten, zunächst überraschenden Personenwechsels die beliebten Ausdrücke *schwarz-blau-stockreaktionär, blau-schwarz-mittelparteilich, Block mit Einschluß der Rechtsliberalen, Block ohne jeden Liberalismus, Personenverschiebung ohne jede politische Bedeutung, rein persönliche Festigung der Kanzlerstellung* bei den Kapitolswächtern unserer öffentlichen Meinung nur so durcheinanderschwirren. In der Tat, das alles ist für einen deutschen Kanzler bei unseren Parteiverhältnissen allenfalls möglich und denkbar. Aber was ist Wirklichkeit? Dazu kommt das unklare Dämmerlicht, in dem man vorläufig die aufrückenden neuen Männer erblickt. Herr von Dallwitz, nunmehr preußischer Polizei- und Wahlminister, ist ein alter Kanalrebell, also nach den Anschauungen unserer industrie- und handelskapitalistischen Verkehrsliebesgabenempfänger ein Ausbund von rückschritt-

licher Verbohrtheit. Aber der selbe Herr von Dallwitz wußte — allerdings in kleinen Dingen, wie es abschwächend heißt — als anhaltischer Minister recht oft konservativen Übereifer zu zähmen, er stand sich selbst mit Linksliberalen und Sozialisten, allerdings revisionistisch verdächtigen, ganz leidlich (siehe den Artikel Peus' *Zum Wechsel im preußischen Ministerium des Innern* in diesem Band der *Sozialistischen Monatshefte,* pag. 801 ff.) und jedenfalls besser als mancher Reichstagsvizepräsident mit liberaler und sogar fortschrittlicher Vergangenheit. Herr von Schorlemer, dem die Landwirtschaft anvertraut wurde, ist Katholik, sein Vater war der gerngehörte frisch-fromm-fröhliche klerikale Draufgänger der Kulturkampfära. Das läßt tief blicken, seufzen die hinfällig gewordenen, an der Borromäusepistel jedoch letzthin wieder etwas aufgerichteten heutigen Kulturkämpfer. Aber der selbe Herr von Schorlemer, wandten andere sofort ein, stand seit geraumer Zeit in ausgesprochenem Gegensatz zum Zentrum und hatte sich bei der Wahlreform unumwunden im Interesse der Nationalliberalen bemüht. Dann der rätselhafte, unangesagt gleich nach Sommersanfang in das Finanzministerium einziehende Lentze. Er soll sich selber zu den Nationalliberalen zählen. Zum äußersten rechten Flügel der Nationalliberalen, wird von der äußersten nationalliberalen Linken in gut deutscher Unterscheidungsfeinheit einschränkend und mit bedenklichem Kopfschütteln hinzugefügt. Indes, sein Emporsteigen ist gleichbedeutend mit dem Sturz und der vorläufigen Kaltstellung Rheinbabens, der stärksten reaktionären Kraft im alten Ministerium. Das beweist nichts, versichert uns eine freisinnige Preßstimme, denn der Magdeburger Oberbürgermeister sei bis in die jüngsten Tage hinein bereit gewesen als Unterstaatssekretär neben Freiherrn von Rheinbaben als Vorgesetztem zu wirken: was meines Erachtens abermals nicht sehr viel beweisen würde, da doch bei den feststehenden nächsten Zukunftsaufgaben der preußischen Finanzpolitik (Veranlagungsverbesserung und ähnliches bei allen Personalsteuern, Einführung der Deklarationspflicht bei der Vermögenssteuer, Hebung des Kurses der Staatsanleihen) recht wohl ein liberalerer Verwaltungsbeamter auf geraume Zeit eine nützliche Betätigung erhoffen konnte, von allen lockenden Zukunftschancen ganz abgesehen. Und nun soll gar zu guter Letzt an der wichtigen Unterstaatssekretärgeschichte nichts Wahres sein: »also elender Klatsch und liberale Briefschnüffelei«, wie eines unserer *radikalsten* Parteiblätter erbost schreibt.

Ich habe mich absichtlich mit diesem Überblick über die noch immer ratlos durcheinanderlaufenden Urteile begnügt, weil sie die herrschende parlamentarische, parteipolitische Misere in Deutschland und das daraus notwendig resultierende einzigartige Verhältnis von Regierung und Volksvertretung kennzeichnen, und weil wir selber über die politischen Absichten der einzelnen Männer und über die zu erwartende allgemeine ministerielle Richtung . . . auch nicht mehr wissen als die anderen.

Nur ein Ergebnis schälte sich mit genügender Klarheit von Anfang an aus dem Chaos der Vermutungen heraus: Der deutsche Reichskanzler und preußische Ministerpräsident denkt offenbar für die nächste Zeit — mit der Ewigkeit rechnet man im politischen Leben nirgends, am allerwenigsten in Preußen-Deutschland — nicht an das Sterben sondern an eine möglichst ungehinderte, vor unnützen amtlichen Reibungswiderständen geschützte Tätigkeit. Er glaubt der mehr vorsichtig-passiv abwartenden Haltung seiner ersten Amtsperiode entwachsen zu sein und zu größerer Aktivität und Selbständigkeit übergehen zu können.

×

**Deutsches Auswärtiges Amt**

×

Ferner zeigt sich eine weitgehende Übereinstimmung in den Äußerungen über den neuen Walter des Auswärtigen Amts, Herrn von Kiderlen-Wächter, trotz seiner für überlegene deutsche Bierbankwitze eigens wie geschaffenen gelben Weste und trotz seines unglücklichen Debuts während der Debatten über das persönliche Regiment im November 1908. Herr von Kiderlen soll an der Beendigung des Casablancastreits ein unleugbares Verdienst beanspruchen können; und vor allem soll das zielbewußt feste, entscheidende Auftreten gegen Rußland und für Österreich-Ungarn in der Orientkrise, das damals die ohnmächtig giftigsten Wutergüsse der *Times* und ihrer Gesinnungsgenossen hervorrief (siehe diese Rundschau, 1909, 1. Band, pag. 44 ff.), vorwiegend seinem Rat und Einfluß zuzuschreiben sein. Da Herrn von

Schoens versöhnliches Wesen in Paris schon seit langem anerkannt wird und dort sehr am Platz ist, so darf die Veränderung im Auswärtigen Amt wohl als zweifellose Verbesserung angesehen werden.

× ×

**England: Budget** In England hat die liberale Partei nochmals mit einem äußerlich befriedigenden, wie manche meinen, sogar glänzenden Budget aufwarten können. Die Ausgaben sind zwar, wie anderwärts und zwar in erster Linie durch den gesteigerten Rüstungsaufwand, rapid gestiegen: von 152 Millionen Pfund Sterling 1908-1909 auf 158 Millionen 1909-1910 und rund 173 Millionen im laufenden Finanzjahr 1910-1911; für Marinezwecke werden in diesem Jahr 40 604 000 Pfund ausgeworfen, was eine abermalige Steigerung um 5,46 Millionen Pfund gegen das Vorjahr bedeutet. Aber alles wickelte sich bisher ohne neue Anleihen, wenn auch unter Verkürzung der frühern Tilgungssumme, ab. Obwohl die Erhöhung der Whiskysteuer, von 11 Shilling auf 14,9 für die Gallone, den Konsum um 10 Millionen Gallonen und damit überhaupt den Ertrag dieser Auflage weiter herabdrückte, verbleibt — nach Deckung des aus dem Vorjahr ererbten Defizits von 26,25 Millionen Pfund Sterling, aber unter Verwendung der nachträglichen Eingänge aus dem Verwirrungsjahr 1909-1910 im Betrag von über 30 Millionen — ein für 1910-1911 verfügbarer Überschuß von 861 000 Pfund Sterling, das sind also immerhin über 17 Millionen Mark. Lloyd George konnte infolgedessen ankündigen, daß die Altersrente künftig auch den öffentlich unterstützten Armen, also weiteren 274 000 Pensionären zufallen solle, freilich unter Mitheranziehung der Gemeinden, der bisherigen Armenlastenträger, zu den Mehrkosten. Schon diese Zufügung wurde von der Arbeiterpartei getadelt. Ganz und gar hinausgeschoben ist jedoch die Arbeitslosen- und Invalidenversicherung: »Wird der Einnahmenvoranschlag verwirklicht, und kehren wir zu n o r m a l e n Flottenausgaben zurück, d a n n werden wir im n ä c h s t e n Jahr zur Arbeitslosen- und Invalidenversicherung gelangen, zu der der Staat eine Summe beitragen wird, doppelt so groß wie der Zuschuß des Deutschen Reichs zu seiner gesetzlichen Invaliditätsversorgung.« Auch hier sprach Barnes sein Bedauern über diese Verzögerung aus, und da er zugleich eine Herabsetzung der Zölle auf Tee, Kakao, Zucker und ähnliche Lebensmittel befürwortete, da ferner Lloyd George die Ermäßigung der englischen Flottenausgaben direkt mit dem Ablauf des deutschen Flottengesetzes in Verbindung brachte, so zeichnen sich hier deutlich schon die kommenden Verlegenheiten und Konflikte ab.

× ×

**England: Reform des Oberhauses** Der Hauptzusammenstoß bereitet sich jedoch bei der Regelung der Beziehungen zwischen Oberhaus und Unterhaus vor. Hierzu nahm die Arbeiterpartei am 20. Juni folgende Resolution an, um einem ausweichenden Kompromiß zwischen den gemäßigten Liberalen und Konservativen nach Möglichkeit vorzubeugen: »Die Vorschläge zu einer Revision der Beziehungen zwischen den beiden Häusern des Parlaments und zur Aufrechterhaltung der Vorherrschaft des Hauses der Gemeinen, wie sie gemäß des vom Volk erhaltenen Mandats in den Vetoresolutionen niedergelegt und vom Haus der Gemeinen angenommen worden sind, lassen keine Modifizierung zu. Wir protestieren daher dagegen, daß sich die Vertreter der beiden Ministerbänke die Autorität anmaßen sollten den Beschluß des Hauses der Gemeinen zu umgehen.«
Das Parlament soll zunächst vom 11. Juli bis zum November vertagt werden. Das Hangen und Bangen wird sich deshalb noch bis zum Jahresende hinziehen.

× ×

**Rußland und Japan** Als ein Markstein im vielbewegten Gang der Weltpolitik ist vielleicht der neue russisch-japanische Vertrag anzusehen. Nach dem Frieden von Portsmouth standen den vorher kriegführenden Mächten zwei Wege offen: Entweder sahen sie die damalige Gebiets- und Machtabgrenzung als eine lediglich erzwungen-provisorische an und rüsteten sich auf einen zweiten, günstiger entscheidenden Waffengang, oder sie begnügten sich mit den, selbst für Rußland — wenn man bloße militärische Besetzung und wirtschaftliche Erschließung und Angliederung auseinanderhält — noch immer reichlich und überreichlich bemessenen Expansionsgebieten, machten jedoch gemeinsam Front gegen Dritte, die etwa Lust hier in Nordostasien gleichfalls ein Wörtchen mitzureden verspüren könnten. Das

Zünglein der Wage schwankte lange hin und her, bis das wachsende Selbstbewußtsein Chinas mit seinen historischen Souveränitätsrechten und schließlich der amerikanische Vorschlag die mandschurischen Eisenbahnen und die früher von China verwalteten Staatsdomänen zu internationalisieren die beiden Nutznießer des bisherigen Interregnums einander endgültig in die Arme trieb. Japan war und ist finanziell erschöpft, Rußland ist innerlich morsch und zerfressen. Wozu also die gegenseitige Verfeindung und Kraftverschwendung? Dagegen reicht es wahrscheinlich beiderseits, solidarisches Vorgehen vorausgesetzt, noch immer dazu, um mehr passive und lediglich wortemachende und notenschreibende Dritte von weiteren Bemühungen um diese hoffnungsvollen ostasiatischen Erdwinkel vorläufig genügend abzuschrecken. Die Grundzüge des neuen Vertrags sind deshalb überaus einfach: Alle früheren, das heißt seit dem Frieden von Portsmouth getroffenen Übereinkommen zwischen Japan und Rußland sind gemeinsam gegen zwischentretende Außenseiter — das wären nach bisheriger Erfahrung zunächst China und Amerika — zu verfechten. Gleichzeitig garantieren sich die beiden dereinst feindlichen Brüder gegenseitig ihre bisher erreichten Abkommen mit China: im wesentlichen frühere Eingeständnisse der Schwäche, die China selber, zum Teil mit fremder, vor allem wiederum amerikanischer Unterstützung abzuschütteln oder nach orientalischer Art hinwegzuinterpretieren versucht. Die direkten Vorteile mögen hierbei für Japan und Rußland ungefähr die gleichen sein. Für Rußland ergibt sich jedoch weiter der, im Augenblick nicht zu verachtende, indirekte Gewinn, daß es die Hände für europäische Angelegenheiten mehr frei erhält. Wir hätten hier also eine Art Gegenstück zu der englisch-russischen Verständigung über Persien: in beiden Fällen ein recht weitgehendes Schließen der offenen Tür gegen politisch-wirtschaftlich rivalisierende Dritte, das eine Mal mehr gegen Deutschland, das andere Mal mehr gegen die Vereinigten Staaten gerichtet. Aber in dem Wettlauf Deutschlands und Englands um die Zuneigung Amerikas können diese Herausforderungen nur zugunsten einer weitern deutsch-amerikanischen Annäherung wirken. Nach dieser Seite rückt überhaupt mehr und mehr der Schwerpunkt der weiteren und wichtigsten internationalen Entschließungen.

×

**Kurze Chronik** In Österreich kam es wieder einmal, am 5. Juli, zur Vertagung des Reichsrats infolge der slowenischen Obstruktion gegen die sogenannte *Hochschulvorlage,* die die Errichtung einer italienischen Rechtsfakultät für die österreichischen Italiener vorsieht, und infolge der polnischen Forderung sofort im Herbst mit dem beschlossenen Bau des Donau-Oder-Kanals zu beginnen. × Da Australien gegenwärtig von einem Arbeiterministerium geleitet wird, so haben die folgenden Beschlüsse der Arbeiterparteikonferenz, an der sämtliche Bundesminister teilnahmen, programmatische Bedeutung für die am 1. Juli eröffnete Tagung des Bundesparlaments: Zurückziehung der von der letzten Regierung beschlossenen Marineanleihe in Höhe von 3½ Millionen Pfund Sterling, Einführung einer progressiven Bodensteuer auf unkultivierte Ländereien, Ausgabe von Bundesbanknoten mit 25prozentiger Goldreserve, Ausdehnung der Alterspension durch Herabsetzung des Alters der Pensionsberechtigten auf 60 und für Arbeitsunfähige auf 55 Jahre. Eine Revision des Zolltarifs im Sinn höherer Schutzzölle wurde auf nächstes Jahr verschoben.

## Sozialpolitik / Robert Schmidt

**Entlöhnungsmethoden** Der *Zentralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen* hat eine Kommission mit der Untersuchung der Entlöhnungsmethoden beauftragt. Einige dieser Studien, die sich mit der Metallindustrie befassen, sind bereits bekannt, die letzte Veröffentlichung Dr. Cl. Heiß' beschäftigt sich mit den *Entlöhnungsmethoden in der Berliner Feinmechanik* /Berlin, Simion/. Die Untersuchungen, die der ziemlich mühevollen Arbeit zugrunde liegen, sind keine vollständigen, wie der Verfasser selbst zugibt. Sie würden aber auch bei einer weitern Ausdehnung nichts Neues geboten haben, denn in diesem Industriezweig herrschen keine komplizierten Lohnsysteme. Die Eigenartigkeiten der Lohn- und Akkordarbeit: die Kalkulation der Akkordarbeit, der schwankende Verdienst der Arbeiter sind so allgemein bekannt, daß man sich fragt, ob es überhaupt einen Wert hatte so allgemein bekannte Dinge in umständlichen Ermittelungen festzustellen. Dabei ist der Verfasser noch in

den Verdacht geraten, daß die Schilderungen, die er von den großen Werken Siemens & Halske und der *A. E. G.* erhielt, seine eigenen Ansichten widerspiegeln. Da die Darstellung über die Lohnverhältnisse als eine Meinung der Leitung jener Betriebe gekennzeichnet ist, kann der Leser dieses Kapitel mit der nötigen kritischen Betrachtung aufnehmen. Zudem bietet sich die Gelegenheit selbst einmal die Ansichten aus diesen Kreisen der Großindustrie kennen zu lernen. Bedeutsamer ist die vom Verfasser selbst im letzten Kapitel gegebene kritische Beurteilung des ihm unterbreiteten Materials. Die Beweisführung über die Bedeutung der kürzeren Arbeitszeit, die Verteidigung des Achtstundentags wird mit so trefflichen Argumenten geführt, daß dem in der Gewerkschaft Tätigen damit ein schätzbares Material zu ihrer Begründung geboten wird. Weniger wird man mit dem Verfasser einverstanden sein, wenn er parteipolitische Betrachtungen anstellt; er macht hier aus seiner Abneigung gegen die Sozialdemokratie kein Hehl. Ebenso unangenehm macht sich die Besprechung einiger Streiks in den großen Berliner Werken bemerkbar, bei der es zu einigen heftigen Angriffen gegen die Berliner Verwaltung des Metallarbeiterverbands kommt. Es ist für den Außenstehenden sehr schwer ein sicheres Urteil über diese aufgeworfenen Streitfragen zu finden, und es hätte dem Werk keine Einbuße getan, wenn diese Polemik unterblieben wäre; zur Klärung des Themas bot sie überhaupt keinen Stoff.

×

**KurzeChronik** Der soziale Ausschuß der *Vereine technischer Privatangestellten* umfaßt nach dem Jahresbericht für 1909 rund 107 000 Mitglieder. Der Ausschuß bemüht sich auf dem Gebiet der sozialen Gesetzgebung die Forderungen der Privatangestellten zu propagieren. × Für die Anfertigung von Zelluloidwaren ist vom preußischen Handelsministerium eine Verordnung erlassen worden, um den Gefahren, die in dieser Industrie durch Feuergefährlichkeit des verarbeiteten Materials entstehen, entgegenzuwirken. × In diesem Jahr wird der Verbandstag der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte vom 15. bis zum 17. September zu Köln tagen. Die Tagesordnung ist außerordentlich vielseitig. Es wird behandelt: die Gesetzgebung über den Arbeitsvertrag seit dem letzten Verbandstag (Referent Dr. Prenner), die Literatur über den Arbeitsvertrag seit dem letzten Verbandstag (Dr. Baum), die gesetzliche Regelung der Akkordarbeit (Wölbling, Hermann und Wissell), die gesetzliche Regelung der Tarifverträge (Dr. Sinzheimer und Döblin), die Ausgestaltung der Rechtsmittelinstanz (Dr. Steengrefe), Ausdehnung der Gewerbegerichte zu Arbeitsgerichten (Dr. Flesch), die Rechtsverhältnisse der Werkpensionskassen (Dr. Sauer, F. Mantel, Severing und Hirtsiefer), das Recht der Tantieme und Gratifikationen (Dr. Landsberger und Notar Damman), die Statuten der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte (Dr. Glücksmann). × Das österreichische statistische Amt hat festgestellt, daß in den Jahren 1907 bis 1909 in 78 abgeschlossenen Tarifverträgen Ferien für die Arbeiter ausbedungen wurden. × In dem nordamerikanischen Staat Oklahoma ist ein Gesetz in Kraft getreten, wonach die in den Gefängnissen hergestellten Waren mit einem Vermerk versehen werden müssen, der ihre Herkunft kennzeichnet. Die Anregung dazu ist aus Handwerkerkreisen gekommen. Es erscheint sehr fraglich, ob damit eine Zurückdrängung der Gefängnisarbeit erzielt wird, denn eine ähnliche Bestimmung über die Erzeugnisse der Heimarbeit hat nicht die erhoffte Wirkung gehabt.

×

**Literatur** Eine Abhandlung Professor L. Varlez' *Die Bekämpfung der unfreiwilligen Arbeitslosigkeit* /München-Gladbach, *Volksverein*/ bringt eine wertvolle bibliographische Sammlung des Materials nebst kurzer Darstellung der praktischen Versuche, die zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit unternommen sind. × *Das Hütekinderwesen im badischen Schwarzwald* ist der Titel einer kleinen Schrift von Marie Schloß /Karlsruhe, *Badische Landeszeitung*/. Man vermißt eine klare Stellungnahme in der Frage des verminderten Schulunterrichts für Hütekinder. Auch wäre zu erörtern gewesen, ob die Hingabe der Kinder in fremde Dienste nicht so große Übelstände zeitigt, daß man zu einem gänzlichen Verbot der Kinderarbeit kommen sollte. × Eine Anzahl neuerer Hefte aus der bekannten Sammlung *Kultur und Fortschritt* /Leipzig, Dietrich/ mögen hier noch kurz Erwähnung finden. Professor Westermarck bringt

in einer Abhandlung *Die Hörigkeit der Kinder* eine knappe Darstellung über die Stellung der Kinder in der Familie bei den verschiedenen Völkern; A. Kellenaers schildert unter dem Titel *Die sozialen Stiftungen* die Wohlfahrtseinrichtungen der holländischen Hefen- und Spiritusfabrik van Markens in Delft. Dem *Staatlichen Kinderschutz in Ungarn* ist eine interessante Abhandlung Rosika Schwimmers gewidmet. Es handelt sich hier um Kinder, die in einem staatlichen Asyl bis zum 15. Jahr untergebracht worden sind. Im Jahr 1909 betrug die Zahl dieser in Fürsorge genommenen Kinder über 50 000. Budgett Meakin fordert *Erholung für das Arbeits- und Verkaufspersonal* und führt uns an zahlreichen Beispielen, die Betriebe mit guten sanitären Einrichtungen und Ferienurlaub schildern, ihren großen Wert und Nutzen für die Arbeitsleistung vor Augen. W. von Kalckstein behandelt in einem Heft *Öffentliche und gemeinnützige Arbeitsnachweise im Ausland,* während er in einem andern sich als lebhafter Befürworter von *Arbeitergärten* zeigt. Eine Übersicht, aus der manche Anregung zu schöpfen ist, gibt Henriette Herzfelder in ihrer Arbeit über die *Kinderschutzgesetze von Colorado und das Jugendgericht in Denver.* Schließlich sei noch Aßmanns Abhandlung über die *Betriebsunfallfürsorge der preußischen Staatsbeamten* erwähnt, die für diese Beamten einen Wegweiser für Ansprüche bei Unfällen enthält. × Vom Standpunkt des Unternehmers aus behandelt Dr. Georg Germann die *Streikversicherung in Deutschland und Frankreich* /München-Gladbach, *Volksverein/.* Uns würde im wesentlichen der Teil über die vom Arbeitgeberverband Hamburg-Altona geschaffene Entschädigungsgesellschaft und die diesem nachgebildeten Organisationen interessiert haben, doch bietet der Verfasser weiter nichts als einen kurzen geschichtlichen Abriß. In die Geschäftsführung dieser Gesellschaften, ihre finanzielle Grundlage ist ihm anscheinend der Einblick verwehrt gewesen. × Auf einer Karte hat Gewerbeinspektor Dr. Bender die *Vorschriften betreffend die Kinderarbeit* /Berlin, Heymann/ leicht übersichtlich und kurz gefaßt zusammengestellt. Diese Karte wird allen treffliche Dienste leisten, die sich über die Beschränkung der Kinderarbeit informieren wollen. Bei ihrem minimalen Preis sollte sie vor allem allen denjenigen in die Hand gegeben werden, die in den Kinderschutzkommissionen tätig sind, um die Durchführung des Gesetzes zu überwachen. × Das *Jahrbuch für die soziale Bewegung der Industriebeamten* /Berlin, *Industriebeamtenverlag/* bringt in seinem letzten Quartalsheft unter anderm einen Artikel des Landgerichtsrats a. D. Kulemann über den Gewerkschaftsgedanken unter den Angestellten und Beamten, ferner einen solchen von Hans Seelmann über die Entscheidungen aus dem Gebiet des Arbeiterversicherungsrechts. Von den *Schriften des Bundes der technisch-industriellen Beamten* sei zum Schluß noch die Abhandlung über Mindestgehälter erwähnt, die als ein Beitrag zum Lohnproblem der technischen Privatangestellten aufzufassen ist und Gutachten über die Forderung eines Mindestgehalts enthält.

## Kommunalpolitik / Hugo Lindemann

**Internationaler Wohnungskongreß**

In den Tagen vom 30. Mai bis zum 2. Juni 1910 fand in Wien der 9. internationale Wohnungskongreß statt. Aus der reichhaltigen Tagesordnung kommen hier insbesondere die Punkte *Kommunale Wohnungspolitik* und *Kleinhaus oder Mietshaus?* in Betracht. Auch die beiden anderen Geschäftsgegenstände, die Kreditorganisation für die gemeinnützige Bautätigkeit sowie die Verbilligung der Baukosten für Kleinwohnungen berühren die kommunale Tätigkeit, nehmen sie aber nicht in dem Umfang in Anspruch wie die beiden erstgenannten. Alle Punkte der Tagesordnung waren durch Vorberichte vorbereitet, die das gesamte Material zum Teil in recht übersichtlicher Weise zusammensteliten. Über die kommunale Wohnungspolitik hatte für Deutschland der hessische Landeswohnungsinspektor Gretzschel den Vorbericht gegeben. Er behandelte darin der Reihe nach die Leistungen der Gemeinden auf den Gebieten der Wohnungsinspektion, Wohnungstatistik, Bodenpolitik, Hebung des Wohnungsangebots durch Förderung der gewerblichen Bautätigkeit und der gemeinnützigen Wohnungsfürsorge sowie durch Wohnungsbau in eigener Regie der Gemeinden, die Zusammenhänge zwischen Wohnungspolitik und Verkehr, die Fragen der Besteuerung und sonstige Einrichtungen der Gemeinden, wie Wohnungsnachweise etc. In einem Anhang schilderte er dann in Skizzen zusammenhängend, was die Städte Düsseldorf, Frank-

furt am Mai, Freiburg in Baden, Köln, Mannheim, Straßburg, Stuttgart und Ulm jeweils auf dem Gebiet des Wohnungswesens geleistet haben. In ausführlichen Leitsätzen stellte er schließlich ein Programm für die kommunale Wohnungspolitik auf. An der Spitze der gesamten Wohnungsfürsorge denkt er sich ein Wohnungsamt, das in den Großstädten einen selbständigen Zweig der Stadtverwaltung bilden soll. Der Umfang dieses Wohnungsamts hängt natürlich von der Größe der Stadt und der ihm gestellten Aufgaben ab. Neben der Organisierung und Durchführung der Wohnungsinspektion weist Gretzschel dem Wohnungsamt die laufende Beobachtung des Wohnungsmarkts und die Veranstaltung einmaliger Erhebungen über die Wohnungsverhältnisse im Zusammenarbeiten mit dem statistischen Amt, die Pflege der Bodenpolitik, die Förderung der soliden Privatbautätigkeit und der gemeinnützigen Wohnungsfürsorge, die Unterbringung von Ledigen, die Einrichtung kommunaler Wohnungsnachweise, die Aufstellung der Bebauungspläne und Ortsbaustatuten, die Mitwirkung bei der Regelung des Realkredits für die solide Privatbautätigkeit, den Bau von Wohnungen in eigener Regie sowie die Raterteilung in allen das Wohnungswesen betreffenden Angelegenheiten zu. Neben dem städtischen Wohnungsamt haben die städtischen Bauämter die Aufgabe eine gesunde, den fortschreitenden Bedürfnissen entsprechende Bebauung zu ermöglichen. Das soll durch entgegenkommende Erledigung der Baugesuche, namentlich hinsichtlich der Beobachtung der Formalitäten, und durch die Unterstützung der Bauenden bei ihren Baugesuchen durch die rechtzeitige Anlage von Straßen und der mit ihnen verknüpften Einrichtungen, durch die Förderung der gartenmäßigen Besiedelung geschehen. Die lokalen Verkehrsunternehmungen sollen von der Gemeinde möglichst erworben und in eigener Regie so betrieben werden, daß sie die Ansiedelung in den Außenbezirken und Vororten erleichtern.

In den Gretzschelschen Leitsätzen wird ein umfassendes Bild der kommunalen Wohnungspolitik gegeben. Den Forderungen wird man im allgemeinen zustimmen können. Nur in der Einschätzung des kommunalen Wohnungsbaus scheint Gretzschel uns viel zu zurückhaltend zu sein. Wenn er in seinem Bericht ausführt, daß die Erbauung von Wohnungen in eigener Regie der Gemeinden nur dann stattfinden solle, wenn bei Wohnungsmangel die private Bautätigkeit versage, andernfalls aber die Gemeinden nur die private Bautätigkeit bei der Erreichung ihrer Ziele unterstützen sollen, so verkehrt er die Reihenfolge in nicht begründeter Weise. Auch wenn man den Gemeinden in der heutigen Zeit nicht den gesamten Wohnungsbau übertragen will — daran wird kein verständiger Mensch denken —, so muß man doch die Forderung aussprechen, daß sie bei der Wohnungsfürsorge für die arbeitende Klasse und den ihr nahestehenden kleinen Mittelstand die Hauptaufgabe übernimmt. Das ist nicht allein deshalb notwendig, weil die private Bautätigkeit gerade diesen Klassen gegenüber versagt hat, sondern auch deshalb, um einen entscheidenden Einfluß auf die Bewegung der Mietspreise zu gewinnen. Dazu bedarf es aber des kommunalen Wohnungsbaus in einem Umfang, der durch diese Ziele und die Größe der Städte bedingt ist. In Großstädten sollen die Schwierigkeiten eines so umfangreichen kommunalen Wohnungsbaus sicherlich nicht unterschätzt werden; das darf aber die Gemeinden nicht dazu führen überhaupt nicht zu bauen. In Mittelstädten wird es natürlich viel leichter sein den verlangten Einfluß zu gewinnen. Es war daher auch in den Tatsachen begründet, daß der Generalreferent, Oberbürgermeister Wagner-Ulm, als Vorstand einer Mittelstadt den kommunalen Wohnungsbau auf Grund seiner Erfahrungen mit solcher Entschiedenheit in den Vordergrund rückte.

Der Generalreferent faßte die Ergebnisse seiner Praxis in folgenden 5 kurzen Leitsätzen zusammen:

»1. Die Gemeinde ist unter finanzieller Beihilfe des Staats und Einräumung eines Besteuerungsrechts auf den unverdienten Wertzuwachs in erster Linie dazu berufen und imstande die Befriedigung des Wohnungsbedürfnisses der unteren Volksschichten, insbesondere im Sinn der Schaffung des Arbeitereigenhauses, so zu vollziehen, daß das Wohnungswesen in den einzelnen Ländern in planmäßigem Fortschreiten zur Ausgestaltung kommt. Die von ihr erstellten Gebäude müssen der Spekulation dauernd entzogen bleiben.

2. Sofern und soweit die Gemeinde den Regiebau von Kleinwohnungen nicht selbst betreibt, unterstützt sie gemeinnützige Vereine und Baugenossenschaften.

3. Die Gemeinde muß darauf bedacht sein sich Grundeigentum zu verschaffen.

4. Es empfiehlt sich die Übernahme der Verkehrsmittel in kommunale Regie.
5. Die Besteuerung des Konjunkturgewinns im Liegenschaftsverkehr ist ein Vorrecht der Gemeinde.«

Wagner begründete seine Leitsätze vor allem durch die Erfahrungen, die die Stadt Ulm mit dem Wohnungsbau gemacht hatte. Seine mit starkem Nachdruck gemachten Ausführungen fanden in der Diskussion, namentlich des ersten Tags, lebhaften Widerspruch, nicht nur bei Vertretern der Hausbesitzer, die auch auf diesem Wohnungskongreß ihr zeitvergeudendes Metier trieben, sondern auch bei einem so hervorragenden Kommunalpolitiker wie es der Oberbürgermeister von Düsseldorf Marx ist. Um so stärker war dann die Zustimmung am zweiten Tag, an dem die Anhänger der Wohnungsreform zu Wort kamen, wenn schon auch mehrere dieser Redner den kommunalen Wohnungsbau teils ganz ablehnten teils sehr zurückhaltend behandelten. Die Scheu vor dem kommunalen Eigenbau bewies, wie tief diese Wohnungsreformer noch in den Auffassungen des *laisser faire* und der Vorzüglichkeit der privaten Unternehmung befangen waren. Um so wertvoller waren daher die Mitteilungen, die unter anderm Dr. Emerich Ferenczi-Budapest darüber machte, wie diese Stadt nur durch den kommunalen Eigenbau die geradezu erschreckende Wohnungsnot mit Erfolg bekämpft hat und bekämpfen zu können glaubt. Im Februar 1909 sah sich unter dem Druck einer Volksbewegung, in der sich die Verzweiflung der ausgeplünderten Mieterschaft Luft machte, die Stadtverwaltung Budapests gezwungen nicht weniger als 16 Millionen Kronen für den Wohnungsbau zu bewilligen. Bisher sind etwa 2000 kommunale Mietswohnungen fertiggestellt, deren Zahl sich bis zum 1. November 1910 auf 3000 erhöhen wird. Die Bautätigkeit soll in den folgenden Jahren fortgesetzt werden, so daß in 5 Jahren etwa 5000 kommunale Wohnungen und Schlafräume in Ledigenheimen vorhanden sein werden. Außerdem hat der Staat auf einem unmittelbar an die Stadt angrenzenden Gebiet eine Arbeitergartenstadt, Kispest, errichtet, die im ganzen 960 Arbeiterhäuser mit 4200 Wohnungen umfassen soll. Besondere Erwähnung verdient noch der gelungene Versuch der Stadtverwaltung barackenmäßige Kleinhäuser auf teuren Grundstücken der Hauptstadt zu errichten, die zurzeit noch nicht für ihren eigentlichen Zweck ausgenutzt werden. Die Kosten einer 1zimmrigen Wohnung samt Nebenräumen stellen sich in diesen dabei auf 2500 Kronen, der Mietspreis auf 230 Kronen. Sowohl bei den staatlichen wie bei den kommunalen Wohnungsbauten in Budapest herrscht wie auch in Ulm das Kleinhaus vor. Damit ist ein wertvoller praktischer Beweis dafür geliefert, daß bei der Entscheidung der Frage *Großes Mietshaus oder niedrig gebautes Kleinhaus?* auch in den Großstädten, wenigstens in ihren Außenbezirken, das Kleinhaus bevorzugt werden sollte.

Kleinhaus oder Mietskaserne? So war der 3. Punkt der Tagesordnung formuliert, eine Formulierung, die, wie der Generalreferent, Professor Fuchs-Tübingen, in seinem interessanten und durch die Kraft einer starken Überzeugung ausgezeichneten Referat hervorhob, richtiger in der Gegenüberstellung *Kleinhaus und Massenmietshaus* zu formulieren gewesen wäre. Der Streit über die richtigste Hausform für die minderbemittelten Klassen der Bevölkerung der größeren und mittleren Städte ist ja in den letzten Jahren sehr lebhaft gewesen. Es war daher ein glücklicher Griff, daß die Kongreßleitung gerade diesen Punkt auf die Tagesordnung stellte. Wie richtig ihre Wahl gewesen, bewies das besonders große Interesse, das die Kongreßteilnehmer diesen Verhandlungen entgegenbrachten. In Professor Fuchs war auch ein Generalreferent aufgestellt worden, der die Wohnungsverhältnisse der Länder mit Kleinhaus aus eigener Erfahrung kannte und daher besonders geeignet war den Vergleich zwischen der Mietskaserne und dem Kleinhaus zu ziehen. Fuchs bezeichnete es als die Aufgabe der Wohnungsreform das Massenmietshaus in Zukunft ganz vom städtischen Bauland auszuschließen. Im Innern der Städte, abgesehen vom Geschäftszentrum, sollen Bürgerhäuser, also Häuser mit 3 Geschossen und höchstens 6 Wohnungen, im Erweiterungsgelände aber das Kleinhaus wirtschaftlich möglich gemacht und weiter diesem letztern allmählich zur Vorherrschaft verholfen werden. Erfreulicherweise stellte sich in der Diskussion die große Mehrzahl der Redner, die aus den verschiedensten Ländern stammten, mit Entschiedenheit gegen die Mietskaserne und proklamierte das Kleinhaus als die Wohnform, die unsere Kultur auch für die minderbemittelten Klassen unbedingt erfordere. Die Widerspruchslosigkeit,

mit der sich die Anschauung von der alleinigen Berechtigung des Kleinhauses als des normalen Haustyps auf dem internationalen Wohnungskongreß durchsetzte, sollte ihren Eindruck überall da nicht verfehlen, wo man mit der Ausarbeitung oder der Revision von Bauordnungen beschäftigt ist. Um das gesteckte Ziel zu erreichen, bedarf es, wie Professor Mayreder-Wien als zweiter Referent ausführte, einer zweckmäßigen Teilung der bautechnischen Anforderungen für Kleinhäuser und Massenmietshäuser. Die Bauordnungen sollten — das ist die Forderung, die sich aus den Verhandlungen des Wohnungskongresses ergibt — von dem Kleinhaus als dem normalen Haustyp ausgehen und das Massenmietshaus als Ausnahme behandeln. Selbst heute gilt noch die gegensätzliche Auffassung: Die Mehrzahl unserer Bauordnungen betrachtet das Massenmietshaus als das normale Haus; ihre Bestimmungen sind ganz und gar auf seine Bedürfnisse zugeschnitten. Wenn man überhaupt für das Kleinhaus besondere Vorschriften vorsieht, erscheinen diese immer als Ausnahmevorschriften. Das ist ein Beweis dafür, wie wenig man noch die Bedeutung des Kleinhauses für das Problem der Hausung der arbeitenden Klassen erfaßt hat.

× ×

**Buchführung in Regiebetrieben**

Auf dem 43. hannoverschen Städtetag im Juni beschäftigte sich ein Vortrag des Stadtsyndikus Dr. Sempell-Göttingen mit der wichtigen Frage, wie die Buchführung für die städtischen Betriebe in zweckmäßiger Weise anzulegen sei. Die Streitfrage, ob die kameralistische oder die kaufmännische Buchführung für diese Betriebe zweckmäßiger ist, ist eine alte, die von Zeit zu Zeit wiederkehrt und die Gemüter lebhaft bewegt. Der rheinische und der westfälische Städtetag haben sich allerdings auf den Standpunkt gestellt, daß auch für städtische werbende Betriebe, wie Gaswerk, Elektrizitätswerk, Straßenbahn usw., die kameralistische Buchführung der kaufmännischen vorzuziehen sei. Trotzdem hält der Referent die Frage noch für eine offene. Daß die Stellungnahme dieser Städtetage nicht allgemein geteilt wird, zeigen die Verhandlungen in zahlreichen städtischen Verwaltungen über die Frage, ob es nicht zweckmäßiger sei die kaufmännische Buchführung einzuführen. Sempell drückte den Unterschied zwischen den beiden Arten von Buchführung in der folgenden Weise aus: Die kameralistische Buchführung bezweckt eine Abrechnung gegenüber dem Haushaltsplan für ein Rechnungsjahr, die kaufmännische Buchführung dagegen bezweckt eine fortgesetzte Untersuchung und Feststellung des Verkehrswerts eines geschäftlichen Unternehmens; über dessen Stand kann eine kameralistische Abrechnung keinen zuverlässigen Aufschluß geben, weil sie die Anlagekonten der kaufmännischen Buchführung und Bilanz nicht kennt. Der Referent hielt daher auch ein geregeltes Abschreibeverfahren, wie es in jedem kaufmännischen Betrieb üblich ist, auf Grund der kameralistischen Buchführung für undurchführbar und bezeichnete es als einen besondern Mangel der letztern, daß sie den Abschluß nicht mit dem letzten Tag des Geschäftsjahrs vornehme sondern die Bücher noch längere Zeit offen halte, um Geschäftsvorfälle des verflossenen Jahres noch in der Rechnung dieses Jahres nachtragen zu können. Infolgedessen müßten bei der kameralistischen Buchführung zu Beginn des neuen Geschäftsjahrs 2 Rechnungen neben einander geführt werden, und am Jahresschluß fehle es an einem zuverlässigen Überblick über die geschäftlichen Ergebnisse. Um diese Mängel abzustellen, hat man einzelne Grundsätze der kaufmännischen Buchführung übernommen und dadurch zwar Verbesserungen erzielt, aber doch nur einen halben Erfolg erreichen können. Aus diesen Überlegungen heraus verlangte daher Sempell die Einführung der kaufmännischen Buchführung in vollem Umfang. Es sollte daher nach seiner Ansicht alljährlich für die einzelnen städtischen Werke eine Bilanz aufgestellt, und um das tun zu können, sollten Konten über die einzelnen Vermögensbestandteile geführt werden. Die Abschreibungen müssen auf die einzelnen Anlageteile gemacht, und die Beträge für Tilgung von Anleihen aus den Abschreibungen genommen werden. Mit dieser Forderung des Referenten wird man sich kaum einverstanden erklären können. Mit der Vornahme von Abschreibungen wird eine ganz andere Aufgabe erfüllt als sie die Tilgung der Anleihen zu erfüllen hat. Abschreibungen stellen eine Ansammlung von Mitteln dar als Ausgleich für die Wertverminderung der Anlage. Durch die Tilgung der Anleihen dagegen erfolgt eine Akkumulation von Kapital über den Ersatz der Wertverminderung hinaus. Sempell verlangt dann weiter den Abschluß der Bücher am letzten

Tag des Rechnungsjahrs und die Berücksichtigung der noch nicht erledigten Geschäfte in der Bilanz unter Debitoren und Kreditoren. Dagegen wird man ebensowenig etwas einwenden können wie gegen die Forderung in den Haushaltsplan der Stadtkämmerei nicht den zu erwartenden Gewinn des kommenden Geschäftsjahrs sondern den wirklich erzielten Gewinn des verflossenen Geschäftsjahrs einzustellen. In seinem letzten Leitsatz wird dann eine besondere Arbeitsteilung zwischen den Verwaltungskommissionen der Betriebe und den städtischen Kollegien verlangt. Die ersteren sollen auf Grund einer weitgehenden Vollmacht die laufende Verwaltung führen, die städtischen Kollegien dagegen sich nur die Festsetzung der Beamtengehälter und der Tarife, die Beschlußfassung über die Verwendung der Überschüsse und die Bewilligung der Mittel für außerordentliche Erweiterungen vorbehalten. Um diese Scheidung der Kompetenzen durchzuführen, bedarf es aber wohl in der Mehrzahl der Einzelstaaten einer Abänderung der Gemeindeordnung. Daß diese unter dem Gesichtspunkt der Betriebsführung städtischer Werke vollständig veraltet sind, habe ich bereits vor mehreren Jahren in meinem Buch über *Arbeiterpolitik und Wirtschaftspflege* eingehend auseinandergesetzt. Es ist erfreulich, daß diese Auffassung nicht nur von dem Referenten sondern auch von mehreren Diskussionsrednern, darunter dem Stadtdirektor Tramm-Hannover, geteilt wurde. Der Geschäftsbetrieb muß von den Fesseln des Bureaukratismus frei gemacht werden: in diese Forderung klangen die Verhandlungen des Städtetags aus.

×

**Kurze Chronik** Die Zweite hessische Kammer erledigte den Gemeindesteuergesetzentwurf, durch den das veraltete Gemeindesteuersystem auf eine neue Basis gestellt wird. × Die deutschen Gemeinden mit weniger als 25 000 Einwohnern, die im Städtetag nicht vertreten sind, haben sich zu einem *Reichsverband deutscher Städte* zusammengeschlossen, um wichtige Arbeiten der kommenden Jahre durchzuführen. Es soll der Sparkassengiroverband, der zurzeit nur in Sachsen besteht, über ganz Deutschland ausgedehnt, auch sollen Erhebungen wegen Schaffung eines Zentralinstituts für Kommunalkredit angestellt werden. Der Verband richtet eine Geschäftsstelle ein, deren Aufgaben ähnliche wie die der *Zentralstelle des deutschen Städtetags* sind. × Der Landesvorstand der bayrischen Sozialdemokratie hat den Entwurf eines Gemeindeprogramms veröffentlicht. × Die Stadt Mülheim an der Ruhr hat einen Vertrag mit der *Friedrich-Wilhelms-Hütte* wegen Gaslieferung auf 25 Jahre abgeschlossen. Das städtische Gaswerk wird stillgelegt. × Der 33. deutsche Fleischerverbandstag hat in einer Resolution dagegen protestiert, daß die Städte den infolge Aufhebung des Fleischoktrois eintretenden Einnahmeausfall durch die Erhöhung der Schlachtgebühren ausgleichen; er verlangt eine Abänderung des Kommunalabgabengesetzes dahin, daß die Gebühren für die Untersuchung des Fleisches wie für die Schlachthausbenutzung nur die Unterhaltungs- und Betriebskosten sowie den Aufwand für Verzinsung und 14prozentige Amortisation des Anlagekapitals decken dürfen.

× ×

**Literatur** Das Buch H. Schmidts *Citybildung und Bevölkerungsverteilung in Großstädten* /München, Reinhardt/ ist das Bruchstück einer größern Arbeit über das Wachstum der Großstädte im 19. Jahrhundert. Der Verfasser behandelt zunächst die verschiedenen Methoden, wie die Zahl der Bevölkerung in Verbindung zu dem Gebiet, auf dem sie lebt, gesetzt werden kann. Für seine Untersuchung hat er die Einteilung nach Bezirken zugrunde gelegt und als Anfang der Citybildung das erste Zähljahr angenommen, das auf das erreichte Bevölkerungsmaximum folgt. In selbständigen Skizzen werden dann London, Paris und Berlin und 6 deutsche Großstädte, Hamburg-Altona, Breslau, Dresden, Leipzig, München und Frankfurt am Main, behandelt. Ein Schlußkapitel faßt die Ergebnisse der Untersuchung zusammen. Die Schrift ist ein lesenswerter Beitrag zu den Untersuchungen über die Bevölkerungsbewegung der Großstädte. × Der Vortrag, den Graf Posadowsky im *Bayrischen Landesverband für Wohnungsförderung* gehalten hat, ist unter dem Titel *Die Wohnungsfrage als Kulturproblem* /München, Reinhardt/ erschienen. In knappen Zügen werden die Haupttatsachen der Wohnungsfrage vorgeführt, und von den Städten wird eine kräftige Grundstücks- und Wohnungspolitik verlangt. Graf Posadowsky spricht sich dabei für die gesetzliche Weiterentwickelung des Erbbaurechts

aus und sieht auch in der realen Teilung eines Bauwerks, wie sie in Frankreich gesetzlich möglich ist, ein Mittel auch dort, wo das große Haus vorherrscht, die weniger besitzenden Volksteile in den Besitz einer gegen willkürliche Mietssteigerungen und Kündigung gesicherten Wohnung zu setzen. × Die Broschüre *Kommunale Arbeitslosenfürsorge* von F. Zietsch /Berlin *Vorwärts*/ ist eine brauchbare erste Einführung in das so schwierige Gebiet der kommunalen Arbeitslosenfürsorge. Der Verfasser beschränkt sich darauf die Haupttatsachen des Problems darzustellen, wobei dann allerdings die Darstellung der Schwierigkeiten, mit denen die Einführung einer Arbeitslosenversicherung, mag sie nun auf der Grundlage der kommunalen oder der staatlichen Verwaltung erfolgen, immer zu kämpfen haben wird, etwas zu kurz wegkommt. Der darstellende Teil gibt einen ausreichenden, wenn auch nicht vollständigen Überblick über das, was bisher im In- und Ausland von den Kommunen geleistet worden ist. In einem Anhang ist die Arbeitslosenversicherungsordnung der Stadt Straßburg, das Reglement des interkommunalen Arbeitslosenfonds für Brüssel und Vororte und das Gesetz über anerkannte Arbeitslosenkassen in Dänemark abgedruckt.

## Frauenbewegung / Wally Zepler

**Sozialdemokratische Frauenorganisation** Seit mehr als einem Jahr besteht nun die neue Form der sozialdemokratischen Frauenorganisation, und so wäre es an der Zeit sich ihre Wirkungen auf das politische Leben unter der weiblichen Arbeiterschaft zu vergegenwärtigen. Leider liegen noch keinerlei Angaben über die jetzige Zahl der weiblichen Parteimitglieder in ganz Deutschland vor, und auch für eine einigermaßen zutreffende Schätzung fehlen vorläufig alle Anhaltspunkte. Eine Zählung wird beabsichtigt. Daß sie überraschende Resultate bringen wird, ist kaum anzunehmen. Wohl herrschte bei besonderen Anlässen, so in der preußischen Wahlrechtsbewegung, eine lebhafte Mitbeteiligung der Arbeiterinnen an den politischen Kundgebungen; ebenso fanden in diesem oder jenem Kreis bei Gelegenheit einzelner gelungener Agitationstouren zahlreichere Aufnahmen in die Partei statt; im großen ganzen jedoch kann von einem starken Anschwellen des politischen Interesses unter der weiblichen Arbeiterschaft durch den neuen Modus kaum die Rede sein. In etwas veränderter Gestalt ging alles seinen alten Lauf. Hin und wieder einmal eine Frauenversammlung, Diskussions- und Leseabende usw., aber wenig frisches, neues Leben, wenig junge Kräfte vor allem, die in der Frauenagitation so dringend wie irgend möglich zu brauchen wären. Diese Tatsache mag auf verschiedene Ursachen zurückzuführen sein. Zunächst auf die in der bürgerlichen wie in der sozialdemokratischen Frauenbewegung gleich allgemein geltende: die immer noch vorhandene, unendlich schwer besiegbare Gleichgültigkeit weiterer Frauenkreise gegenüber öffentlichen Interessen. Aber dies einmal vorausgesetzt, liegen die mangelhaften Resultate der Agitation im weiblichen Proletariat doch vielleicht auch stark in inneren Ursachen, das heißt in Unvollkommenheiten und Fehlern der Agitationsführung selbst.

Eine Differenz, die in den letzten Monaten einige der leitenden Genossinnen entzweite, bot Gelegenheit zu manchen Beobachtungen nach dieser Richtung hin. Es handelte sich um die in der *Gleichheit* sehr breit und von vielen Seiten diskutierte Frage, ob dieses Jahr vor dem Parteitag die seit 1900 regelmäßig alle 2 Jahre einberufene Frauenkonferenz stattfinden solle, oder ob sie, wie der Parteivorstand nach eingehender Beratung mit führenden Genossinnen wünschte, in Rücksicht auf die diesjährige internationale Frauenkonferenz wie auf die Vorbereitung zu den nächsten Reichstagswahlen bis 1911 verschoben werden solle. Genossin Zetkin hauptsächlich und eine Reihe ihrer speziellen Anhängerinnen trat dafür ein, daß der regelmäßige Turnus innegehalten werde, das Frauenbureau, also die Genossinnen Baader und Zietz, sowie verschiedene andere standen auf der Seite der Parteivorstandsentscheidung, die denn auch endgültig bestehen blieb. Nun ist aber das Eigenartige an diesem teilweise in recht scharfen Formen geführten Kampf, daß für den einigermaßen objektiven Beobachter in den für und wider geschriebenen spaltenlangen *Gleichheits*artikeln eigentlich so gut wie gar keine sachliche Meinungsverschiedenheit zu erkennen war. Man konnte sich vielmehr dem Eindruck nicht ganz verschließen, als handle es sich vorwiegend darum, wer von den beiden Parteien in einer an sich gleichgültigen Sache recht behält. Irgendwelche ausschlaggebenden Gründe für die Notwendigkeit der

Konferenz in diesem oder im nächsten Jahr wurden von keiner Seite angeführt. Sie konnten auch schwerlich angeführt werden; denn notwendig oder wichtig etwa zur Diskussion bestimmter Fragen oder zur Vorberatung bestimmter Parteitagsbeschlüsse sind unsere Frauenkonferenzen wirklich in den letzten Jahren nie gewesen, sie können in ihrer jetzigen Form es auch nicht sein.

Schon meine Vorgängerin in der Bearbeitung dieser Rundschau, Henriette Fürth, wies hier in der Besprechung der Konferenz von 1906 darauf hin, und ich konnte mich ihr in dem Urteil über die Konferenz von 1908 nur anschließen, daß wenig praktisch wertvolle Arbeit dort geleistet, das heißt so gut wie keine Direktiven für eine zweckmäßige Agitation gegeben oder strittige Fragen durch allseitige Diskussion geklärt zu werden pflegen. Die aktive Tätigkeit der meisten Konferenzteilnehmerinnen erschöpft sich vielmehr gewöhnlich in den Beifallskundgebungen für diejenigen Genossinnen, die die Referate halten, und zwar meist Referate über Probleme, über die in der Partei längst kein Meinungsaustausch mehr nötig ist. Nach dem Referat über die Schulfrage auf der Konferenz von 1904 sagte die Vorsitzende: »Es ist nicht unsere Absicht mit der Behandlung der Schulfrage dem Parteitag vorzugreifen. Deshalb hat Frau Zetkin auch unterlassen uns eine Resolution zu unterbreiten. Nur die Richtlinien unserer Anschauungen sollten hier vorgetragen werden, um den Genossinnen die fruchtbare Teilnahme an der Parteidiskussion über die Schulfrage zu ermöglichen.« Eine derartige Auffassung macht jeden realen Nutzen dieser Zusammenkünfte völlig illusorisch. Konferenzen müssen bei ihren Teilnehmern notwendig bereits die Kenntnis aller einschlägigen Tatsachen voraussetzen; sie sollen nicht Unterrichts- oder Vortragskurse zur Belehrung der Mitglieder veranstalten sondern den selbst unterrichteten und in der Agitation arbeitenden Genossen Gelegenheit zum Austausch etwa differierender Meinungen und dadurch die besten Direktiven zur Weiterarbeit geben. Freilich, um diesem einzig vernünftigen Zweck zu dienen, müßten die Konferenzen alle die Kräfte vereinigen, die selber etwas zu sagen haben, nicht aber — wie dies leider in den letzten Jahren durchgängig der Fall war — eine Art Publikum darstellen, das für die an sich recht schönen Referate der paar tonangebenden Genossinnen unter allen Umständen stürmischen Beifall bereithält. Das muß, so unangenehm es klingen mag, unbedingt einmal ausgesprochen werden. Man wird mir erwidern, es sei ja bei den Wahlen zu den Konferenzen stets alles ordnungsmäßig zugegangen, für die Resultate dieser Wahlen könne also niemand verantwortlich gemacht werden. Formell ist dies sicherlich richtig. Jeder in unsere Bewegung Eingeweihte kennt indessen die Zusammenhänge. Wenn auf sämtlichen Konferenzen in den letzten Jahren eine Reihe der tüchtigsten und tätigsten Agitatorinnen fehlten, vor allem schon alle diejenigen, die an erster Stelle die gwerkschaftliche Aufklärungsarbeit geleistet haben, so beruhte dies auf dem scharfen persönlichen Gegensatz, der sich seit langem zwischen den leitenden Stellen und allen den Genossinnen herausgebildet hat, die in den Verdacht gerieten etwa irgendwo und irgendwann selbständige Meinungen zu bekunden. Sie wurden aus der politischen Tätigkeit langsam zurückgedrängt, damit des Einflusses auf weitere Kreise beraubt, und so konnte von ihrer Wahl zu Konferenzen und Parteitagen keine Rede sein. Heute spricht Genossin Zetkin in der *Gleichheits*kontroverse von dem »berühmten *Untertanenverstand,* der nur kauen und denken läßt, was von der vorgesetzten Obrigkeit vorgekaut und vorgedacht ward«, und sie sagt: »Vielleicht blättert Genossin Baader einmal die Parteigeschichte im allgemeinen und die der Frauenbewegung im besondern danach durch, welche Diskussionen über strittige Fragen erst auf Grund eines Bewilligungsscheins von oben stattgefunden haben.« Vielleicht sollte sie solche Vorwürfe auch gegen sich selber erheben. Heute drängt man sich um die Mitarbeit der gewerkschaftlich tätigen Genossinnen. Man hat reichlich lange zu der Erkenntnis gebraucht, daß deren Mitwirkung bei der Aufklärungsarbeit im weiblichen Proletariat unumgänglich notwendig ist.

Ich sage alles dieses nicht, um nachträglich zwecklose Vorwürfe zu erheben oder gar unnütze persönliche Diskussionen wachzurufen, sondern um auf Fehler hinzuweisen, die sich in Zukunft sehr wohl bessern ließen. Wenn trotz aller formellen Gleichstellung der Geschlechter auch seitens der Parteigenossen die Bedeutung der Aufklärungsarbeit unter den Frauen noch immer recht stark verkannt wird, so liegt dies gewiß nicht zuletzt daran, daß die Genossinnen selbst

sich nicht das genügende Ansehen zu erobern, der männlichen gleichwertige Agitationsarbeit im ganzen noch nicht zu leisten verstanden. Es ist eine der ernstesten Aufgaben unserer Frauenbewegung den alten Schlendrian einmal abzuschütteln und einen Stamm selbständiger, selbstdenkender Genossinnen heranzubilden, die die Agitation für unsere Ideen weiter zu tragen fähig sind. Mittel und Wege dazu zu beraten, Direktiven nach dieser Richtung aufzustellen, dies wäre zum Beispiel, wie Genossin Grünberg auch in der *Gleichheit* hervorhob, einer der wichtigsten Zwecke der Frauenkonferenzen. Solcher Mittel und Wege, die bisher nie versucht worden sind, gäbe es so manche.

Auch die offizielle Stellungnahme der Genossinnen zur bürgerlichen Frauenbewegung bedürfte meiner Ansicht nach dringend einer erneuten Prüfung. Man braucht nicht des Glaubens zu sein, daß bei den Bürgerlichen sehr vieles schöner oder besser wäre als bei uns, oder zu meinen, eine bürgerliche Frau, die die Arbeiterbewegung in ihrer Bedeutung erfaßt hat, ließe sich durch den Ton unserer Presse und unserer Versammlungen von der Mitarbeit in unseren Reihen zurückschrecken. Aber einen tiefern Grund muß es dennoch haben, daß so gar keine Mitstreiterinnen aus bürgerlichen Kreisen, die wir doch ihrer geistigen Ausbildung wegen dringend brauchen, im letzten Jahrzehnt zu uns gekommen sind. Wird der voll entwickelte Mensch sich auch nicht von äußeren Fehlern und Unvollkommenheiten abstoßen lassen, so ist doch der Geist und die Höhe der Auffassung, die in der Bewegung herrschen, sehr wohl für ihre ideale Anziehungskraft auf zahlreiche jüngere bürgerliche Elemente maßgebend. Auch zeugt es schließlich weder von historischer Gerechtigkeit noch von politischer Klugheit jede öffentliche Betätigung *bürgerlicher* Frauen, wie es bei uns üblich ist, in Bausch und Bogen als minderwertig zu verdammen.

Es versteht sich, daß eine Reihe anderer, speziell für das proletarische Frauenleben bedeutungsvoller Probleme, wie schon bisher, auf den Konferenzen vorberaten werden müssen. Wird dies künftig von allen Seiten in genügend sachkundiger Weise geschehen, so werden sich diese Frauenzusammenkünfte in der Partei auch eine Stellung erobern.

**Rußland: Prostitutionsbekämpfung** Im Mai tagte ein Kongreß zur Bekämpfung der Prostitution, der von der *Gesellschaft zur Bekämpfung der Prostitution* — deren Mitglieder fast durchweg der Bourgeoisie angehören — einberufen, auch von zahlreichen Arbeiterdelegierten beschickt war, die sich lebhaft an den Verhandlungen beteiligten. Die Stellungnahme des Kongresses zeugte im allgemeinen von sehr erfreulichem sozialen Verständnis. In der Auffassung der Prostitutionsfrage seitens der bürgerlichen und der proletarischen Teilnehmer bestand kaum ein prinzipieller Unterschied. Das kam bereits in der Programmrede des *Duma*abgeordneten von Anrep, eines gemäßigten Konstitutionellen, zum Ausdruck. Er betonte: »Die Prostitution wurzelt in den elenden sozialen und ökonomischen Verhältnissen Rußlands, und mit der Beseitigung der elenden Zustände werden wir auch die geeigneten Mittel und Wege zur Bekämpfung der Prostitution finden . . . Als solche Mittel kommen in Betracht: ausgedehnteste Volksbildung, Hebung der wirtschaftlichen Kräfte der Bevölkerung, Hebung der materiellen und rechtlichen Lage der Arbeiter, Gewährung der Koalitions- und Organisationsrechte für die Gewerkschaften und ihre Unterstützung seitens der Regierung, schließlich die Gleichberechtigung der Frau. Die Aufgabe des Kongresses ist nicht nur die Ursachen der Prostitution zu ergründen sondern auch die Mittel zu ihrer Bekämpfung zu finden.«

Die Moskauer organisierten Arbeiter, deren Hauptsprecher der Sozialdemokrat Pawlow war, hatten vor dem Kongreß mehrere Enqueten über die Lage der Arbeiterinnen und die Verbreitung der Prostitution unter ihnen veranstaltet, um Tatsachenmaterial zur Begründung ihrer Anschauungen zur Hand zu haben. Mehr als 17 000 Fragebogen waren verbreitet worden. Pawlow schilderte in seinem Referat über die Lage der Arbeiterinnen in den Druckereien das Elend dieser Proletarierinnen, das sie zur Prostitution zwinge, und forderte mit anderen Arbeiterdelegierten eine wirksame Arbeiterschutzgesetzgebung als bestes Vorbeugungsmittel. Als er auch von einer internationalen Vereinigung aller Arbeiter- und Gewerkschaftsorganisationen sprach, protestierte der anwesende Vizedirektor des Polizeidepartements und bezeichnete diese Forderung als politisch. Als in einer Sektionssitzung dann die gleiche Forderung in

einer Rede der Arbeiterin Iwanow wiederholt wurde, schloß der Polizeikommissar die Sitzung.

Den erschütternden Eindruck furchtbarster Lebenswahrheit macht eine von 163 Prostituierten an den Kongreß gerichtete Petition, in der diese Unglücklichen eine in ihrer naiven Schlichtheit um so schneidendere Klage darüber erheben, daß man sie schutzlos der syphilitischen Ansteckung durch kranke Männer überliefere. Professor Bechterew gab in seinem Referat an, daß in Petersburg 50 000 Prostituierte bei einer Einwohnerzahl von 1 400 000 existierten, und daß 25 % der venerisch erkrankten Männer der Studentenschaft, 23 % dem Militär und 13 % den Gymnasiasten angehörten.

×

**KurzeChronik** In Norwegen ist ein Gesetzentwurf angenommen, der den Frauen an Stelle des bisher für sie geltenden Zensuswahlrechts das allgemeine aktive und passive kommunale Wahlrecht sichert. × Nachdem in England am 14. Juni das Unterhaus, wie schon wiederholt, eine von der Arbeiterpartei eingebrachte Vorlage angenommen hat, die den Frauen das aktive politische Wahlrecht gewährt, wurde jetzt auf Grund von Verhandlungen zwischen den Stimmrechtsführerinnen und den Parlamentariern die Einbringung eines Gesetzentwurfs beschlossen, der das politische Wahlrecht allen Frauen gibt, die bereits das Wahlrecht zu den Gemeinde- und Grafschaftsräten besitzen. × Vom preußischen Abgeordnetenhaus forderte eine Petition des *Schlesischen Frauenverbands* die Einführung des kommunalen Stimmrechts für Frauen, eine zweite Petition des *Schlesischen Vereins für Frauenstimmrecht* die selbständige Ausübung des Gemeindewahlrechts durch die grundbesitzenden Frauen. Beide Petitionen wurden der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen. × Das aktive und passive Frauenwahlrecht zur württembergischen Landwirtschaftskammer soll eingeführt werden. × Im 90. Lebensjahr starb in Hastings Elizabeth Blackwell, die erste Vorkämpferin für das medizinische Studium der Frauen im 19. Jahrhundert. Mit unerschütterlicher Energie hat sie allen Anfeindungen und Torheiten getrotzt, denen Jahrzehnte lang ihr Bemühen begegnete. Die Geschichte dieses Kampfs und ihres Studiums und Berufs legte sie in einem biographischen Werk nieder (*Pioneer work in opening the medical profession to women* /London, Longmans/). × In Wien starb die Vorsitzende des *Allgemeinen österreichischen Frauenvereins* und die Herausgeberin seines Organs Auguste Fickert. Sie war eine der markantesten und konsequentest denkenden Vertreterinnen der österreichischen Frauenbewegung. × Die Organisatorin der weiblichen Krankenpflege Florence Nightingale feierte am 19. Mai ihren 90. Geburtstag.

×

**Literatur** Welche Bedeutung die modernen Probleme der Frauenemanzipation für die gesamte Öffentlichkeit gewonnen haben, sieht man vielleicht am besten aus der fortdauernd anschwellenden konfessionellen Literatur über die Frauenfrage. Auch den kirchlichen Gemeinschaften, die sich jeder Frauenforderung gegenüber durchgängig ablehnend verhielten, bleibt jetzt nur übrig sich irgendwie damit auseinanderzusetzen, mitzugehen, soweit dies unumgänglich notwendig geworden ist, und dabei die von ihnen verkündete Weltanschauung durch Aufstellung angeblich unüberschreitbarer Grenzlinien zu retten. Am markantesten tritt dieses Bestreben bei den Katholiken hervor, klar genug auch bei den Evangelischen. Von Viktor Cathrein erschien in einer 3., gänzlich umgearbeiteten Auflage das Buch *Die Frauenfrage* /Freiburg, Herder/. Als Ursache der Frauenfrage gilt ihm neben der wirtschaftlichen Entwickelung die »geistige Anarchie«, die weite Kreise, besonders auch im weiblichen Geschlecht, ergriffen haben soll. Für ihn ist die Ehe die gottgewollte Bestimmung des Weibes, und alles, was sich dieser Anschauung entgegenstemmt, ein Zeichen dafür, »daß wir einem Abgrund entgegentreiben«. Neben Bebels *Frau* haben es übrigens dem Verfasser die Diskussionsartikel über die Frauenfrage, die in den *Sozialistischen Monatsheften* veröffentlicht wurden, ganz besonders angetan. Er führt zahlreiche Stellen daraus an, um dann zu schließen: »Die christlichen Leser und Leserinnen, an die ich mich wende, werden gewiß nicht von mir eine eingehende Widerlegung solcher groben sittlichen Verirrungen erwarten, die selbst von den Heiden verabscheut wurden.« Nun, eine Erwiderung von seiten solch sittlich verirrter Geschöpfe dürfte da ja für Herrn Cathrein be-

langlos sein. In dem, was nun einmal schon unumstößliche Tatsache geworden ist, wie die Zulassung der Frauen zur akademischen Bildung, verfährt Herr Cathrein nach dem in der katholischen Kirche stets betätigten Prinzip: Er billigt, was nicht mehr zu ändern ist und will nur den eventuell verderblichen Folgen durch sehr viel Religionsunterricht in der höhern Mädchenschule steuern. Bei dem Frauenstimmrecht betont er, daß es sich da nicht um ein katholisches Dogma handeln könne, da die Kirche in dieser Frage noch keine definitive Entscheidung getroffen habe; er selbst hat die größten Bedenken gegen die politische Emanzipation der Frau, von der er einen Einbruch in die eheliche Unterordnung der Frau befürchtet. × *Die gewerbliche Arbeiterinnenfrage* von Dr. Anton Retzbach /München, *Verband süddeutscher katholischer Arbeitervereine/* bildet eine Ergänzung zu dem Cathreinschen Buch. Die Schrift läßt sich weniger auf religiös-philosophische Theorieen ein sondern gibt eine ziemlich eingehende Darstellung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiterinnen wie eine Kritik der sozialen Gesetzgebung und des Arbeiterinnenschutzes in Deutschland und im Ausland, um endlich Mittel und Wege der Reform zu besprechen. Der Verfasser wünscht den Ausschluß der verheirateten Frauen aus der Fabrik, wendet sich, wie der *Katholische Frauenbund*, gegen eine allgemeine staatliche Mutterschaftsversicherung, »weil durch eine solche Versicherung die Stellung der unehelichen Mutter derjenigen der ehelichen in der Gesellschaft vollständig gleich gemacht werden soll«, kämpft aber im übrigen für weitgehende Sozialpolitik und ebenso für gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterinnen, natürlich in christlichen Gewerkschaften. Was den Sozialismus anlangt, so polemisiert er direkt gegen Cathrein, der den Sozialismus für unvereinbar mit dem Christentum hält. Er meint: »Das wesentliche am Sozialismus ist das Gesellschaftseigentum an den Produktionsmitteln; die materialistische Geschichtsauffassung und die sich daraus ergebenden Konsequenzen sind ihm nicht wesentlich. Man kann sich die Vergesellschaftung der Produktionsmittel als eine nach und nach oder plötzlich mit Absicht herbeigeführte Einwirkung denken. Nach meiner Ansicht widerspricht dieser Sozialismus nicht unter allen Umständen dem Christentum.« × Die Stellung der Evangelischen zur Frauen- und Arbeiterinnenfrage ist aus dem *Handbuch zur Frauenfrage* ersichtlich, das Paula Mueller, die Vorsitzende des *Evangelischen Frauenbunds* im Auftrag des Bundesvorstands herausgegeben hat /Berlin, Runge/. Die Bestrebungen des Bundes, der ja seit einiger Zeit dem *Bund deutscher Frauenvereine* angeschlossen ist, unterscheiden sich von denen der bürgerlichen Frauenbewegung nur in den bekannten Punkten. Paula Mueller verlangt das aktive und passive Wahlrecht der Frauen zwar für alle Vertretungen bestimmter Berufsinteressen (Kaufmanns-, Gewerbegerichte etc.) sowie für Kirche und Kommunen, lehnt aber das politische Stimmrecht ab, »weil dieses die staatsfeindlichen Parteien stärken würde«. Sie fügt allerdings hinzu, die Meinungen darüber könnten auch unter den evangelischen Frauen gewiß geteilte sein. Ebenso nimmt der Bund Stellung gegen die Bestrebungen des *Bundes für Mutterschutz*. So bleiben schließlich die Eheanschauungen die einzige deutliche Trennungslinie, die die kirchlich gesinnten Frauen von den anderen scheidet. Die weitere Entwickelung dürfte auch in diesen letzten Zufluchtsort des Konservatismus mehr und mehr Bresche legen.

## WISSENSCHAFT

### Naturwissenschaften / Bruno Borchardt

**Koch †** Am 17. Mai starb Robert Koch in Baden-Baden in noch nicht vollendetem 67. Lebensjahr. Koch wurde am 11. Dezember 1843 in Klausthal geboren. Er studierte in Göttingen in den Jahren 1862 bis 1866 und ließ sich dann als Arzt in Langenhagen bei Hannover und bald darauf in dem kleinen Städtchen Rakwitz im Kreis Bomst im preußischen Regierungsbezirk Posen, einem kleinen Örtchen von etwa 2000 Einwohnern nieder. Nach einigen Jahren erhielt er die Stelle als Physikus in Wollstein. Dieses Städtchen war zwar etwas größer als Rakwitz, aber doch auch nur ein Nest von noch nicht 3000 Einwohnern, also eine kleine Provinzstadt, fern von den Zentralpunkten wissenschaftlichen Forschens und Lebens. Trotzdem hat Koch hier, von Berufs- und Amtsgeschäften stark in Anspruch genommen, seine bahnbrechenden bakterioskopischen Arbeiten über Wundfieber, Septichämie und Milzbrand unternommen, die in der wissenschaftlichen Welt Aufsehen erregten und seine Berufung zum ordentlichen Mitglied in das

Reichsgesundheitsamt in Berlin im Jahr 1880 veranlaßten. Durch seine Verbesserungen der mikroskopischen Technik und der Färbemethoden mikroskopischer Objekte gelangte er 1882 zur Entdeckung der Tuberkelbazillen, die er auch außerhalb des tierischen Körpers züchtete und als ausschließliche Ursache der Tuberkulose nachwies. Im folgenden Jahr wurde er zum Leiter der deutschen Choleraexpedition ernannt, die nach Ägypten und Indien entsandt wurde. Hier entdeckte er den Cholerabazillus (Kommabazillus), eine Tat, die das Deutsche Reich durch eine Dotation von 100 000 Mark ehrte. 1885 wurde Koch zum Professor an der Berliner Universität und zum Direktor des neugegründeten hygienischen Instituts ernannt, 1891 zum Direktor des ebenfalls neugegründeten Instituts für Infektionskrankheiten. Ein Jahr vorher hatte er das Tuberkulin erfunden, ein Glycerinextrakt sterilisierter Reinkulturen von Tuberkelbazillen, dessen subkutane Einspritzung bei Gesunden völlig harmlos bleiben, bei Tuberkulösen Fieber und andere Krankheitserscheinungen hervorrufen sollte, in deren Verlauf das von Tuberkelbazillen ergriffene lebende Gewebe abstarb und ausgestoßen wurde. Dieses Mittel wurde mit den überschwänglichsten Erwartungen aufgenommen; der preußische Kultusminister von Goßler verkündete im Parlament bereits das Ende der Lungenschwindsucht. Als diese überschwänglichen Hoffnungen sich nicht erfüllten, als sich herausstellte, daß Tuberkulineinspritzung keineswegs stets zur Heilung führt, und daß sie unter Umständen sogar nicht ungefährlich ist, schlug die Stimmung des Publikums von der höchsten Begeisterung in ihr Gegenteil um, und zu jener Zeit konnte man Urteile über Koch hören, als ob er der erste beste Charlatan sei. Aber bald griff wieder eine gerechtere Würdigung Platz. Auch hat sich das Tuberkulin, an dessen Verbesserung Koch eifrig weiterarbeitete — 1897 trat er mit einem neuen Tuberkulin hervor —, bei der Behandlung der Tuberkulose einen dauernden Platz errungen. Kochs Bedeutung wurde auch im Ausland anerkannt; 1896 wurde er von der Kapregierung nach Kapstadt zum Studium der Rinderpest eingeladen. Er folgte diesem Ruf, und es gelang ihm ein brauchbares Schutzimpfungsverfahren gegen diese Seuche zu finden. 1897 war Koch Führer der deutschen Pestkommission, die nach Bombay und im Anschluß daran nach Ostafrika gesandt wurde. Dort machte er auch Studien über Texasfieber und Malaria. 1899 war er Leiter der deutschen Malariaexpedition auf ihrer Forschungsreise nach Niederländisch Indien und Deutsch Guinea. Ebenso leitete er einige Jahre später die vom Deutschen Reich veranstaltete Expedition nach Ostafrika zur Erforschung der Schlafkrankheit. Die Früchte der hierbei angestellten Untersuchungen über das Wesen, die Verbreitung und die Bekämpfung der Malaria und der Schlafkrankheit reihen sich den früheren Arbeiten Kochs ebenbürtig an.

×

**Venus**

Von allen Himmelskörpern, von denen wir Kunde haben, ist keiner unserer Erde so ähnlich wie der prachtvolle Morgen- und Abendstern, die Venus. In seiner Größe, seiner Masse, seiner Dichtigkeit und Schwere stimmt dieser Planet mit den entsprechenden Größen der Erde so nahe überein, daß man die Venus geradezu als Zwillingsschwester der Erde bezeichnet hat. Es kommt noch hinzu, daß auch die Beleuchtungsverhältnisse der Venus unter allen Planeten denen der Erde am nächsten stehen. Während unser anderer Nachbarplanet, der Mars, sich in einer verhältnismäßig lang gestreckten Ellipse um die Sonne bewegt, beschreibt die Venus wie die Erde eine fast kreisförmige Bahn. Freilich beträgt ihre Entfernung von der Sonne nur etwa ¾ von derjenigen der Erde, so daß die Sonne auf ihr eine fast doppelt so starke Kraft entwickelt wie bei uns, aber diese strahlende Kraft wird sehr erheblich durch die dichte Atmosphäre gemildert, von der sich die Venus umgeben zeigt. Diese dichte Atmosphäre ist auch der Grund, warum wir von dieser uns so ähnlichen und so nahen Welt doch so überaus wenig wissen, viel weniger als von dem erheblich weiter entfernten Mars. Obwohl uns die Venus in ihrer Erdnähe bis auf 40 Millionen Kilometer nahe kommt — Mars bleibt fast doppelt so weit von uns entfernt —, erkennen wir auf der Oberfläche der Venus so gut wie gar keine Einzelheiten. Allerdings sind von mehreren Beobachtern eine Anzahl rundlicher Flecke auf ihr gesehen, die ihre Lage gegen einander beizubehalten scheinen, und auf Grund deren sogar Karten des Planeten entworfen sind, und Lowell hat in den letzten Jahren Venuszeichnungen mit geradlinigen, kanalartigen Streifen veröffentlicht; doch konnten diese Streifen auf anderen

Sternwarten bisher nicht bestätigt werden und werden von den meisten Kritikern als durch Sinnestäuschungen hervorgebracht angesehen. Auch ist es schon vor 12 Jahren durch Villiger sehr wahrscheinlich gemacht, daß der größte Teil der auf der Venus beobachteten hellen und dunklen Flecke durch Kontrastwirkungen zustande kommt und auf physiologisch optischen Ursachen beruht. Danach wäre die Unveränderlichkeit der Venusflecken während mehrerer Tage selbstverständlich, und erst ein sehr genaues Studium des Einflusses der Kontrastwirkungen auf das Sehen kann dazu führen die jedenfalls sehr schwachen reellen Gebilde von den durch physiologische Wirkungen vorgetäuschten zu trennen.

Mit dieser Annahme fallen auch die Angaben, die man über die Rotationsdauer der Venus aus den Beobachtungen dieser Flecke gemacht hat, in sich zusammen. Schon in der Mitte des 17. Jahrhunderts berechnete Cassini diese Umdrehungszeit aus seinen Beobachtungen der Venusflecke zu 23 bis 24 Stunden, und bis 1890 nahm man ganz allgemein für die Venus eine nahezu 24-stündige Rotationsdauer an, was zu ihrer sonstigen Ähnlichkeit mit der Erde recht gut paßte. Aber 1890 verkündete Schiaparelli als überraschendes Ergebnis seiner Untersuchungen aller früheren Beobachtungen und seiner eigenen Feststellungen, daß die Rotation der Venus sehr langsam und in der Weise erfolgt, daß während eines vollen Monats keine Bewegung der Flecken bemerkt werden kann; die Rotation vollzieht sich nach ihm wahrscheinlich in einem Zeitraum von 214,7 Tagen, also in einem Zeitraum, der einem Umlauf der Venus um die Sonne ($224^{7}/_{13}$ Tage) nahezu gleich ist, und um eine Achse, die fast senkrecht auf der Bahnebene steht.

In den seither verflossenen 20 Jahren ist die Venus noch oft recht eingehend beobachtet worden, und die Schlußfolgerungen Schiaparellis sind von einigen Beobachtern bestätigt, von anderen mit großer Entschiedenheit bekämpft worden. Aber die ganze Grundlage des Streits wird hinfällig, wenn, wie gegenwärtig fast allgemein angenommen wird, die dunklen und hellen Flecke im wesentlichen durch Kontrastwirkungen hervorgebracht werden. Man versuchte deshalb die Frage mit Hilfe der spektrographischen Methode zu lösen und die Umdrehungszeit durch die Linienverschiebung nach dem Dopplerschen Prinzip zu bestimmen. Aber auch diese Methode führte zu keinen einwandfreien Ergebnissen, weil wahrscheinlich die Venuswolken sich viel höher erheben als die irdischen und deshalb an der Rotation der Venus nicht vollständig teilnehmen.

Vor kurzem hat nun Clayden in der *Monthly Weather Review* die Frage der Venusrotation von rein meteorologischen Gesichtspunkten aus erörtert. Wäre die Rotationsdauer gleich der Umlaufszeit, so würde der Planet der Sonne stets die selbe Seite zuwenden wie uns der Mond, und diese Seite hätte ewigen Sonnenschein und dauernde Wärmezufuhr von der Sonne aus, die andere Seite der Venusoberfläche wurde in ewiger Nacht und Kälte von über 100° liegen. Infolge des gewaltigen Temperaturunterschieds zwischen den beiden Hemisphären müßte sich in verhältnismäßig kurzer Zeit aller Wasserdampf auf der Nachtseite ansammeln und sich dort in Form einer gewaltigen Gletscherdecke niederschlagen, in der Atmosphäre konnte ein merklicher Teil des Wasserdampfs als Dampf oder Wolken nicht schweben bleiben. Ein Auftauen und ein Fließen in der Eisschicht könnte nur an der Lichtgrenze eintreten, doch würde dieses kaum ausreichen hier mehr als einen schmalen Wolkenkranz hervorzubringen; der größte Teil der beleuchteten Seite müßte jedenfalls unserm Anblick unverschleiert ausgesetzt sein. Der tatsächlich vorhandene schwere Wolkenmantel, der uns verhindert die Oberfläche der Venus zu sehen, steht also im Widerspruch mit der Annahme einer 225tägigen Rotationszeit. Wäre die Rotationsdauer nahezu 24 Stunden wie die der Erde, so würde auch die Atmosphäre der Venus eine ähnliche Gestaltung zeigen müssen wie die unsrige. In der Nähe des Äquators haben wir einen Gürtel aufsteigender Luft und niedrigen Luftdrucks mit Windstillen, und polwärts von den beiden Wendekreisen haben wir 2 Gürtel hohen Luftdrucks. In dem Tropengürtel herrscht große Regelmäßigkeit, in den gemäßigten und wahrscheinlich auch in dem großten Teil der kalten Zonen ist Veränderlichkeit und Unruhe das charakteristische Merkmal. Von außen her gesehen muß unsere Erde mit gürtelförmigen Linien erscheinen. An dem Äquator liegt ein ziemlich breiter hell schimmernder Ring, der auf beiden Seiten von einem schmalen und ziemlich scharfen dunklen Saum eingefaßt ist. An diesen Saum schließen nach den Polen zu wieder etwas hellere Regionen an, durch die der Beobachter nur

ziemlich selten einen Durchblick auf die Erdoberfläche bekommen kann. Eine solche Gürtelung also müßte auch die Venus uns zeigen, wenn ihr Tag eine unserm Tag vergleichbare Länge hätte. Je nach der Neigung der Venusachse würde sich das Zonensystem mehr oder minder regelmäßig oder perspektivisch verzerrt zeigen, aber der Wahrnehmung könnte es schwerlich entgehen. Da man von einer solchen Bänderung an der Venus nichts erkennt, scheint also die Annahme einer kurzen Rotationsdauer der Venus nicht haltbar. Clayden kommt daher zu dem Schluß, daß die Rotationsdauer 20 Tage jedenfalls überschreitet und andrerseits unterhalb eines Werts von 200 Tagen bleibt. Bei einer solchen Annahme lassen sich die Beobachtungen auf der Venus ungezwungen erklären, und zwar nimmt Clayden eine Beobachtungszeit nahe der Umlaufszeit an, die aber immerhin so stark unter ihr bleiben muß, daß das Wasser durch die allgemeine Luftzirkulation noch über die ganze Oberfläche des Planeten verbreitet wird.

× ×

**KurzeChronik** Der Durchgang der Erde durch den Schweif des Halleyschen Kometen am 19. Mai erfolgte, ohne daß irgend eine besondere Erscheinung auf der Erde festgestellt werden konnte, auch nicht solche magnetischer oder elektrischer Natur. × Am 12. Mai starb in London William Huggins im hohen Alter von 86 Jahren. Er war als einer der hervorragendsten Vertreter der Astrophysik bekannt. Von Beginn der sechziger Jahre an wandte er die Spektralanalyse auf die verschiedensten Himmelskörper an und erzielte große Erfolge bei der Beobachtung der Doppelsterne, Nebelflecke und Kometen. × Im Juni wurde in Berlin das vielumstrittene Rudolf Virchowdenkmal durch den Oberbürgermeister enthüllt.

× ×

**Literatur** Eine Schrift Otto Th. Schultz' behandelt *Entwickelung und Untergang des kopernikanischen Weltsystems bei den Alten* /Stuttgart, Verlag *Neue Weltanschauung*/. Als ein Gipfelpunkt der Entwickelung erscheint dem Verfasser die Lehre von der Erdbewegung bei den Pythagoräern, aus der sich nur deshalb das kopernikanische Weltbild nicht ungezwungen entwickelt habe, weil Aristoteles hartnäckiger Gegner der Lehre von der Erdbewegung gewesen sei. Bei dieser Auffassung ist es selbstverständlich, daß Aristarch von Samos, der trotz Aristoteles die Sonne als Zentrum der Erdbewegung lehrte, dem Autor den Höhepunkt der Entwickelung der griechischen Astronomie darstellt, während er Hipparch und noch mehr Ptolemaeus nur als Erscheinungen des Niedergangs auffassen kann. Meines Erachtens leidet das lesbare Büchlein unter dieser Auffassung, die das geozentrische System und seine Ausbildung nicht zu würdigen vermag, ganz erheblich. × Ein katholischer Pfarrer, der — um der Exkommunikation zu entgehen — unter dem Pseudonym *Walter* schreibt, verwirft in einer Schrift *Der vorgeschichtliche Mensch* /Offenburg, Verlag *Modernismus*/ die »mechanische Weltanschauung des evolutionistischen Monismus« und hält es für erwiesen, daß der Mensch unmittelbar aus der Erde geboren sei und sich dann durch Zeugung fortgepflanzt habe. Der Verfasser erbringt dadurch einen Beweis dafür, wie sehr er berechtigt ist bei wissenschaftlichen Fragen aus dem Gebiet der Paläontologie und Biologie mitzusprechen. × Eine Reihe von Monographieen über Darwin hat das letzte Jahr gebracht. Dr. Walther May gibt in der Schrift *Die Ansichten über die Entstehung der Lebewesen* /Leipzig, Barth/ eine anregende Darstellung von Darwins Leben und Lehren und ihrer Verbreitung in den wichtigsten Kulturländern. Ferner sind zwei im Druck erschienene Festreden zum 100. Geburtstag Darwins zu beachten: die von Weismann in Freiburg (*Die Selektionstheorie* /Jena, Gustav Fischer/) und die von Spengel in Gießen (*Charles Darwin* /Jena, Gustav Fischer/). In beiden wird eine kurze und gute Darstellung des Lebens Darwins und des Werdens seines Werks gegeben. Doch werden die Umstände, die zu dem raschen Erfolg der Entwickelungslehre geführt haben, nicht genügend gewertet. Vor allem nicht von Weismann. Weismann sieht den Grund hierfür lediglich in der Aufstellung des Selektionsprinzips und gedenkt mit keinem Wort des vollständigen Umschwungs, den die naturwissenschaftlichen Anschauungen in dem halben Jahrhundert von 1809 bis 1859, von dem Erscheinen von Lamarcks Werk bis zum Erscheinen von Darwins *Entstehung der Arten*, erfahren haben: ich erinnere, um nur eines zu erwähnen, an das Fallenlassen der Lehre von der Lebenskraft.

Gerade über den Umfang der Geltung des Selektionsprinzips sind die Ansichten der Forscher noch keineswegs zu völliger Einheit gekommen. Spengel urteilt über dieses Prinzip weit nüchterner; doch betont auch er, daß es sich als Arbeitshypothese von geradezu unschätzbarem Wert erwiesen habe.

# KUNST

## Dichtkunst / Max Hochdorf

**Blindenbücher** Als der junge, blinde Schriftsteller Oscar Baum seine ersten kleinen Novellen veröffentlichte, konnte ich in dieser Rundschau (1909, 1. Band, pag. 541) mit Freude die Männlichkeit, den Mut des werdenden Schriftstellers hervorheben. Wir haben uns so sehr daran gewöhnt in den Geblendeten sehr unglückliche Invaliden zu sehen. Wir denken, daß diese Menschen entweder in die lieblichste Güte gehörten oder auf das Pflaster, wo sie sich, jammernd, an jede gesunde Kreatur anklammern. Ob Sehende oder Blinde von den Armen berichteten, sie alle werben um Mitleid für schwer getroffene, zum Lebenskampf sehr schwach bewaffnete Geschöpfe. Baum will diesen Aberglauben ausrotten. Seine Meinung ist, daß den Blinden zwar von der geringen Zahl der fünf Sinne ein sehr wichtiger und hoher geraubt wurde. Doch hat ihnen die Natur geholfen, daß die übrigbleibenden viel sensibler, vollkommener, stärker, sogar genialer werden. So kommt es wohl, daß die Blinden in positiver Kulturarbeit nicht weniger leisten als die ganz Gesunden. Nur müssen sie richtig und vernünftig erzogen werden. Die kurzen Geschichten vom seelischen Befinden der Nichtsehenden hat Baum schon gegeben. Er analysiert jetzt in einem reifern, dicken Buch *Das Leben im Dunkeln* /Berlin, Juncker/ ihre Befähigung für soziale Arbeit, er mißt ihre Geschicklichkeit zum Daseinskampf. Nun ist es aber ein Kennzeichen der Baumschen Grundanschauung, daß wir es nicht mit Unglücklichen sondern durchaus mit *Normalen* zu tun haben. So stark hängt er an diesem Glauben, daß er beinahe verleitet ist das nie verschwindende, rührende Element im Charakter des Blinden ganz zu unterdrücken. Wir sagen uns: Der Blinde, der mit 4 Sinnen die Arbeit der 5 leistet, muß etwas Geheimnisvolles, Großes oder Abschreckendes in seinem Wesen haben. Und wir werden nun belehrt, daß er ein Alltagsmensch ist, gewöhnlich und einfach. Wir gehen in die Schule der Blinden, wir finden dort ganz hartgesottene Dummköpfe und Steinherzen und sehr feine, sehr schön entwickelte Gemüter, wie in anderen Schulen auch. Nur ist es vielleicht auffällig, daß die Gesellschaftsunterschiede, die Klassennuancen in der Blindenschule aufgehoben sind. Der Prinzensohn neben dem Tagelöhnerssohn. Und es ist nicht einmal das Prinzlein, das zum besten, blinden Erdenbürger erzogen werden kann. Doch ist auch in der Blindenschule, wie in der ganzen Welt, ersichtbar, daß die Kinder der Armen neben ihrer Blindheit noch andere Schwächen ins Leben mitnehmen, die natürlich eine Vermehrung ihrer Unkraft und ihrer moralischen Niederlagen bilden. Viel ist in dem Roman von Schönheit die Rede, die eine Augenweide ist, von dem Walten der Natur, von den Blumen und von der Sonne. Seiten können wir lesen, ohne daß uns der Gedanke kommt, wir sind ja zu Blinden geführt worden. Das wollte Baum eben. Er erfindet seinen blinden *Helden*, den er durch die Rohheit eines Straßenjungen um das Augenlicht bringt. Der Junge kommt also in die Blindenschule. Er wird langsam ein tüchtiger Musiker und ein aufgeklärter Kopf, der beginnt mit der Feder für seine weniger begabten Leidensgenossen zu wirken. Er verheiratet sich auch und ist zufrieden in der Sicherheit seines nützlichen Wirkens und der Liebe seiner Gattin. Von den Blindenlehrern ist in dem Buch viel die Rede. Baum denkt, daß sie entweder zu große Idealisten oder Männer mit übermäßig strengen Erziehungsmethoden sind; die milden, verständigen Charaktere sind selten unter ihnen; sie gehen erst aus der modernsten Schule hervor. Hier polemisiert Baum, und hier wird auch offenbar, daß er die Tendenz seines Werks bis zur letzten Seite hochhält: Nicht für Barmherzigkeit, nicht für tyrannische Unterdrückung ist zu werben; die Blinden wollen nichts als Gerechtigkeit und die Anerkennung, daß sie, arbeitsam und begabt, Kulturdinge schaffen können, die allem Tun der gesunden Menschen nicht unterlegen sind. Für Lyrik ist in dem Buch nicht viel Platz. Es ist ruhig und — mit sehr kleinen Ausnahmen — literarisch geschrieben. Baum hat sich jetzt von seiner Sehnsucht befreit zu den Normalen heranzudrängen. Er hat jetzt das Recht den nachhaltigen, leicht erklärlichen Subjektivismus zu

verlassen, die übrige Welt in den Kreis seiner Betrachtung und Gefühle einzuschließen und nach seinem Talent ein ergiebiger Schriftsteller zu werden. Er soll nicht die Freunde hören, die ihn auf die Spezialität des Blindenerzählers beschränken wollen. Er soll seine Objektivität ausdehnen und sich an alle menschlichen Dinge begeben. Er verlasse das *Leben im Dunkeln,* um an das ganze Leben zu gelangen.

×

**Gorkij** In zwei neuen Büchern sieht man etwas von der nordischen und der russischen Seele. Eigentlich ist es für den Literaturkritiker gefährlich einem ganzen Volk die Seele zuzuschreiben, die nun auf jeden Menschen passen müßte, als wenn der Schneider der ganzen Nation mit einemmal das Kleid zugemessen hätte. Dennoch klingen die Volksseelen aus jenen Büchern, die nicht gerade zum Besten der Poeten gehören: *Die Beichte* von Maxim Gorkij /Berlin, Ladyschnikow/ und *Zusammenbruch* von Hermann Bang /Berlin, Bondy/.

Die Ungetreuen, die sich bestürmt von einigen russischen Ästheten jetzt gegen Gorkij wenden, sind im Unrecht. Mir scheint, daß er in den Romanen viel eher sein großes Herz erschöpft als in den kleinen Skizzen. Der lyrische Erzähler Gorkij war doch nur der Liebling aller der Leser, die Neugier zu seinen verlorenen Menschen trieb. Bei dem Romanschriftsteller wird diese Neugier nun enttäuscht; er ist kühn genug geworden, daß er seinen Gedanken nachgeht, einer verwilderten Philosophie, doch einer wunderbar sittlichen. So ist die Beichte des Wanderers, der von Gewerbe zu Gewerbe geht, der, selbst ein elender Hund, für Menschenhoheit wirbt, ganz tief durchdrungen von bewegender Schönheit. Der Wanderer kommt einst in ein Frauenkloster. Da ist er für Nachtstunden barmherzig aufgenommen und auf eine harte Pritsche gebettet. Da geschieht es, daß sich plötzlich die Tür seiner dürftigen Gastzelle öffnet. Eine Nonne, ein reines, keusches, mageres Himmelsfräulein, fleht den Wanderer an daß er ihre Mädchenblüte hinnehme, und er tut es. Das ist bei Gorkij nichts Schmutziges, die Seltsamkeit wächst natürlich aus den Ereignissen. Auch das Tendenziöse ist ausgeschaltet, das vielleicht Artzybaschew einer solchen Szene eingeflößt hätte. Dabei vergessen wir fast, daß dem Roman die Konzentration fehlt, daß Gorkij sich kaum bemüht hat die einzelnen Kapitel zu spannender Einheit zu verknüpfen.

×

**Bang** Man soll nicht an das Zolasche Werk vom *Débacle* beim Lesen des Bangschen *Zusammenbruchs* denken. Bang gibt einen sehr kleinen Ausschnitt vom Kopenhagener Gesellschaftsleben. Ein Theater wird aufgebaut. Wir sehen die Maurer beim Werk, wir wohnen dem Bankett der Einweihung bei, die Primadonnen singen, der Zuschauerraum ist voll von Enthusiasmus und Glanz. Der Baumeister ist ein naiver, den Prunk anbetender Mensch, der allerhand majestätische Formen zeichnen kann, doch in den Geschäften wie ein Kind steht. Der Direktor hat am Redaktionstisch geschwitzt; jetzt wagt er den Flug, um seine Kunstgedanken zu verwirklichen. Von diesen Männern werden die kleinen Glücksritter mitgehoben, die geizigen Geldmacher, die alten Komödianten. All das fällt in sich zusammen, rettungslos, sehr schnell, sehr gewichtig, als die Kopenhagener nicht das Geld in die Theaterkasse tragen. Der Zusammenbruch ist ein Débacle in der Kulissenwelt. So fehlt der Geschichte dieses Untergangs nicht das Rampenlicht, nicht die angeschminkte Farbe der Verwesung, nicht die Melodie des versenkten Orchesters. Doch ist es sicher, daß Bangs Roman hinter seinen früheren Werken ein gut Stück zurückbleibt. Das kam, weil der Schriftsteller nach einem Thema, nicht ganz nach dem wahren Leben schrieb.

×

**Halbe** Der Erzähler Max Halbe hat wenig von den Naturalisten gelernt, zu denen sich der Dramatiker im Grund doch bekennt. Gewiß ist die Geschichte vom *Frühlingsgarten,* die seinen Novellenband vom *Ring des Lebens* /München, Langen/ eröffnet, mit Stormschen Motiven angefüllt. So ein Gärtner, dessen Jahre nicht zu zählen sind, der dennoch ewig jung bleibt und merkwürdige, rätselhafte Blumengeschichten weiß, könnte von Storm geschaffen sein. Auch dieser undurchdringliche Garten, diese schöne pathetische Mutter, die an Frische und Reiz den eigenen Töchtern nicht nachsteht: das alles hätte einer kaum von Halbe erwartet. Es ist zum Teil sehr schlicht, zum Teil sehr romantisch, auch manchmal bedeutsam und symbolisch. Und dennoch, der ganze Band mit den kleineren Lebensskizzen

zum Schluß ist eigentlich sehr unpersönlich und für den Leser schnell verloren.

×

**KurzeChronik** In Wien ist Christine Hebbel, über 93 Jahre alt, gestorben. Dichter, die mit Schauspielerinnen verheiratet oder anders verbunden gewesen sind, litten meist unter dieser Liebe. Die Schauspielerin hat ganz andere Ideale und Gedankenrichtungen als der hohe Poet. Die Schauspielerin will Äußerliches, Rampenwirkungen, Beifall der großen Masse. Man lese zum Beispiel bei Friedrich Halm nach, wie er sein immerhin schönes Talent zur Befriedigung einer gefallsüchtigen Komödiantin mißbrauchte. Christine Hebbel, geborene Enghaus, scheint ihren Mann als eine sehr seltene Frau mächtig in seinen ernstesten Absichten gestützt und gestärkt zu haben, und deswegen muß ihr Ruhm auch in dieser Rubrik *Dichtkunst* verkündet werden. × Als Nachfolger Halévys ist Eugène Brieux in die französische Akademie gewählt worden. × Bei Axel Juncker in Berlin habe ich einen neuen Novellenband *Die Leiden der Simoni* erscheinen lassen.

# KULTUR

## Kunstgewerbe / Paul Westheim

**Beratungs- und Vermittlungsstellen** Gewerbliche Beratungsstellen, die zwischen Entwerfer, Ausführenden und Bestellern vermitteln sollen, sind keine ganz neue Erscheinung. In Erfurt, in den Hansastädten und an anderen Orten bestehen schon seit Jahrzehnten derartige Einrichtungen, von denen allerdings kaum einmal oder doch nur von Leuten, die sich die Kosten eines Entwurfes ersparen wollten, Gebrauch gemacht wurde. Als in Berlin im vorigen Jahr eine solche Institution geschaffen wurde, waren es beschämend wenig Künstler, die ein paar Entwürfe einsandten. Dieses Mißtrauen der Künstlerschaft scheint nicht unberechtigt zu sein, denn es hat sich wohl kaum einmal ein Auftraggeber nach der Auskunftsstelle verirrt. Danach kam die Meinung auf, eine derartige Beratungsstelle müsse, wie es in Stuttgart geschehen ist, mit offiziellen Machtbefugnissen ausgestattet werden, etwa derart, daß ihr alle Bauprojekte zur Genehmigung vorgelegt werden. Auf solche Weise konnte ja in Stuttgart mancherlei Schlimmes vereitelt werden. Die Lösung wäre auch vorbildlich, wenn man den amtierenden Architekten ähnliche Verpflichtungen auferlegte wie den städtischen Submissionssachverständigen in Dresden. Diese wechseln alljährlich in einem gewissen Turnus und beteiligen sich, solange sie das Sachverständigenamt verwalten, nicht an den städtischen Ausschreibungen. Dieses Ventil einer noblen Objektivität sollte man den offiziellen Beratungsstellen unbedingt geben, schon im Interesse der Berater selbst, die, wie es ja nicht ausbleiben konnte, sonst recht unerquicklichen und persönlichen Angriffen ausgesetzt sind. Eine Ausstattung mit amtlicher Macht, die ja immer eine zweischneidige Sache ist, scheint aber nicht unbedingt erforderlich. Die Vermittelungsstelle, die der *Bayrische Verein für angewandte Kunst* neuerdings in München eingerichtet hat, arbeitet ausgezeichnet. Eine ganze Menge kaufmännischer Drucksachen, Warenpackungen, Grabsteine, Metallarbeiten, sogar ländliche Bauten haben nach ihren Vorschlägen einwandfreie Gestalt bekommen. Die Künstler wissen die Vorzüge einer solchen Auftragszentrale wohl zu schätzen. Solche Ergebnisse beweisen, daß alles auf das Geschick der Organisatoren ankommt.

×

**Kunststein** Über die Berliner Ton-, Zement- und Kalkindustrieausstellung hat der Chemiker und Bautechniker das entscheidende Urteil abzugeben. Sollen doch Wert und Nutzen neuer Materialien hier abgeschätzt werden. Um diese jüngsten Baustoffe ist die zünftige Ästhetik scheu herumgestrichen. Man hat sie als *Lumpensurrogate* verschrieen und verlästert, bis aus den Reihen der Industrie heraus der Nachweis erbracht worden ist, daß es nur darauf ankäme diesen Kunststeinen die ihnen eigentümliche Formgesetzlichkeit abzulauschen. Die Künstler selbst sind es, die nun heftig gegen die Verdammung solcher zukunftverheißenden Materialien protestieren. Sie hatten auf dieser Ausstellung mancherlei Gelegenheit die befangenen Gegner zu überzeugen. Im Wesen einer solchen Vorführung liegt es, daß weniger von den Stoffen als von der Ausstellungsvorführung selbst zu reden ist. Und da ist es dann erfreulicherweise für die ganze Entwickelung bezeichnend, daß Ent-

gleisungen wie der Pavillon des *Märkischen Ziegeleibesitzerbundes* oder ein Ofen mit Kaiserporträts, Bismarck- und Moltkeköpfen als Kachelschmuck Ausnahmeerscheinungen sind. Es ist also weder möglich noch nötig alle die anständigen Lösungen anzuführen; nur der Aufbau für das Trägerverkaufskontor mag um seiner geistreichen und kapriziösen Linienüberschneidungen willen, ob seiner überraschenden Feinheiten, erwähnt werden. Von Einzeldingen haften vielleicht noch im Gedächtnis die einheitlichen Bemühungen der Veltener Tonindustriellen um geschmackliche Kachelöfen, die Anregungen, die van de Velde den Bürgeler Töpfermeistern geben konnte, oder ein paar würdevolle Grabdenkmäler von Franz Seeck. Die sonst gezeigten Werke der Friedhofskunst stimmen doch etwas bedenklich. Es mangelt an dem selbstverständlichen Ernst. Urnen, die eine fatale Ähnlichkeit mit den auf der Studentenkunstausstellung gesehenen Bowlen haben, farbenfrohe Kinderdenkmäler, die wie Buntpapierschachteln anmuten, oder spielerische Dekorlinien, die wie kokette Schnitzereien des Barock geformt sind, erwecken den Anschein, als ob die neuen Grabmalsmacher das Sterben etwas allzu vergnüglich auffassen.

×

**Deutscher Werkbund** Die Tagung des *Deutschen Werkbunds,* die im Juni in Berlin stattfand, war von Genugtuung über Brüssel erfüllt. Genugtuung über die Einheitlichkeit der deutschen Raumkunstabteilung, Genugtuung über die Tatsache, daß es dem Bund gelungen ist seinen Mitgliedern eine so hervorragende Ausstellungsgelegenheit zu sichern und daß aus dem eigenen Lager die wichtigsten Aufgaben der Ausstellungsregie bestritten werden konnten. Ein ähnliches Gefühl der Befriedigung, das von Jessen besonders unterstrichen wurde, gab die Aufnahme der *Werkbund*gedanken in den Handelskreisen, auf deren Mithilfe sich ja fast alle Bundesarbeiten stützen.
Ein namentlich für die Künstler- und Handwerkerkreise wertvoller Vorschlag war die von Riemerschmid angeregte Farbkarte, deren Durchführung allerdings nicht gerade einfach sein dürfte. Auch der Appell M. A. Pfeiffers wider den Antiquitätenschwindel verdient ein weiteres Echo.

Ein Tag war der Ton- und Zementausstellung gewidmet, die eine Besprechung der hier neu aufgetauchten Materialprobleme veranlaßte. Im Hintergrund dieser Debatten erhob sich die noch einmal vertagte Heimatkunst- und Heimatschutzfrage. Die zukunftsbewußten Künstler verlangen vom *Werkbund* Schutz gegen die schulmeisterlich engherzigen Heimatschutzbündler, und er wird wohl nicht umhin können Stellung zu dieser neusten Regeldetri des Kunstschaffens zu nehmen.

×

**Kurze Chronik** Wider das künstlerische Groß Berlin ist ein neues Verbrechen festzustellen. Nachdem Berlin selbst von L. Hoffmann, und Rixdorf von R. Kiehl würdevolle neue Stadthäuser erhalten haben, hat der Wilmersdorfer Magistrat endgültig einem Rathausprojekt von J. Kröger zugestimmt, einem schlimmen Unternehmerbau, der alles andere als eine noble Manifestation bürgerlichen Gemeinschaftsgeistes ist. × Die Münchener Dekorationsmaler wenden sich mit einer Ausstellung bemalter Wohnräume wieder an die Öffentlichkeit. Zwar vermeiden sie es noch immer Anschluß an die Künstlerschaft zu suchen; allein sie haben durch den Mißerfolg des vorigen Jahres gelernt, daß es mit den Holzfaser- und Marmorimitationen doch nicht mehr geht. Derartige Entgleisungen trüben das Bild der jetzigen Vorführung nicht mehr, und es sind schon ein paar Räume vorhanden, die Hoffnung für die Zukunft geben. × Lehrer und Schüler der Leipziger graphischen Akademie haben sich an eine Reform der bekanntlich über alle Maßen schäbigen Haussegen und Wandsprüche gemacht und so eine Serie volkstümlicher Wandgraphik geschaffen, der man Verbreitung wünschen kann. × Zum Leiter der Akademie der Künste wurde für das nächste Jahr ein Architekt, Karl von Großheim, gewählt. × Ein umfassendes Gartenstadtprojekt für den Perlacher Forst bei München haben die Architekten von Berlepsch-Valendas und Hansen ausgearbeitet. × Rudolf und Fia Wille zeigen ihre Innenarchitekturen in einem neu eröffneten Kunstgewerbehaus, das gleichzeitig den Damen des *Deutschen Lyzeumklubs* als Verkaufs- und Ausstellungsstätte dienen soll.

VERANTWORTLICH FÜR DIE REDAKTION HERMANN REHLÄNDER IN NEUBABELSBERG · VERLAG DER SOZIALISTISCHEN MONATSHEFTE G. M. B. H. IN BERLIN · DRUCK VON HANS DOHRN IN BERLIN